



Beteiligungsbericht

des Landkreises Teltow-Fläming

über das Geschäftsjahr 2009

1 Inhaltsverzeichnis

1	INHALTSVERZEICHNIS	2
2	EINLEITUNG	3
2.1	VORWORT	3
2.2	RECHTLICHE GRUNDLAGEN DER WIRTSCHAFTLICHEN BETÄTIGUNG DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	3
2.3	ZIELSETZUNG UND AUFBAU DES BETEILIGUNGSBERICHTES	4
2.4	ÜBERSICHT ÜBER DIE BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	6
2.5	DARSTELLUNG AUSGEWÄHLTER KENNZAHLEN	8
2.6	FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING IM JAHR 2009	14
3	BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	15
3.1	STRUKTUR- UND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING MBH, JÜTERBOG (SWFG)	15
3.2	FLUGPLATZGESELLSCHAFT SCHÖNHAGEN MBH – BESITZGESELLSCHAFT, TREBBIN (FGS)	33
3.3	GEMEINNÜTZIGE ARBEITSFÖRDERUNGSGESELLSCHAFT MBH KLAUSDORF, AM MELLEENSEE (GAG)	45
3.4	LUCKENWALDER BESCHÄFTIGUNGS- UND AUFBAUGESELLSCHAFT MBH, LUCKENWALDE (LUBA)	55
3.5	VERKEHRSGESELLSCHAFT TELTOW-FLÄMING MBH, LUCKENWALDE (VTF)	63
3.6	VBB VERKEHRSVERBUND BERLIN-BRANDENBURG GMBH, BERLIN	73
3.7	TELTOWER KREISWERKE GMBH, BERLIN (TKW)	85
3.8	RENATA GRUNDSTÜCKS-VERMIETUNGSGESELLSCHAFT MBH & CO. KREISHAUS TELTOW-FLÄMING KG, STUTTGART	90
3.9	BADC BERLIN-BRANDENBURG AREA DEVELOPMENT COMPANY GMBH	96
4	ANHANG	103
4.1	KENNZAHLENDEFINITION – ANALYSEDATEN GEMÄß § 61 NR. 2 KOMHKV	103
4.2	AUSGEWÄHLTE KENNZAHLEN ZU DEN BETEILIGUNGEN DES LANDKREISES TELTOW-FLÄMING	114

2 Einleitung

2.1 Vorwort

Gemäß der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen. Auf dieser Grundlage engagiert sich der Landkreis Teltow-Fläming insbesondere in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Entwicklung und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, Arbeitsförderung bzw. zweiter Arbeitsmarkt sowie Öffentlicher Personennahverkehr.

Vor dem Hintergrund der sich verändernden globalen Rahmenbedingungen, der demografischen Entwicklung und der kommunalen Finanzen muss sich der Landkreis auch weiterhin den wachsenden Herausforderungen sowie dem Wettbewerb mit anderen Regionen stellen. Die kreislichen Beteiligungen sind insofern ein wichtiges Instrument des Landkreises, um wirtschafts-, arbeitsmarkt-, regional- und strukturpolitische Ziele zu erreichen und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Erfüllung von öffentlichen Aufgaben. Sie stärken die Wirtschaftskraft, schaffen und erhalten Arbeitsplätze, fördern die Entwicklung der Infrastruktur und arbeiten mit Partnern der Privatwirtschaft zusammen. Zudem tragen sie zur Sicherung der Lebensqualität und sozialen Stabilität in unserer Region bei.

Das primäre Ziel der Beteiligungsunternehmen ist dabei nicht die Gewinnerzielung, sondern die Sicherung sowie der Auf- und Ausbau von öffentlichen Strukturen – immer auch unter Beachtung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit dem jährlich fortgeschriebenen Beteiligungsbericht werden die Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Tätigkeiten der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming informiert. Neben den Rahmendaten der Unternehmen enthält der Bericht Informationen zum Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2009, der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaften sowie einen verkürzten Lagebericht. Weiterhin wird auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens sowie die vorhandenen Leistungs- und Finanzbeziehungen eingegangen.

2.2 Rechtliche Grundlagen der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Teltow-Fläming

Die brandenburgische Kommunalverfassung definiert die wirtschaftliche Betätigung einer Gebietskörperschaft im § 91 Abs. 1 als „das Herstellen, Anbieten oder Verteilen von Gütern, Dienstleistungen oder vergleichbaren Leistungen, die ihrer Art nach auch mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnten.“

Gemäß § 91 Abs. 2 BbgKVerf darf sich der Landkreis zur Erledigung von Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft wirtschaftlich betätigen, wenn der öffentliche Zweck dies rechtfertigt, wobei die Gewinnerzielung allein keinen ausreichenden öffentlichen Zweck darstellt, und die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

Der Bericht über die Beteiligungen des Landkreises an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts ist gemäß § 98 Satz 1 Nr. 3 BbgKVerf durch die Beteiligungsverwaltung zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

2.3 Zielsetzung und Aufbau des Beteiligungsberichtes

2.3.1 Allgemeines zum Beteiligungsbericht

Ziel des Beteiligungsberichtes ist es, einen Beitrag zur größeren Transparenz der Kreisverwaltung hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung mittels ausgegliederter, organisatorisch und finanzwirtschaftlich selbstständiger Organisationseinheiten – den Beteiligungen – zu leisten.

Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger werden über die wirtschaftliche Betätigung des Landkreises detailliert informiert.

Der Beteiligungsbericht ist auf der Grundlage des § 61 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung (KomHKV) zu erstellen und basiert auf den Informationen der letzten nach § 242 ff. Handelsgesetzbuch (HGB) erstellten Jahresabschlüsse. Des Weiteren sind die Bestimmungen der Kommunalverfassung sowie die Anforderungen des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg zu beachten. Dem Bericht kommt dabei eine überwiegend dokumentarische Funktion zu.

So ist der Beteiligungsbericht gemäß § 82 Abs. 2 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage des Jahresabschlusses des Landkreises bzw. gemäß § 83 Abs. 4 Satz 2 Nr. 5 BbgKVerf Anlage seines Gesamtabschlusses.

2.3.2 Inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes

Die inhaltliche Ausgestaltung des Beteiligungsberichtes ist unter anderem im § 61 KomHKV geregelt. Spezifiziert und erläutert werden die gesetzlichen Anforderungen zudem durch das Rundschreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg vom 22.12.2009.

Die gemäß § 61 Nr. 1 KomHKV aufgeführten Rahmendaten geben einen Überblick über den Sitz, den Unternehmensgegenstand, den Aufbau, die Organisation und die Organe des Unternehmens. Dazu zählen auch die Beteiligungsverhältnisse am Unternehmen sowie Beteiligungen des Unternehmens.

Neben den Rahmendaten des jeweiligen Unternehmens enthält der Beteiligungsbericht zudem einen verkürzten Lagebericht, der wiederum auf die aus dem Jahresabschluss ermittelten Analysedaten (Kennzahlen) eingeht (§ 61 Nr. 2 KomHKV). Dieser soll insbesondere eine auf das Berichtsjahr bezogene Aussage über die Vermögens- und Kapitalstruktur, die Finanzierung und Liquidität, die Rentabilität und den Geschäftserfolg sowie den Personalbestand des Unternehmens zulassen. Den Analysedaten des Berichtsjahres sind die entsprechenden Analysedaten der beiden vorangegangenen Wirtschaftsjahre gegenüberzustellen.

Dabei ist zu beachten, dass es in der Literatur verschiedene Definitionen von Kennzahlen, insbesondere bei den Berechnungsmöglichkeiten und durchschnittlichen Zielwerten, gibt. Dadurch können Angaben aus verschiedenen Quellen auf unterschiedlichen Ausgangswerten basieren und voneinander abweichen. Des Weiteren ist die Beurteilung der Unternehmenssituation anhand einzelner weniger vergangenheitsbezogener Kennzahlen nicht hinreichend aussagekräftig. Um plausible Schlussfolgerungen über die tatsächlichen Verhältnisse des Unternehmens ableiten zu können, sollte die Gesamtheit aus Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie deren Entwicklung im Zeitablauf betrachtet werden.

Des Weiteren kann es durch die Berechnung der Kennzahlen mittels MS Excel zu Rundungsdifferenzen kommen. Das Programm rechnet mit den Cent-genauen Beträgen aus dem Jahresabschluss, die Darstellung der Ergebnisse erfolgt jedoch gerundet auf eine Dezimalkommastelle in tausend Euro (T€).

Ein Überblick über die entsprechend zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen und Interpretationsmöglichkeiten (in Anlehnung an das Rundschreiben des Ministeriums des Innern) befindet sich im Anhang (4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV, Seite 103).

Bezüglich der angegebenen Zielwerte zu den verschiedenen Analysekennzahlen ist zu beachten, dass diese je nach Branche und der individuellen Unternehmensausrichtung zum Teil stark abweichen können. So benötigt ein Dienstleistungsunternehmen in der Regel wesentlich weniger Anlagevermögen als ein Produktionsunternehmen – das spiegelt sich zum einen auch in der Personalaufwandsquote und zum anderen in der Höhe der Abschreibungen auf das Anlagevermögen wider. Diese spezifischen Abweichungen beeinflussen die Struktur des gesamten Jahresabschlusses.

Des Weiteren ist im Hinblick auf die strategische Unternehmensplanung im Beteiligungsbericht ein Ausblick auf die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zu geben (§ 61 Nr. 3 KomHKV). Schlussfolgerungen auf Chancen und Risiken der weiteren Entwicklung des Unternehmens sowie ihre Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Erfolgslage können u.a. durch Analyse des Jahresabschlusses (Vergangenheitsbezug) sowie den Zielen und Strategien gemäß Unternehmensplanung (Zukunftsbezug) gezogen werden. Auch die Beurteilung der sogenannten „weichen Faktoren“, wie der demographischen Entwicklung, den politischen, rechtlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen, den Standortfaktoren und der Unternehmenskultur, ist von großer Bedeutung. Insbesondere sollen dadurch mögliche Auswirkungen der weiteren Unternehmensentwicklung auf Sicherstellung der kommunalen Aufgabenerfüllung identifiziert werden können.

Anschließend werden die Leistungs- und Finanzbeziehungen der Beteiligungen der Unternehmen untereinander und mit dem Landkreis als Gesellschafter, d.h. Kapitalzuführungen und -entnahmen, Gewinnentnahmen und Verlustausgleiche, gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen sowie sonstige Finanzbeziehungen, die sich aus der Gesellschafterposition des Landkreises ergeben und sich unmittelbar bzw. mittelbar auf die Haushaltswirtschaft des Landkreises auswirken können, aufgeführt (§ 61 Nr. 3 KomHKV).

Gemäß § 91 Abs. 6 BbgKVerf ist im Beteiligungsbericht zudem erstmalig fünf Jahre nach Inkrafttreten der §§ 91 bis 100 BbgKVerf, d.h. im Jahr 2013, danach alle zehn Jahre, ein ausführlicher Nachweis über die fortlaufende Erfüllung des öffentlichen Zwecks bzw. der gesetzlichen Voraussetzungen nach Abs. 2 Nr. 1 (öffentlicher Zweck), Abs. 3 Satz 1 (Subsidiarität) und Abs. 5 (Nebenleistungen) des § 91 BbgKVerf zu führen.

Der Punkt Sonstiges enthält die Geschäftszahlen der jeweiligen Gesellschaft in Anlehnung an die im Elektronischen Bundesanzeiger veröffentlichten Jahresabschlüsse.

Sofern eine Gesellschaft an weiteren Unternehmen beteiligt ist, werden diese nach den Ausführungen zur kreislichen Beteiligung selbst aufgeführt.

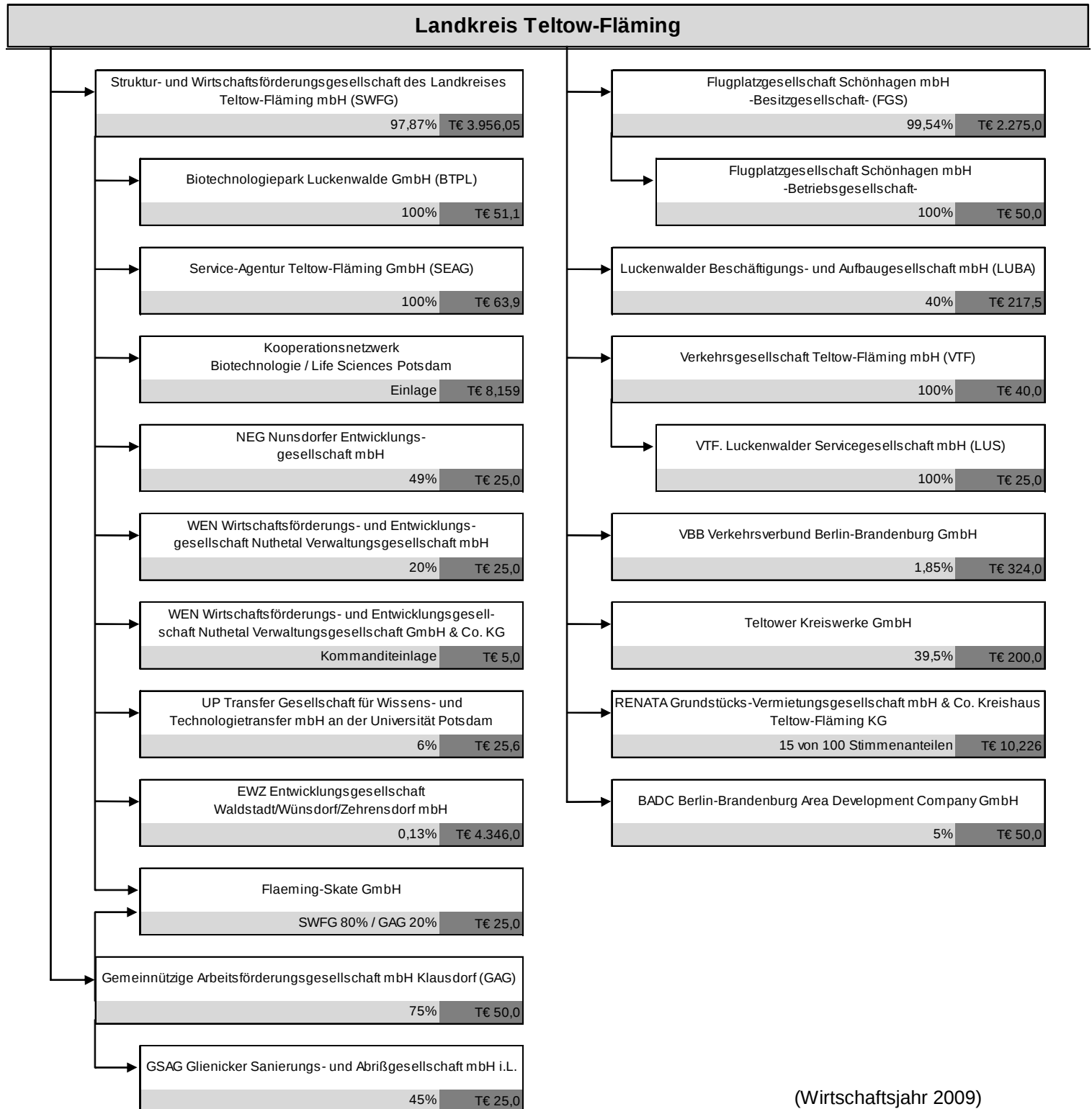
Die Darstellung der Geschäftsverläufe wurde aus den jeweiligen Jahresabschlüssen auszugsweise übernommen. Eine Wertung durch die Verwaltung wurde im Rahmen des Beteiligungsberichts nicht vorgenommen.

2.4 Übersicht über die Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

2.4.1 Organigramm der ersten und zweiten Beteiligungsebene

Darstellungsweise:

Beteiligungsunternehmen	
Anteil am Stammkapital in %	Stammkapital in T€



(Wirtschaftsjahr 2009)

2.4.2 Die Beteiligungen des Landkreises nach Branchen

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG, INFRASTRUKTUR

Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG)

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH -Besitzgesellschaft- (FGS)

BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR (ÖPNV)

Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (VTF)

VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH

SOZIALES, ARBEITSFÖRDERUNG, JUGEND UND BILDUNG

Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf (GAG)

Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA)

IMMOBILIENVERWALTUNG

Teltower Kreiswerke GmbH (TKW)

RENATA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG

IM BERICHTSJAHR BEENDETE GESELLSCHAFTSVERHÄLTNISSE

keine

2.5 Darstellung ausgewählter Kennzahlen

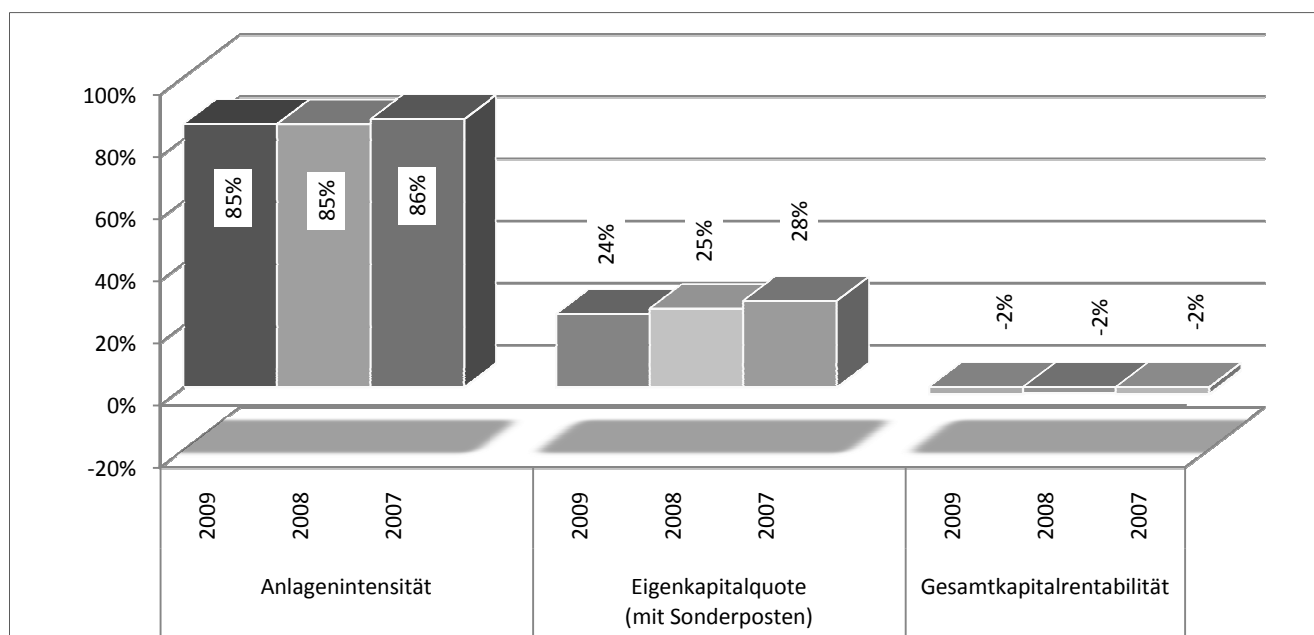
Ausgewählte Unternehmensdaten											
Beteiligung	Stammkapital	Anteil Teltow-Fläming	Bilanzsumme	Eigenkapital	Eigen- kapitalquote	Anlagen- intensität	Umsatz	Betriebs- leistung	Betriebs- ergebnis	Jahresergebnis	Gesamtkapital- rentabilität
SWFG mbH	3.956,1 T€	97,87%	35.810,0 T€	2.473,5 T€	6,9%	88,0%	3.244,4 T€	4.642,0 T€	- 271,5 T€	- 1.986,7 T€	-1,8%
FGS mbH	2.275,3 T€	99,54%	19.778,1 T€	15.071,9 T€	76,2%	94,9%	816,0 T€	1.363,4 T€	- 685,5 T€	- 928,5 T€	-3,5%
GAG mbH	50,0 T€	75,00%	924,8 T€	179,2 T€	19,4%	63,5%	1.368,0 T€	1.368,0 T€	14,4 T€	- 11,8 T€	2,0%
LUBA GmbH	217,5 T€	40,00%	684,8 T€	405,3 T€	59,2%	81,6%	735,6 T€	1.762,1 T€	- 32,2 T€	- 42,6 T€	-5,1%
VTF mbH	40,0 T€	100,00%	13.144,9 T€	2.750,3 T€	20,9%	79,6%	5.593,8 T€	7.931,1 T€	- 2.921,5 T€	- 2.780,9 T€	-20,8%
VBB GmbH	324,0 T€	1,85%	4.587,0 T€	324,0 T€	7,1%	8,1%	985,0 T€	10.085,0 T€	- 47,7 T€	- T€	0,0%
TKW GmbH	200,0 T€	39,50%	831,2 T€	809,6 T€	97,4%	46,4%	167,1 T€	193,6 T€	61,7 T€	48,1 T€	5,8%
RENATA GmbH & Co. KG ¹	15.267,2 T€	15	17.822,8 T€	8,2 T€	0,0%	93,8%	3.082,6 T€	3.086,2 T€	1.934,0 T€	1.063,0 T€	10,7%
BADC GmbH	50,0 T€	5,00%	74,5 T€	0,6 T€	0,8%	3,5%	62,2 T€	185,9 T€	1,5 T€	1,4 T€	2,1%
gesamt ²	22.380,0 T€	89,82%	93.658,0 T€	22.022,6 T€	23,5%	84,7%	16.054,7 T€	30.617,2 T€	- 1.946,7 T€	- 4.638,0 T€	-2,3%

¹ Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.

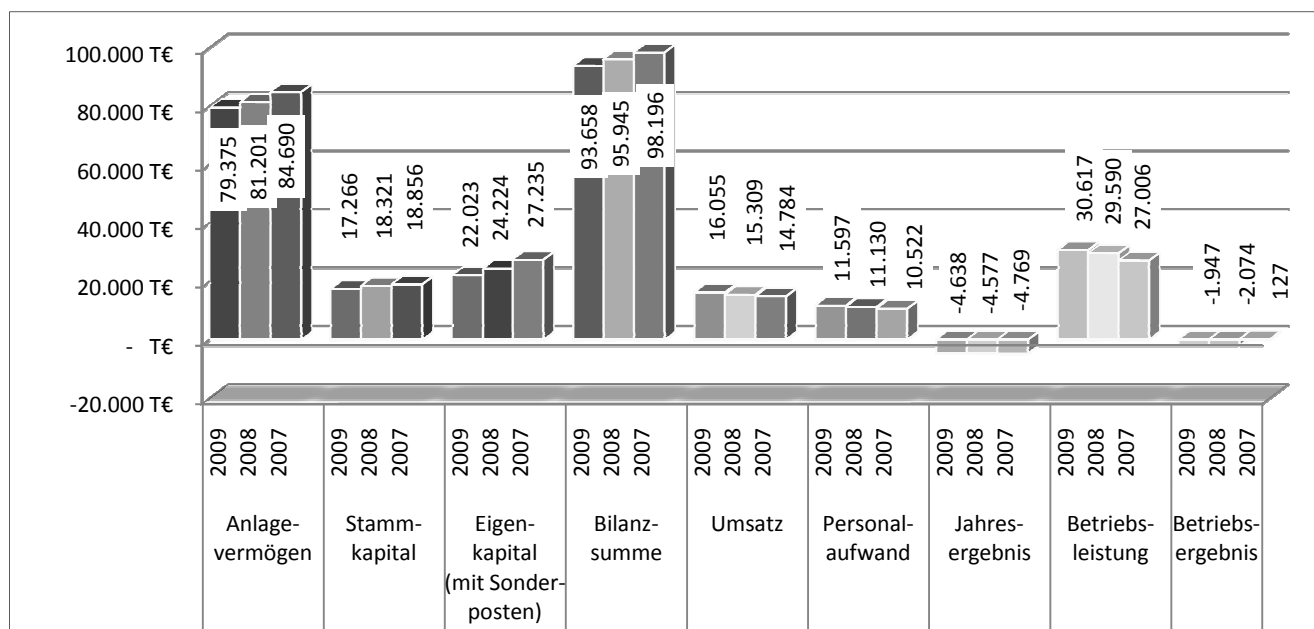
Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.

² Der Anteil des Landkreises Teltow-Fläming am gesamten Stammkapital seiner Gesellschaften wurde ohne Berücksichtigung der RENATA GmbH & Co. KG ermittelt.

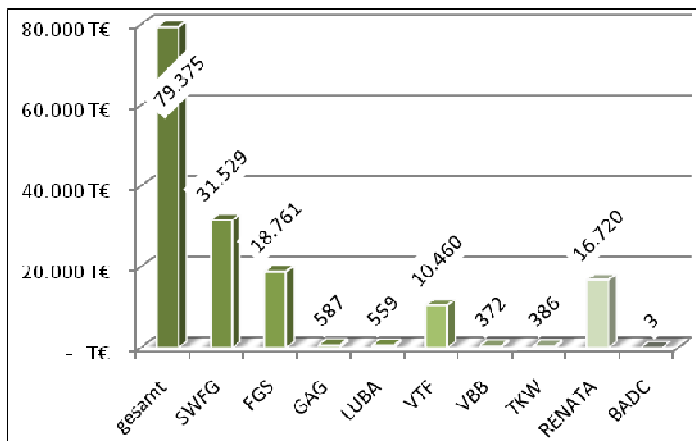
Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I



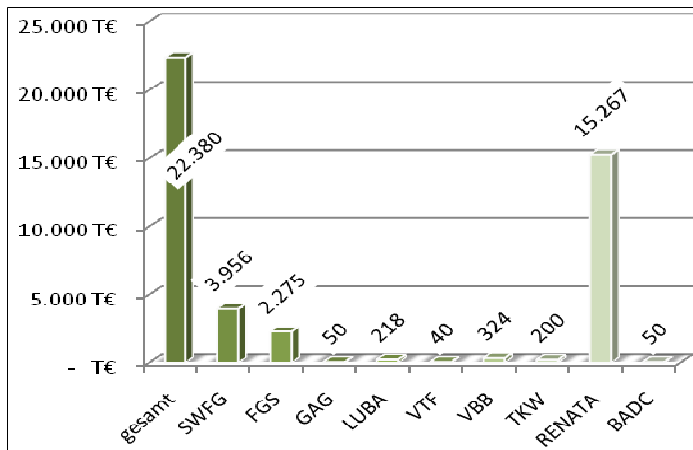
Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II



Anlagevermögen

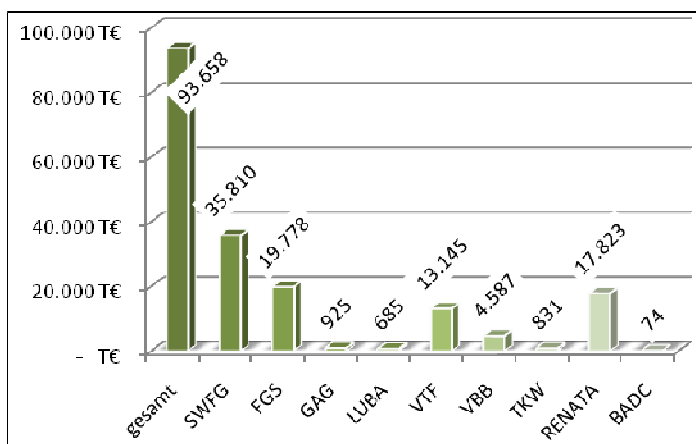


Stammkapital



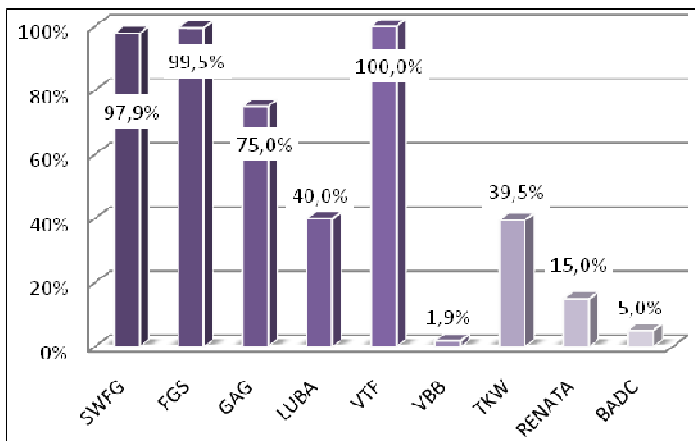
Zu RENATA: Bei dem ausgewiesenen Stammkapital handelt es sich um das Gesellschaftskapital. Davon hat der Landkreis Teltow-Fläming rd. 10,2 T€ als Kommanditeinlage eingebracht.

Bilanzsumme



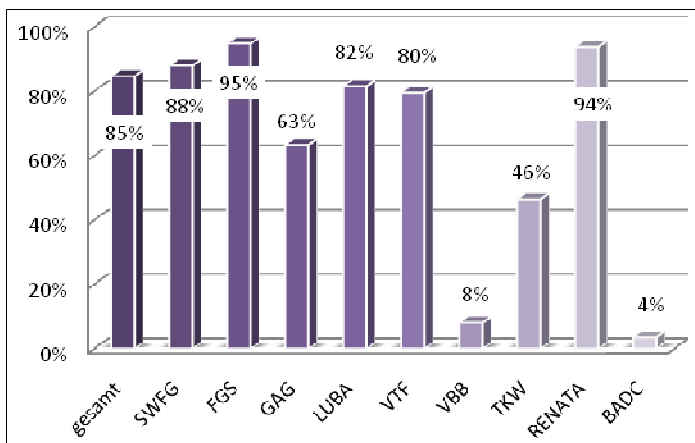
Die Unternehmen mit unmittelbarer kreislicher Beteiligung zeigen insgesamt eine stabile wirtschaftliche Entwicklung auf. Die kumulierte Bilanzsumme in 2009 beläuft sich auf rd. 93,7 Mio €, 2,3 Mio. € weniger als 2008. Auf Grund der durchschnittlichen Anlagenintensität von 85 % wird deutlich, dass der Großteil des vorhandenen Vermögens langfristig gebunden ist. Demgegenüber steht bilanzielles Eigenkapital inklusive Sonderposten, sofern diese dem Eigenkapital zugerechnet wurden, von insgesamt rd. 22,0 Mio. € (Vj. 24,2 Mio. €). Das entspricht einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote von 24 % (Vj. 25 %). Der Rückgang des Eigenkapitals begründet sich u.a. durch den kumulierten Jahresfehlbetrag, der mit insgesamt 4,6 Mio. € auf dem Niveau der Vorjahre liegt. Zwar konnten die Umsatzerlöse um rd. 746 T€ und die Betriebsleistung insgesamt sogar um 1.028 T€ gesteigert werden, dem stehen jedoch ebenso erhöhte Personal- (+467 T€), Material- (+101 T€) und sonstige betriebliche Aufwendungen (+266 T€) gegenüber. Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis daher lediglich um 127 T€ auf -1.947 T€. Des Weiteren sind die Zinsaufwendungen von 2,7 Mio. € auf 2,5 Mio. € zurückgegangen. Somit ergibt sich ein kumuliertes Jahresergebnis von -4.638 T€ (Vj. -4.577 T€). Unter Berücksichtigung dieses Jahresergeb-

Anteil Teltow-Fläming am Stammkapital

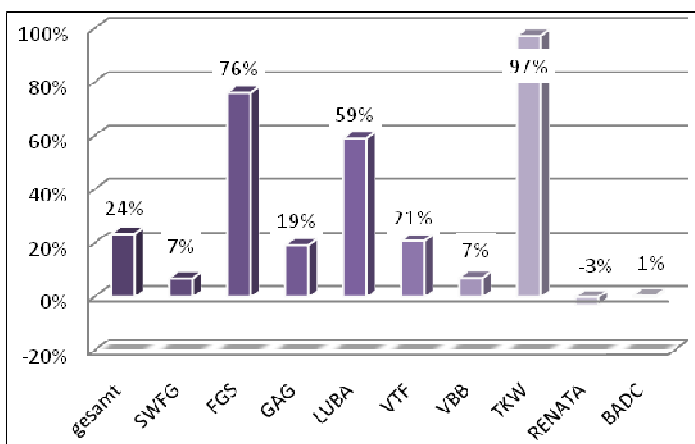


Zu RENATA: Der Landkreis hält 15 von 100 Stimmenanteilen.

Anlagenintensität



Eigenkapitalquote

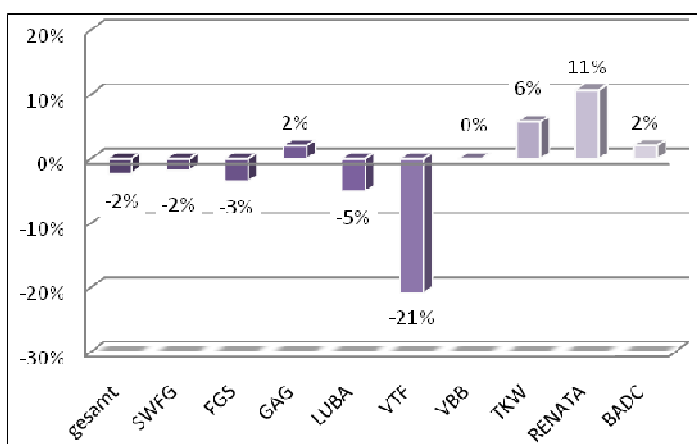


nisses sowie der Zinsaufwendungen ergibt sich wie in den Vorjahren eine Gesamtkapitalrentabilität von rd. 2 %.

Bei der Betrachtung der einzelnen Unternehmen wird deutlich, dass die SWFG mbH mit einer Bilanzsumme von 35,8 Mio. € das meiste Kapital bzw. Vermögen ausweist, gefolgt von der FGS mbH mit 19,8 Mio. €, der RENATA GmbH & Co. KG mit 17,8 Mio. € und der VTF mbH mit 13,1 Mio. €. Ebenso sind es diese Gesellschaften, die den Großteil des langfristigen bilanziellen Vermögens (Anlagevermögen) ausweisen. Insofern sind, bis auf die VBB GmbH, die TKW GmbH und die BADC GmbH, die betrachteten Unternehmen von einer hohen Anlagenintensität zwischen 63 und 95 % gekennzeichnet. Große Unterschiede bestehen bei den vorhandenen Eigenkapitalquoten: die Spanne reicht von -3 %, d.h. negativem Eigenkapital, bis 97 %.

Während die Umsatzerlöse der GAG mbH, der LUBA GmbH und der VBB GmbH zurückgingen, sind sie bei den anderen Gesellschaften konstant geblieben bzw. leicht gestiegen. Spitzenreiter ist hier die VTF mbH mit 5,6 Mio. €, gefolgt von der SWFG mbH mit 3,2 Mio. € und der RENATA GmbH & Co. KG mit 3,1 Mio. €. Anders sieht es bei der Betriebsleistung aus. So beträgt diese bei der VBB GmbH rd. 10,1 Mio. €, bei der VTF mbH 7,9 Mio. € und bei der SWFG mbH 4,6 Mio. €. Trotz der hohen betrieblichen

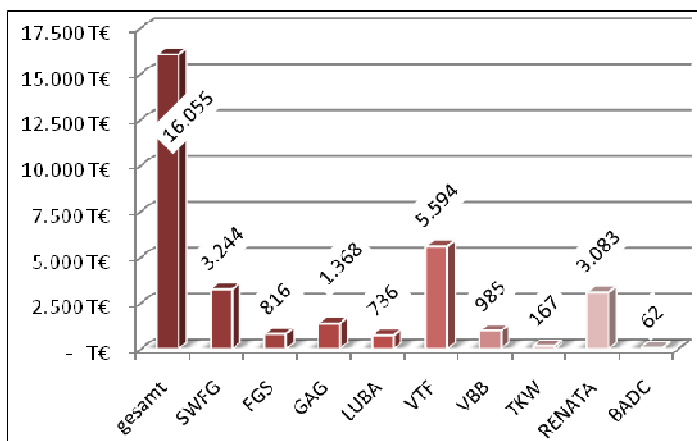
Gesamtkapitalrentabilität



Erträge bzw. Erlöse weist die Mehrheit der Gesellschaften auf Grund der ebenfalls gestiegenen betrieblichen Aufwendungen ein negatives Betriebsergebnis aus. Gleiches gilt für die Jahresergebnisse.

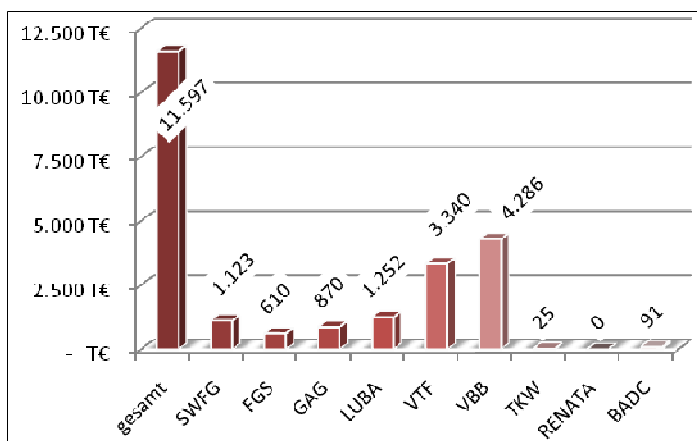
Insgesamt zeichnet sich für die Beteiligungen des Landkreises trotz internationaler Finanz- und Wirtschaftskrise jedoch eine stabile wirtschaftliche Entwicklung ab.

Umsatz



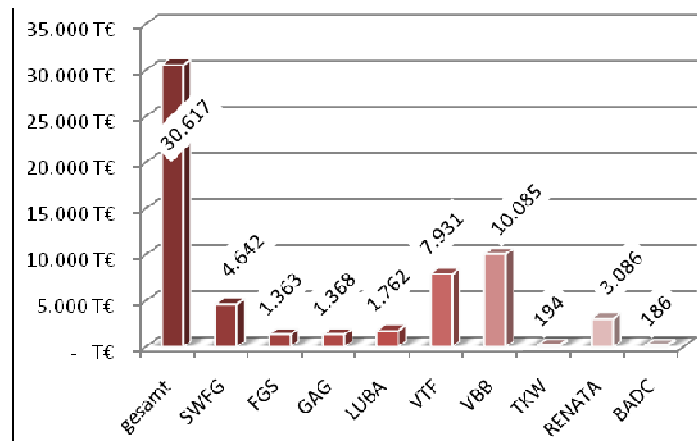
(weitere Darstellungen befinden sich im Anhang, 4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming, Seite 114)

Personalaufwand

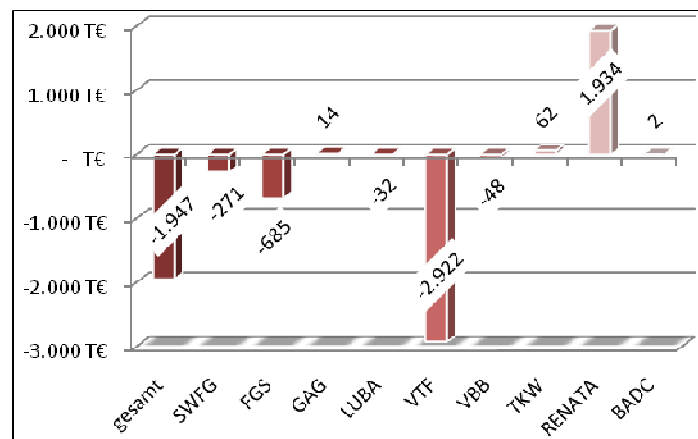


Einleitung

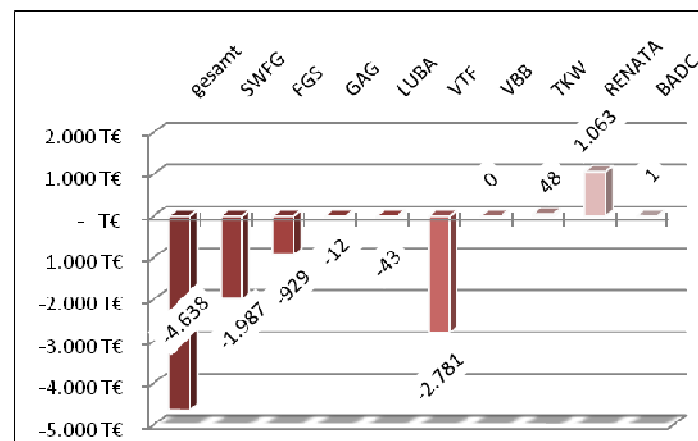
Betriebsleistung



Betriebsergebnis



Jahresergebnis



2.6 Finanzbeziehungen des Landkreises Teltow-Fläming im Jahr 2009

Leistungs- und Finanzbeziehungen im Überblick												
Wirtschaftsjahr	2009				2008				2007			
Art ¹	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
SWFG mbH ²	- T€	- T€	21.549,9 T€	- T€	- T€	- T€	21.770,7 T€	- T€	- T€	300,0 T€	22.450,8 T€	- T€
FGS mbH ^{2, 3}	976,1 T€	800,0 T€	3.462,9 T€	- T€	976,1 T€	800,0 T€	3.714,7 T€	- T€	943,9 T€	800,0 T€	3.966,5 T€	- T€
GAG mbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
LUBA GmbH	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
VTF mbH ⁴	2.968,1 T€	- T€	- T€	2.642,6 T€	2.811,7 T€	- T€	- T€	2.630,3 T€	2.530,6 T€	- T€	- T€	976,3 T€
VBB GmbH ⁵	- T€	- T€	- T€	63,0 T€	- T€	- T€	- T€	57,5 T€	- T€	- T€	- T€	57,5 T€
TKW GmbH ⁶	- T€	- T€	- T€	- T€	8,3 T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
RENATA GmbH & Co. KG	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€
BADC GmbH ⁷	- T€	- T€	- T€	5,6 T€	2,5 T€	- T€	- T€	3,7 T€	- T€	- T€	- T€	- T€
gesamt	3.944,3 T€	800,0 T€	25.012,7 T€	2.711,2 T€	3.798,5 T€	800,0 T€	25.485,4 T€	2.691,5 T€	3.474,5 T€	1.100,0 T€	26.417,3 T€	1.033,8 T€

¹ Klassifizierung der Leistungs- und Finanzbeziehungen: 1. Kapitalzuführungen und - entnahmen (die nicht 2. entspr.)

2. Verlustausgleiche

3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen

4. sonst. Finanzbeziehungen

² zu 3.: Ausfallbürgschaften des Landkreises

³ zu 1.: davon in 2009: Stammkapitalerhöhung 32,61 €; sonst Kapitalrücklagen

⁴ zu 4.: davon Investitionszuschüsse: 999 T€ (2009), 1.020 T€ (2008), 976 T€ (2007); davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG: 1.644 T€ (2009), 1.610 T€ (2008)

⁵ zu 4.: Gesellschafterbeiträge

⁶ zu 1.: in 2008: Anteil des Landkreises Teltow-Fläming an der Stammkapitalerhöhung von insgesamt 21 T€ (davon 39,5 %)

⁷ zu 1.: Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %); zu 4.: Betriebskostenzuschuss

3 Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Im Folgenden erfolgt die Einzeldarstellung der Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming an Unternehmen des privaten Rechts gemäß § 92 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 BbgKVerf einschließlich der mittelbaren Beteiligungen.

3.1 Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH, Jüterbog (SWFG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Markt 15/16
14913 Jüterbog

E-MAIL

info@swfg.de

HOMEPAGE

www.swfg.de

GRÜNDUNG

20.12.1991



Die SWFG mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 108 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 09.12.1991 am 20.12.1991 gegründet. Der Beitritt des ehemaligen Landkreises Luckenwalde erfolgte auf Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 221/92 vom 02.07.1992.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 20.12.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 15.06.2009 geändert (Geschäftskosten und Aufwendungen der Gesellschaft sowie Aufsichtsrat).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Landkreises Teltow-Fläming und seiner Gemeinden durch die umwelt- und sozialverträgliche Förderung des Fremdenverkehrs sowie des Wirtschafts- und Gemeindelebens.

Zum Zweck der Gesellschaft gehört es insbesondere, ergänzend zu den wirtschaftsfördernden Tätigkeiten der Gesellschafter

- a) für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben im Gebiet der Gesellschaft zu werben,
- b) zu gründende und ansässige Betriebe sowie Fremdenverkehrseinrichtungen zu fördern,
- c) Hilfestellungen für Klein- und Mittelbetriebe zu geben,
- d) den Landkreis Teltow-Fläming und seine Kommunen bei der örtlichen und überörtlichen Planung zu beraten,
- e) den Aufbau wirtschaftsnaher Infrastruktur zu fördern.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

3.956.050,00 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	97,8653 %	3.871.600,00 €
Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam:	2,0690 %	81.850,00 €
VR-Bank Fläming eG:	0,0657 %	2.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL):	100 %
Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG):	100 %
Flaeming-Skate GmbH (FS):	80 %
NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH:	49 %
WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal Verwaltungsgesellschaft mbH:	20 %
WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG:	0 % (Kommanditeinlage 5.000 €)
UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam:	6 %
EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH:	0,13 %
Kooperationsnetzwerk Biotechnologie / Life Sciences Potsdam:	0 % (Einlage 8.158,70 €)

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung
Gesellschafterversammlung
Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke	(Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgische Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus der/dem Vorsitzenden des Kreistages als Vorsitzende/n, je einem Vertreter der übrigen Gesellschafter, einem vom Kollegium aller Amtsdirektoren und aller hauptamtlicher Bürgermeister zu bestimmenden Vertreter der Städte und Gemeinden des Landkreises sowie vier weiteren Vertretern des Kreistages, darunter die/der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft des Kreistages.

Herr Klaus Bochow	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Bernd Rüdiger	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

Mit dem Kreistagsbeschluss Nr. 4-0615/10-LR vom 28.06.2010 wurde die am 01.04.2009 durch die Gesellschafterversammlung beschlossene und am 28.07.2011 ins Handelsregister übernommene Änderung bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der SWFG mbH umgesetzt. Insofern

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

gehören seit 2010 auch vier weitere Vertreter (neben dem Kreistagsvorsitzenden) des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming dem Aufsichtsrat an. Dieser tagte erstmalig am 07.09.2010 in neuer Zusammensetzung:

Herr Christoph Schulze	(Vorsitzender, Kreistagsvorsitzender des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, FDP Vorsitzende des Kreistagsausschusses für Wirtschaft)
Herr Detlev von der Heide	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)
Frau Maritta Böttcher	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)
Herr Hermann Kühnapfel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)
Herr Bernd Rüdiger	(Vertreter der hauptamtlichen Bürgermeister und des Amtsdirektors)
Herr Ernst Dienst	(Vorstand der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam)
Frau Dr. Carola Seiler	(Vorstand der VR-Bank Fläming eG)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN UND LAGEBERICHT (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	88,0%	88,9%	93,7%	-0,9%	-4,7%	-1,0%	-5,1%
Eigenkapitalquote	-16,4%	-10,5%	-6,2%	-5,9%	-4,3%	-56,1%	-68,5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	6,9%	14,2%	19,5%	-7,2%	-5,3%	-51,2%	-27,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	85,9%	87,2%	90,6%	-1,3%	-3,4%	-1,5%	-3,8%
Zinsaufwandsquote	41,6%	45,8%	41,4%	-4,1%	4,4%	-9,1%	10,6%
Zinsaufwandsquote ²	29,1%	28,8%	28,9%	0,3%	-0,1%	1,0%	-0,4%
Liquidität 3. Grades	48,7%	48,6%	41,3%	0,0%	7,4%	0,1%	17,8%
Cashflow	- 1.282,2 T€	- 1.443,8 T€	- 1.204,8 T€	161,7 T€	- 239,1 T€	11,2%	-19,8%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	29,2 T€	- 328,3 T€	170,3 T€	357,5 T€	- 498,7 T€	108,9%	-292,7%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-1,8%	-0,2%	-1,3%	-1,6%	1,2%	-1034,8%	88,4%
Umsatz	3.244,4 T€	3.113,4 T€	3.086,0 T€	131,0 T€	27,4 T€	4,2%	0,9%
Jahresergebnis	- 1.986,7 T€	- 1.482,8 T€	- 1.792,9 T€	- 503,9 T€	310,1 T€	-34,0%	17,3%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	34,6%	32,2%	23,4%	2,4%	8,8%	7,6%	37,4%
Personalintensität	24,2%	20,4%	16,4%	3,8%	4,1%	18,5%	24,8%
Anzahl der Mitarbeiter	20	19	14	1	5	5,3%	35,7%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die SWFG mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming. Um dies zu erreichen, arbeitete sie parallel an einer Vielzahl von Projekten (Auszug):

Gewerbegebietsentwicklung und Immobilienverwaltung

Die SWFG mbH verfügte auch im Jahr 2009 über einen für kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften relativ hohen Immobilienbestand. Dazu zählen neben dem Biotechnologiepark Luckenwalde (BTPL) und den sogenannten Sparkassen-Immobilien auch die in der Entwicklung befindlichen Gewerbegebiete (GE) in Dahlewitz und Jüterbog sowie weitere Immobilien in Mahlow, Blankenfelde,

Jühnsdorf, Rangsdorf und Zossen, die der SWFG mbH vom Landkreis als Stammkapital übertragen wurden. Die Bewirtschaftung und Vermarktung dieser Immobilien erfolgt im Rahmen des gesellschaftseigenen Immobilienmanagements und trägt zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der SWFG mbH bei.

Die Entwicklung der verschiedenen Gewerbegebiete dient der Festigung und Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur in unserem Landkreis. So führten die Aktivitäten der Gesellschaft zu neuen Firmenansiedlungen in den Gewerbegebieten und damit zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. U.a. wählte eine amerikanische Firma der Biotechnologiebranche den BTPL als Standort für ihre Europazentrale aus.

Firmenbetreuung

Die SWFG mbH ist Ansprechpartner für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) im Landkreis. Neben der Betreuung beinhaltet die Beratung der Firmen alle für die Neuansiedlung sowie Sicherung der Unternehmen relevanten Aktivitäten, wie Fachkräftesicherung, Fördermittelberatung, Vermittlung mit Behörden und Anbahnung von Kooperationen. Die betreuten Firmen werden in einer Datenbank erfasst, die nun mehr als 2.300 Unternehmen (Vorjahr rd. 2.000) verzeichnet. Die Erfassung und Veröffentlichung von Firmenkontakten in der Rubrik „Service“ auf der Internetpräsentation der Gesellschaft unterstützt u.a. das Entstehen von Kooperationsbeziehungen sowohl untereinander als auch zu Firmen aus unserem polnischen Partnerkreis Gniezno.

Lotsendienst

Der seit dem Jahre 2007 in Regie der SWFG mbH durchgeführte Lotsendienst begleitet existenzgründungswillige Arbeitslose beim Schritt in die Selbständigkeit. Nach neuesten Analysen liegt die Verbleibquote¹ im Landkreis Teltow-Fläming mit über 90 % weit über dem Durchschnitt und kennzeichnet damit den Erfolg des Projektes.

Netzwerk­tätigkeit und internationale Aktivitäten

Die SWFG mbH ist Mitglied in mehreren regionalen bis hin zu landesweiten Netzwerken sowie kreislichen Arbeitsgruppen und Beiräten. International hält sie zu den Partnerregionen in Polen und Ungarn Verbindung. Zudem tritt der BTPL international auf verschiedenen Messen auf und ist in internationalen Netzwerken verankert.

Die Netzwerkarbeit dient der Koordinierung verschiedenster Projekte und fördert, bspw. durch die Akquisition freier Stellen, Ausbildungs- und Schülerarbeitsplätze sowie Praktika, zugleich die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Schulen. Auch die Beratungsleistungen für KMU werden mit Hilfe der Netzwerkarbeit effizienter koordiniert und weiter qualifiziert.

Zusammenarbeit mit dem Landkreis, der Landesregierung und den Landesinstitutionen

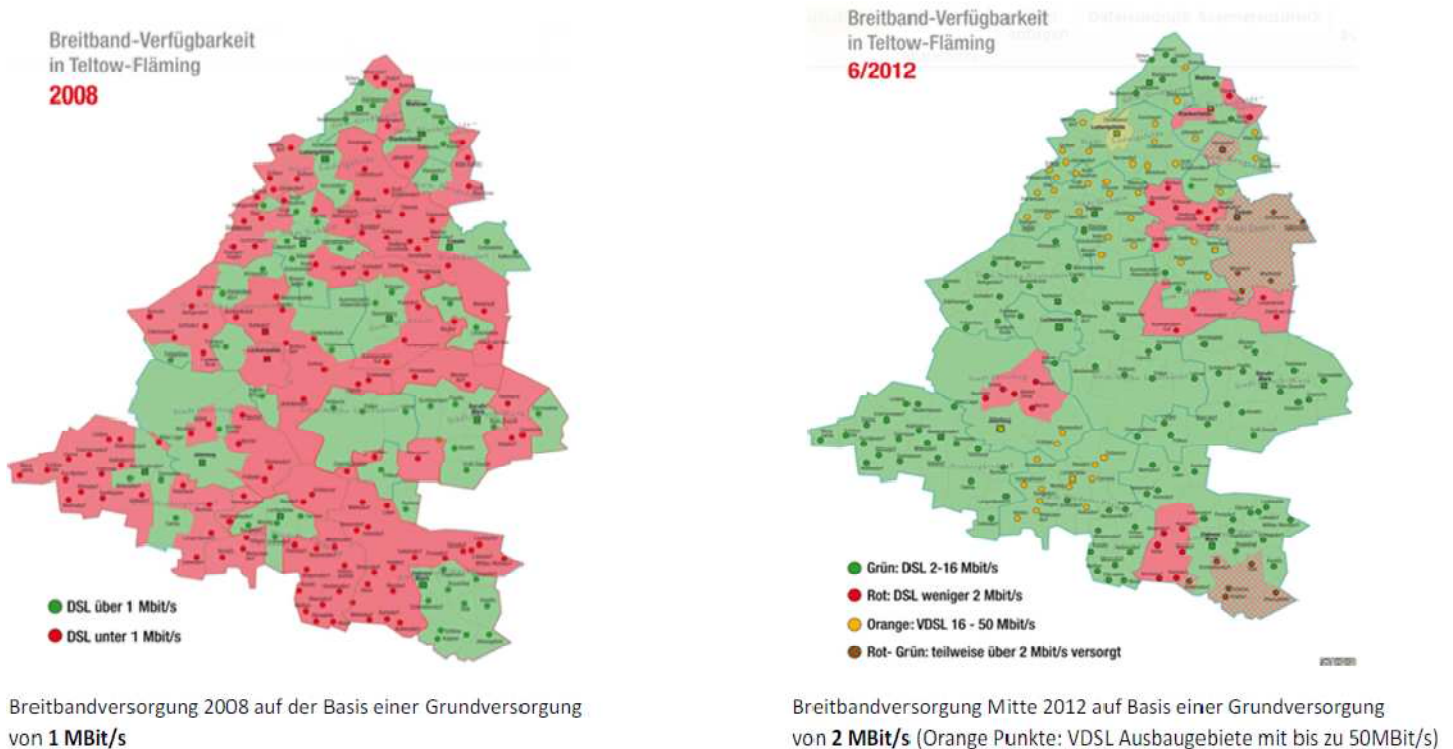
Zu den Aufgaben der SWFG mbH gehört auch die Mitarbeit in unterschiedlichen Gremien auf Kreis- und Landesebene. So ist sie bspw. ständiges Mitglied in der Koordinierungsgruppe des Landkreises. Daneben beinhaltet die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg insbesondere die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des für die Wirtschaft des Landes Brandenburg zuständigen Ministeriums sowie Abstimmungen mit der ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH (ZAB) und der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB). Des Weiteren repräsentiert die SWFG mbH den Landkreis Teltow-Fläming in wirtschaftsrelevanten Arbeitsgruppen sowie bei Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung und Wirtschaftsförderung. Auch die Städte und Gemeinden des Landkreises werden bei der Planung und Durchsetzung ihrer wirtschaftspolitischen Zielstellungen von der Gesellschaft unterstützt.

¹ Verbleibquote – Die Verbleibquote drückt aus, wie viele Existenzgründer nach drei Jahren noch am Markt sind und nicht nach kurzer Zeit ihre Selbständigkeit wieder aufgeben.

Breitbandversorgung

Die im Jahr 2007 begonnenen Aktivitäten der SWFG mbH zur Erschließung des Landkreises mit breitbandigem Internet zeigen zwischenzeitlich erste Erfolge. So sind einige Ortsteile bereits an das „schnelle Netz“ angeschlossen, bei anderen hat die Realisierungsphase begonnen.

Breitband-Verfügbarkeit in Teltow-Fläming – Grafische Gegenüberstellung der Jahre 2008 und 2012



Quelle: SWFG mbH, Herr Penquitt, Projektleiter Breitband Teltow-Fläming.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2009 darlegt, hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage einschließlich der Liquidität in eine „komplizierte Situation“ entwickelt, sodass die wirtschaftliche Situation im Jahr 2009 als angespannt zu betrachten ist. Da insbesondere durch die Infrastrukturprojekte der Gesellschaft keine Kostendeckung erreicht werden kann – abgesehen von Einmaleffekten, bspw. durch Veräußerungen – ist die Gesellschaft zur Sicherung ihrer Liquidität auf die Unterstützung durch den Hauptgesellschafter angewiesen. So erbringt der Landkreis Teltow-Fläming seit Jahren erhebliche Leistungen zur Stärkung der SWFG mbH, bspw. in Form von Kapital- bzw. Immobilieneinlagen, Verlustausgleichen oder Ausfallbürgschaften. In den vergangenen Jahren erfolgte der Verlustausgleich durch den Landkreis jedoch nicht mehr in voller Höhe, sodass die Jahresfehlbeträge (in 2009: 1.987 T€) in Verbindung mit der planmäßigen, erfolgswirksamen Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse² (in 2009: 768 T€) das Eigenkapital der Gesellschaft stets verringerten. Infolge dessen halbierte sich das Eigenkapital (einschließlich Sonderposten) im Vergleich zum Vorjahr und beträgt per 31.12.2009 noch rd. 2.473,5 T€ (Vj. 5.228,0 T€). Die Eigenkapitalquote sank daher, trotz einer gleichzeitigen Verringerung der Bilanzsumme, auf 6,9 %

² Sonderposten für Investitionszuschüsse – Die ab 1999 erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten aus Investitionszuschüssen“ unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Diese Sonderposten werden, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich ertragswirksam aufgelöst.

(Vj. 14,2 %). Seit 2006 ist das Eigenkapital der Gesellschaft ohne Einbezug der Sonderposten nicht mehr darstellbar. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft kritisch zu beobachten. Für die folgenden Wirtschaftsjahre sind Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalsituation und Stabilisierung der Gesellschaft geplant.

Der angesprochene und für kommunale Wirtschaftsförderungsgesellschaften relativ hohe Immobilienbestand der SWFG mbH wirkt sich auch auf die Bilanzstruktur aus. So beträgt der Anteil des Anlagevermögens 88,0 % (Vj. 88,9 %) vom Gesamtvermögen. Dem steht ein entsprechend hoher Bestand an Verbindlichkeiten gegenüber. Die langfristige Bindung des Kapitals kann die Flexibilität, d.h. die Fähigkeit der Gesellschaft, sich auf verändernde Rahmenbedingungen einzustellen, einschränken. Daher soll der Anteil des Anlagevermögens sowie des entsprechenden Fremdkapitals an der Bilanzsumme in den nächsten Jahren kontinuierlich reduziert werden. Folglich besteht in Verbindung mit einer entsprechenden Verringerung der Bilanzsumme die Möglichkeit, das vorhandene Eigenkapital aufzuwerten und die Eigenkapitalquote zu steigern.

Der Anlagendeckungsgrad II liegt mit 85,9 % (Vj. 87,2 %) unter dem durchschnittlichen Zielwert von 110 bis 150 %. Grund dafür ist das Verhältnis der hohen Anlagenintensität in Verbindung mit der vergleichsweise geringeren Eigenkapital- sowie mittel- bis langfristigen Fremdkapitalausstattung. Diese Fristeninkongruenz wird auch bei Betrachtung der Liquidität 3. Grades deutlich. Insofern deckt das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der SWFG mbH die kurzfristigen Verbindlichkeiten nur zu 48,7 % (Vj. 48,6 %). Der Zielwert liegt dagegen bei über 120 %. Insgesamt zeigen diese Positionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf.

Die mit dem großen Immobilienbestand einhergehenden Verbindlichkeiten in Höhe von rd. 33,2 Mio. € (Vj. 31,6 Mio. €) führen wiederum zu einer starken Zinsbelastung und einer vergleichsweise hohen Zinsaufwandsquote von 29,1 % (Vj. 28,8 %).

Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 6.263,7 T€ (Vj. 6.438,3 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2009 gekennzeichnet von um 131,0 T€ auf 3.244,4 T€ (+4,2 %) gestiegenen Umsatzerlösen, denen wiederum um 392,5 T€ auf 1.397,6 T€ gesunkene sonstige betriebliche Ertrag gegenüberstehen. Auf Grund fehlender Einmaleffekte hat sich die Betriebsleistung in 2009 gegenüber dem Vorjahresniveau somit auf 4.642,0 T€ (-6,2 %) verringert, ist aber höher als noch in 2007 (+5,2 %). Letztlich erhöhte sich der Jahresfehlbetrag jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 503,9 T€ auf 1.986,7 T€ (Vj. 1.482,7 T€) und liegt damit auch über dem Niveau aus 2007 mit 1.792,9 T€. Neben den im Gegensatz zum Wirtschaftsjahr 2008 fehlenden Einmaleffekten resultiert diese Entwicklung auch aus dem Aufbau des Projektes „Breitbandanschließung des Landkreises“ sowie der Übernahme weiteren Personals aus Tochterunternehmen im Zuge der Umstrukturierung der Firmengruppe. So hat die BTPL GmbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit in 2008 eingestellt. Die bisherigen Aufgaben werden nun durch eine Abteilung der SWFG mbH wahrgenommen. Allein der Personalaufwand ist in 2009 gegenüber dem Vorjahr um 12 % (gegenüber 2007 sogar um 55 %) auf nunmehr 1.122,6 T€ gestiegen. Damit einhergehend stieg auch die Personalaufwandsquote – entsprechend der Aufstockung der Mitarbeiterzahl – stetig an. Die größte finanzielle Belastung für die Gesellschaft stellt jedoch der Biotechnologiepark Luckenwalde dar, durch den derzeit selbst bei Einmaleffekten (Veräußerungen) keine positiven Ergebnisse erwirtschaftet werden können.

Auf Grund des hohen Gesamtkapitals von 35,8 Mio. €, welches der Gesellschaft zur Verfügung steht, ergibt sich trotz des ausgewiesenen Millionenverlustes eine verhältnismäßig niedrige negative Gesamtkapitalrentabilität von -1,8 % (Vj. -0,2 %). Ohne Verlustausgleich bzw. Zuwendungen anderer Art durch den Gesellschafter wäre der jährliche Verzehr des Eigenkapitals bei anhaltend negativer

Entwicklung existenzgefährdend für das Unternehmen. Insofern ist die bereits eingeleitete Konsolidierungspolitik in Verbindung mit angestrebten Einmaleffekten in den folgenden Wirtschaftsjahren von besonderer Bedeutung für die Existenzsicherung der SWFG mbH.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich sodann auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die Gesellschaft weist im Dreijahresrückblick jährlich einen negativen Cash-Flow von über 1 Mio. € aus – auch Cash-Loss genannt. Diese anhaltend negative Aussage über die Innenfinanzierungskraft des Unternehmens bestätigt entsprechend der geringen Liquiditätsgrade die schwierige Finanzlage der Gesellschaft.

Etwas positiver stellt sich die Entwicklung der zahlungswirksamen Veränderung des Finanzmittelbestandes, also die Summe aus Jahres-Cash-Flow sowie dem Mittelzu- bzw. -abfluss aus Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit der SWFG mbH, dar. Sie beträgt in 2009 rd. 29 T€ und hat sich im Vergleich zum Vorjahr mit -328 T€ deutlich verbessert. Bedeutendster Bestandteil zur Liquiditätserhaltung ist dabei der Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit mit einer Nettokreditaufnahme von rd. 1.444 T€.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine weiter verschärfte Situation der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquidität auf.

CHANCEN UND RISIKEN

In ihrer täglichen Arbeit hat die SWFG mbH eine Vielzahl bürokratischer Hindernisse zu überwinden. Die dadurch verursachten zeitlichen Verzögerungen in den verschiedenen Projekten führen nicht selten zu Verschiebungen möglicher wirtschaftlicher Erfolge und können so Liquiditätsengpässe verursachen. Deutlich wurde dies bspw. bei der Gewerbegebietsentwicklung in Dahlewitz. Dort mussten u.a. Beschlüsse zu Bebauungsplänen und die infrastrukturelle Erschließung der Flächen abgewartet werden, bevor schließlich der erfolgreiche Abschluss von Kaufverträgen gelang. Das zeigt deutlich, wie die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von äußeren Faktoren beeinflusst werden kann.

Eine Chance zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft bietet die Lage ihres direkten Wirkungskreises im Süden von Berlin. Die sich durch den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Airport Berlin Brandenburg International BBI verändernde Wirtschaftslage in der Region wird sich auch auf die SWFG mbH positiv auswirken und zu einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation beitragen können. Der verstärkten Immobiliennachfrage insbesondere im sogenannten Speckgürtel Berlins soll mit verstärkten Vermarktungsaktivitäten begegnet werden. Die aus Veräußerungen generierten Einmaleffekten würden speziell die Finanzsituation der SWFG mbH stärken.

Daneben wird mit der Fertigstellung der kürzlich wieder aufgenommenen Arbeiten zum weiteren Ausbau der Bundesstraße B101 der Süden des Landkreises als Standort für Firmenansiedlungen attraktiver werden. Die vorhergehende stetige Verschiebung der Fertigstellung der B101 stellte auch für die Ansiedlungsbemühungen der SWFG mbH ein großes Handicap dar. Die Verwirklichung der infrastrukturellen Entwicklung und Anbindung der Region bietet nun gute Chancen für weitere Neuansiedlungen insbesondere auch im Biotechnologiepark Luckenwalde – dem derzeitigen Hauptprojekt der SWFG mbH im Rahmen der Wirtschaftsförderung.

Des Weiteren wird erwartet, dass die flächenmäßige Breitbandversorgung im Landkreis zu einer weiteren Stärkung des Wirtschaftsstandortes Teltow-Fläming beitragen wird. Die Umsetzung dieses Projektes wird derzeit von der SWFG mbH vorangetrieben. In einigen Gemeinden bzw. Ortsteilen konnte der Anschluss an das schnelle Internet bereits realisiert werden – so auch seit Anfang des

Jahres 2011 in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow. Speziell für potenzielle Investoren stellt die Breitbandversorgung einen außerordentlich wichtigen Standortfaktor dar.

Im Hinblick auf die Stärkung der Position der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der SWFG mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und Aktivitäten der Gesellschaft entsprechend ihres im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der SWFG mbH.

Die dem Kreistag und seinen Ausschüssen in diesem Zusammenhang übermittelten und erläuterten Planungsziele sowie deren Gesamtbedingungen werden nun schrittweise verwirklicht, um ein eigenständiges Wirtschaften der Gesellschaft ohne finanzielle Belastung des Landkreises in den nächsten Jahren zu sichern. Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung der Gesellschaft ist dabei die nachhaltige Sicherung der Liquidität.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die vorläufige Entwicklung der SWFG mbH in 2010 (Angaben per 08/2010) zeigt bei einer leichten ertragsseitigen Verbesserung, aber weiterhin hohen negativen Ergebnissen, insgesamt eine erste Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Gründe dafür liegen auch in der Kapitalzuführung des Gesellschafters von rd. 5 Mio. €, die zur Verbesserung der Vermögenssituation und zur Sicherung der Liquiditätslage beitragen soll. Durch die damit verbundene Erhöhung des Eigenkapitals und Rückführung von Darlehensverbindlichkeiten konnten die Bilanz- und Eigenkapitalrelationen verbessert werden. Auch trägt die damit einhergehende Einsparung von Finanzierungskosten zur weiteren Stabilisierung der Ertragssituation bei. Trotz dieser positiven Tendenz wird für das Wirtschaftsjahr 2010 dennoch ein negatives Jahresergebnis erwartet.

Insgesamt weist die aktuelle Entwicklung jedoch auf eine positive Trendwende hin. Im Geschäftsjahr 2010 und den darauf folgenden Wirtschaftsjahren wird sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SWFG mbH in Folge verschiedener Maßnahmen, wie den Kapitaleinlagen des Landkreises, der Umstrukturierung der Gesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften sowie den Einmaleffekten aus Vermarktungsprozessen und damit die Erschließung stiller Reserven, voraussichtlich weiter verbessern. Im Rahmen der Konsolidierung der Firmengruppe haben bspw. die Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH und die Flaeming-Skate GmbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt. Das Personal der beiden Gesellschaften wurde überwiegend in die Geschäftsbereiche der übernehmenden Gesellschaften GAG mbH und SWFG mbH integriert und Synergieeffekte generiert. Gleichzeitig wurden die Beteiligungen an der WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal GmbH und WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal GmbH & Co. KG aufgegeben.

Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg der SWFG mbH ist die Umsetzung der dem Kreistag vorgelegten Unternehmensstrategie, des Wirtschaftsplanes, der angesetzten Gesamtbedingungen sowie die Mitwirkung aller Gremien der Gesellschaft.

Eine besondere Bedeutung kommt der Sicherung der Liquidität der Gesellschaft zu. Ein bedeutender Schritt ist in diesem Zusammenhang die Vermarktung der sogenannten MBS-Immobilien. Die damit generierten liquiditäts- und ertragsseitigen Einmaleffekte werden voraussichtlich zu einer kurzfristigen Verbesserung der Finanzsituation der Gesellschaft führen. Durch die intensivierten Vermarktungsaktivitäten sollen weitere Veräußerungserfolge folgen. Die Veräußerungserlöse stehen dann zur Rückführung der Verbindlichkeiten der SWFG mbH zur Verfügung. Die Gesellschaft kann ihrer originären

Geschäftstätigkeit so noch besser nachkommen und gleichzeitig eigenständig zu einer weiteren Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen. Entsprechend dem mittelfristigen Wirtschaftsplan ist nur noch eine einmalige Zuführung von Kapitalmitteln durch den Hauptgesellschafter in 2011 geplant, in den Folgejahren sind keine Zuwendungen vorgesehen.

Langfristig ist jedoch zu beachten, dass der Gesellschaftszweck bzw. die Aktivitäten der SWFG mbH auch zukünftig nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet sind, sodass die Unterstützung durch die Gesellschafter weiterhin notwendig bleibt.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Verlustausgleiche	- T€	- T€	300,0 T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ¹	21.549,9 T€	21.770,7 T€	22.450,8 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ Ausfallbürgschaften des Landkreises

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 122 Abs. 2 BbgKVerf fördert der Landkreis insbesondere die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung seines Gebiets zum Wohle der Einwohner. Dazu bedient er sich unter anderem der SWFG mbH.

Bei der Wahrnehmung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben arbeitet die Gesellschaft mit anderen Institutionen und Verwaltungen – auch kreisübergreifend – zusammen.

6. SONSTIGES

Die SWFG mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	31.528,6	32.846,2	-1.317,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,8	2,8	-2,0
II. Sachanlagen	31.319,9	32.599,3	-1.279,4
III. Finanzanlagen	207,9	244,1	-36,2
B. Umlaufvermögen	4.245,4	4.038,5	206,9
I. Vorräte	2.785,7	2.650,8	135,0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.263,0	1.220,3	42,7
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	196,7	167,5	29,2
C. Rechnungsabgrenzungsposten	36,0	55,1	-19,1
Bilanzsumme	35.810,0	36.939,8	-1.129,9
Passiva			
A. Eigenkapital	2.473,5	5.228,0	-2.754,5
I. Gezeichnetes Kapital	3.956,1	3.956,1	0,0
II. Kapitalrücklage/SoPo Eigenmittel LK TF und Investitionszuschüsse AV	8.331,0	9.098,8	-767,8
III. Verlustvortrag	-7.826,9	-6.344,1	-1.482,8
IV. Jahresfehlbetrag	-1.986,7	-1.482,8	-503,9
B. Rückstellungen	165,4	112,7	52,7
C. Verbindlichkeiten	33.152,9	31.598,4	1.554,4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	18,2	0,8	17,5
Bilanzsumme	35.810,0	36.939,8	-1.129,9
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	3.244,4	3.113,4	131,0
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an	0,0	43,0	-43,0
3. sonstige betriebliche Erträge	1.397,6	1.790,1	-392,5
4. Personalaufwand	-1.122,6	-1.001,0	-121,6
5. Abschreibungen	-1.295,7	-1.344,9	49,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.495,2	-2.667,5	172,3
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23,5	31,4	-7,9
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.350,3	-1.424,9	74,6
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-167,9	-179,4	11,5
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.766,1	-1.639,9	-126,2
11. außerordentliche Erträge	0,0	350,0	-350,0
12. außerordentliche Aufwendungen	-123,9	-85,0	-38,9
13. außerordentliches Ergebnis	-123,9	265,0	-388,9
14. sonstige Steuern	-96,7	-107,9	11,2
15. Jahresfehlbetrag	-1.986,7	-1.482,8	-503,9

Die Beteiligungen der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH in Zahlen

3.1.1 Biotechnologiepark Luckenwalde GmbH (BTPL)

Gesellschafter: 100 % SWFG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Die GmbH hat ihre wirtschaftliche Tätigkeit seit 2008 eingestellt. Die bisherigen Aufgaben werden durch eine Abteilung der SWFG mbH wahrgenommen.

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	2,1	3,4	-1,3
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	2,1	3,4	-1,3
B. Umlaufvermögen	50,9	52,2	-1,2
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	50,6	46,7	4,0
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	0,3	5,5	-5,2
Bilanzsumme	53,1	55,6	-2,5
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	51,1	51,1	0,0
II. Kapitalrücklage	0,5	0,9	-0,4
III. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	0,8	1,0	-0,3
C. Verbindlichkeiten	0,7	2,6	-1,8
Bilanzsumme	53,1	55,6	-2,5
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. sonstige betriebliche Erträge	0,8	0,7	0,1
2. Personalaufwand	0,0	-10,6	10,6
3. Abschreibungen	-1,3	-1,5	0,2
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	-6,9	-7,2	0,3
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
6. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-7,3	-18,5	11,1
7. sonstige Steuern	0,0	-0,1	0,1
8. Ergebnis aus Verlustübernahme	7,4	18,6	-11,3
9. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.1.2 Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG)

Gesellschafter: 100 % SWFG

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler

Im Jahre 2010 hat die SEAG mbH ihre wirtschaftliche Tätigkeit eingestellt.

Die Geschäftsfelder werden in die GAG mbH, bei der der Landkreis Hauptgesellschafter ist, übernommen und in der neu zu gründenden Abteilung Büroservice weitergeführt. Damit werden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien werden flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet. Des Weiteren wird die Geschäftstätigkeit der GAG mbH ausgebaut und stabiler für die Zukunft ausgerichtet.

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	2,5	3,6	-1,1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,5	1,4	-0,9
II. Sachanlagen	2,0	2,2	-0,2
B. Umlaufvermögen	17,1	32,2	-15,0
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11,2	24,3	-13,1
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	5,9	7,9	-1,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1,7	2,1	-0,4
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	77,4	34,7	42,7
0 Bilanzsumme	98,8	72,6	26,2
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	63,9	63,9	0,0
II. Verlustvortrag	-16,9	-16,9	0,0
III. Jahresfehlbetrag	-124,4	-81,7	-42,7
IV. nicht gedeckter Fehlbetrag	77,4	34,7	42,7
B. Rückstellungen	1,0	5,0	-4,0
C. Verbindlichkeiten	97,7	67,6	30,2
D. sonstige Passiva	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	98,8	72,6	26,2
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	274,4	349,7	-75,3
2. sonstige betriebliche Erträge	14,5	15,9	-1,4
3. Personalaufwand	-316,8	-330,9	14,1
4. Abschreibungen	-1,5	-3,9	2,4
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-92,4	-112,0	19,6
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,1	-0,1
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2,3	-0,2	-2,1
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-124,0	-81,3	-42,8
9. Steuern	-0,4	-0,4	0,1
10. Jahresergebnis	-124,4	-81,7	-42,7

3.1.3 Flaeming-Skate GmbH (FS)

Gesellschafter: 80 % SWFG mbH und 20 % GAG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler und Herr Erik Scheidler

Im Zuge der Umstrukturierungen der SWFG – Firmengruppe wird die wirtschaftliche Tätigkeit der FS GmbH in 2010 eingestellt und die Leistungsfelder in die Muttergesellschaft, der SWFG mbH, Abteilung Fläming-Skate, weitergeführt. Damit werden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien werden flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet.

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	11,5	15,3	-3,8
I. Sachanlagen	11,5	15,3	-3,8
B. Umlaufvermögen	63,4	13,9	49,4
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51,1	9,0	42,1
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	12,3	5,0	7,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,4	0,5
Bilanzsumme	75,7	29,7	46,1
Passiva			
A. Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Kapitalrücklage	35,3	35,3	0,0
III. Verlustvortrag	-35,3	-35,3	0,0
IV. Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	2,8	2,5	0,3
C. Verbindlichkeiten	46,4	2,1	44,3
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,1	1,5
Bilanzsumme	75,7	29,7	46,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009	0,0	0,0	0,0
1. Umsatzerlöse	52,0	55,2	-3,1
2. sonstige betriebliche Erträge	0,2	4,3	-4,1
3. Personalaufwand	-24,8	27,5	-52,3
4. Abschreibungen	-4,0	-4,1	0,1
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-122,1	-125,8	3,7
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-98,7	-97,9	-0,8
8. Erträge aus Verlustübernahme	98,7	97,9	0,8
9. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.1.4 NEG Nunsdorfer Entwicklungsgesellschaft mbH

Gesellschafter: 49 % SWFG und 51 % Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel

Geschäftsführung: Herr Dipl.-Ing. Dr. Rainer Töpel und Herr Herbert Vogler

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	277,0	281,7	-4,7
I. Sachanlagen	277,0	281,7	-4,7
B. Umlaufvermögen	10,1	7,5	2,7
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9,4	5,4	4,0
II. Guthaben bei Kreditinstituten	0,7	2,1	-1,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4,0	4,3	-0,2
Bilanzsumme	291,2	293,4	-2,2
Passiva			
A. Eigenkapital	8,9	7,1	1,8
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Verlustvortrag	-17,9	-22,5	4,6
III. Jahresüberschuss	1,8	4,6	-2,8
B. Rückstellungen	3,0	3,0	0,0
C. Verbindlichkeiten	279,3	283,2	-3,9
Bilanzsumme	291,2	293,3	-2,1

3.1.5 WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal Verwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter: 20 % SWFG mbH, 40 % Gemeinde Nuthe-Urstromtal und 40 % Stadt Trebbin
Geschäftsführung: Herr Ronny Haase

(Wirtschaftsförderung im Territorium der Gesellschafter, z. B. Entwicklung von Gewerbegebieten, Bau kommunaler Einrichtungen mit Fördermitteln)

Bilanz zum 31.12.2009	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	84,1	51,5	32,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	68,4	51,5	17,0
III. Finanzanlagen	15,6	0,0	15,6
B. Umlaufvermögen	959,2	799,5	159,7
I. Vorräte	11,5	10,2	1,2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102,4	77,4	25,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	845,3	711,9	133,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6,7	1,5	5,3
Bilanzsumme	1.050,0	852,5	197,6
Passiva			
A. A. Eigenkapital	777,3	685,9	91,4
I. I. Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0
II. II. Gewinnrücklagen	681,0	590,9	90,1
III. III. Gewinnvortrag	66,9	75,0	-8,0
IV. IV. Bilanzgewinn	3,8	-5,5	9,3
B. B. Rückstellungen	49,4	34,7	14,7
C. C. Verbindlichkeiten	174,0	131,9	42,1
D. D. Rechnungsabgrenzungsposten	49,4	0,0	49,4
Bilanzsumme	1.050,0	852,5	197,6

3.1.6 WEN Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Nuthetal Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG

Kommanditeinlage i.H.v. 5.000 €

(Förderung und Entwicklung der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Gemeinde Nuthe-Urstromtal und der Stadt Trebbin, insbesondere die Förderung und Entwicklung von Gewerbe, Dienstleistungen, Handel, Touristik und der Tätigkeit von Behörden in diesen Kommunen)

3.1.7 UP Transfer Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer mbH an der Universität Potsdam

Gesellschafter: 6 % SWFG mbH, 76 % Universität Potsdam, 6 % Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin- Brandenburg e.V., 6 % ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und 6 % Industrie- und Handelskammer Potsdam

Geschäftsführung: Herr Prof. Dr. Bernhard Muszynski und Herr Dr. Andreas Bohlen

Die UP TRANSFER GmbH ist eine private gemeinnützige Gesellschaft für Wissens- und Technologietransfer an der Universität Potsdam. Die Gesellschaft wurde von der Universität Potsdam gemeinsam mit Partnern aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung gegründet, um auf die Bedürfnisse des Marktes flexibler zu reagieren und die Kompetenzen der grundlagen- und anwendungsorientierten Forschungsbereiche der Hochschule enger mit der Wirtschaft zu verzahnen.

Der Gesellschaftszweck umfasst die Forschung, Entwicklung, Lehre, Bildung und Weiterbildung sowie die Ermöglichung eines Wissens- und Technologietransfer ohne unnötige bürokratische Schranken.

Bilanz zum 31.12.2009	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	84,1	51,5	32,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	68,4	51,5	17,0
III. Finanzanlagen	15,6	0,0	15,6
B. Umlaufvermögen	959,2	799,5	159,7
I. Vorräte	11,5	10,2	1,2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	102,4	77,4	25,1
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	845,3	711,9	133,4
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6,7	1,5	5,3
Bilanzsumme	1.050,0	852,5	197,6
Passiva			
A. A. Eigenkapital	777,3	685,9	91,4
I. I. Gezeichnetes Kapital	25,6	25,6	0,0
II. II. Gewinnrücklagen	681,0	590,9	90,1
III. III. Gewinnvortrag	66,9	75,0	-8,0
IV. IV. Bilanzgewinn	3,8	-5,5	9,3
B. B. Rückstellungen	49,4	34,7	14,7
C. C. Verbindlichkeiten	174,0	131,9	42,1
D. D. Rechnungsabgrenzungsposten	49,4	0,0	49,4
Bilanzsumme	1.050,0	852,5	197,6

3.1.8 EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH

Gesellschafter: 0,13 % SWFG mbH, 99,87 % Landesentwicklungsgesellschaft für Städtebau,
Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg mbH i. L. (LEG)

Geschäftsführung: Frau Birgit Flügge

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	1,0	13,1	-12,1
I. Sachanlagen	1,0	13,1	-12,1
II. Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0
B. Umlaufvermögen	10.541,0	10.669,2	-128,2
I. Vorräte	10.382,7	10.420,4	-37,7
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	121,4	125,8	-4,4
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	36,8	122,9	-86,1
C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	47.331,4	46.507,4	824,0
Bilanzsumme	57.873,4	57.189,7	683,8
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	4.346,0	4.346,0	0,0
II. Verlustvortrag	50.853,3	50.443,5	409,9
III. Jahresfehlbetrag	824,0	409,9	414,2
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	47.331,4	46.507,4	824,0
B. Rückstellungen	1.227,1	1.251,2	-24,1
C. Verbindlichkeiten	56.646,3	55.938,5	707,9
Bilanzsumme	57.873,4	57.189,7	683,8

3.2 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft, Trebbin (FGS)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Am Flugplatz, 14959 Trebbin (OT Schönhagen)

E-MAIL

Info@edaz.de

HOMEPAGE

www.edaz.de

GRÜNDUNG

02.05.1991



Die Beteiligung des ehemaligen Landkreises Luckenwalde als Gesellschafter an der zu gründenden Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH erfolgte auf Grundlage des Beschlusses Nr. 079/91 des Kreistages vom 25.04.1991.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 02.05.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 30.04.2009 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 20.03.2000 wurde die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH durch den Zusatz - Besitzgesellschaft - umfirmiert und der Gegenstand des Unternehmens wie folgt neu gefasst:

Der Gegenstand des Unternehmens ist das Vorhalten des Flugplatzes in Schönhagen als Verkehrslandeplatz für den Geschäftsreiseverkehr, den privaten Luftverkehr, die Entwicklung der Infrastruktur, die Errichtung eines Luftfahrt-Technologieparks, die Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie die Vertretung des Standortes nach außen (Marketing).

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Für die Organisation des eigentlichen Luftverkehrs wurde als Tochter zum 01.05.2000 eine Betriebsgesellschaft mit 50.000,00 € Stammkapital gegründet, deren Gesellschafter zu 100 % die Besitzgesellschaft ist. Die Besitzgesellschaft hat mit der Betriebsgesellschaft einen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen.

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

2.275.300,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	99,54 %	2.264.800,00 €
Stadt Trebbin:	0,46 %	10.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft:	100 %
--	-------

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht aus dem Landrat des Landkreises Teltow-Fläming als Vorsitzendem, dem Bürgermeister der Stadt Trebbin, bis zu vier Mitgliedern der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen sowie bis zu drei weiteren von der Gesellschafterversammlung berufenen Personen mit Fachkompetenz.

Besetzung des Aufsichtsrates der FGS mbH in 2009:

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Andreas Kaden (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH
ehem. Präsident BBAA e.V.)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Mit dem Kreistagsbeschluss Nr. 4-0303/09-LR vom 28.06.2010 wurde die am 01.04.2009 durch die Gesellschafterversammlung beschlossene und am 30.04.2009 notariell beurkundete Änderung des Gesellschaftsvertrages bezüglich der Zusammensetzung des Aufsichtsrats der FGS mbH umgesetzt. Insofern gehören seit 2010 auch vier Vertreter der jeweils größten im Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming vertretenen Fraktionen dem Aufsichtsrat an. Dieser setzt sich seitdem wie folgt zusammen:

Herr Peer Giesecke (Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Thomas Berger (Bürgermeister der Stadt Trebbin)

Herr Andreas Kaden (Geschäftsführer der Lufthansa Bombardier Aviation Services GmbH)

Herr Andreas Deckert (Leiter Verkehr Berliner Flughäfen)

Frau Heide Igel (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, SPD)

Stellvertreter: Herr Thomas Czesky,

(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)

Stellvertreter: Herr Hans-Jürgen Akuloff

(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, Die Linke)

Herr Danny Eichelbaum (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)

Stellvertreterin: Frau Gertrud Klatt

(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, CDU)

Herr Michael Baumecker (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming, BV)

Stellvertreterin: Frau Martina Borgwardt

(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, FDP)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

(Die Angaben beziehen sich auf den konsolidierten Jahresabschluss 2009 von Besitz- und Betriebsgesellschaft)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	94,9%	96,0%	97,0%	-1,2%	-0,9%	-1,2%	-0,9%
Eigenkapitalquote	30,6%	25,6%	21,3%	5,0%	4,4%	19,5%	20,5%
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)	76,2%	72,4%	70,0%	3,8%	2,3%	5,3%	3,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	100,3%	96,0%	95,7%	4,3%	0,2%	4,5%	0,3%
Zinsaufwandsquote	29,0%	37,7%	45,0%	-8,8%	-7,3%	-23,2%	-16,2%
Zinsaufwandsquote ²	17,3%	21,0%	20,9%	-3,7%	0,1%	-17,5%	0,6%
Liquidität 3. Grades	105,7%	50,1%	41,6%	55,6%	8,5%	111,0%	20,5%
Cashflow	- 592,6 T€	- 588,6 T€	- 697,6 T€	- 4,0 T€	109,0 T€	-0,7%	15,6%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	- 206,1 T€	271,4 T€	- 421,3 T€	- 477,5 T€	692,7 T€	-176,0%	164,4%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-3,5%	-3,0%	-2,7%	-0,5%	-0,3%	-15,4%	-10,8%
Umsatz	816,0 T€	806,6 T€	632,2 T€	9,4 T€	174,4 T€	1,2%	27,6%
Jahresergebnis	- 928,5 T€	- 920,6 T€	- 844,6 T€	- 8,0 T€	- 76,0 T€	-0,9%	-9,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	74,8%	78,3%	95,1%	-3,5%	-16,8%	-4,5%	-17,6%
Personalintensität	44,7%	43,6%	44,1%	1,1%	-0,5%	2,6%	-1,2%
Anzahl der Mitarbeiter	16	14	14	2	0	14,3%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die FGS mbH erfüllt mit der Vorhaltung des Verkehrslandeplatzes (VLP) Schönhagen, der Entwicklung des Luftfahrt-Technologieparks, der Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie der Vertretung des Standortes nach außen (Marketing) die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben.

Insbesondere folgende Themen und Projekte waren im Jahr 2009 für die Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung:

Instrumentenanflug

Der VLP Schönhagen soll künftig unter Sichtflug- und Instrumentenanflugbedingungen („Luftraum F“) angeflogen werden können. Gemäß der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg ist er damit sehr gut geeignet, um Entlastungsfunktionen für den Airport Berlin Brandenburg International BBI wahrzunehmen – vergleichbar mit dem VLP Frankfurt-Egelsbach, der bereits heute zur Ergänzung und Entlastung des Flughafens Frankfurt am Main beiträgt. Insbesondere wird der VLP einen großen Teil der von den Berliner Flughäfen verdrängten allgemeinen Luftfahrt bis 12 t Höchststartmasse (MTOM) aufnehmen können. Des Weiteren führt die Luftverkehrskonzeption aus, dass sich der VLP Schönhagen durch den erfolgten Ausbau der Flugbetriebsflächen, der Entwicklung des Luftfahrt-Technologieparks und der geplanten Einrichtung des Instrumentenanflugbetriebes zu einem international bedeutsamen Verkehrslandeplatz der allgemeinen Luftfahrt entwickeln wird. In diesem Zusammenhang übernimmt der VLP Schönhagen mit der Einführung des Luftraum F, der eine primär nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckte Investition in die Infrastruktur darstellt, eine wichtige verkehrspolitische Aufgabe für das Land Brandenburg.

Bei den Vorbereitungen für die Genehmigung des Instrumentenanfluges hat sich die erforderliche Hindernisbeseitigung als genehmigungstechnisch schwierige und kostenintensive Hürde erwiesen. Ein aufwendiges Waldumwandlungsverfahren wurde Anfang 2010 erfolgreich abgeschlossen. Die Unterlagen für eine Änderung der Betriebsgenehmigung nach § 6 LuftVG konnten sodann im Frühjahr 2010 bei der Genehmigungsbehörde eingereicht werden. Damit ist das eigentliche Genehmigungsverfahren angelaufen – nach einer ca. 3,5 Jahre andauernden Vorarbeit.

Ansiedlung der Polizeihubschrauberstaffel

Mit großem Aufwand wurde im Jahr 2009 eine Zwischenunterbringung für die Hubschrauberstaffel der Landespolizei Brandenburg vorbereitet, der ein Neubau am Flugplatz Schönhagen folgen sollte. Kurz nach Übergabe der temporären Polizeistation an das Land wurde die Ansiedlungsentwicklung nach Wechsel des Innenministers rückgängig gemacht. Die Staffel sollte nun mit der Hubschrauberstaffel der Bundespolizei verschmolzen werden. Der größte Teil der direkten Aufwendungen, die der Gesellschaft durch die Ansiedlungsvorbereitung entstanden sind, wurde bereits erstattet. Der indirekte Schaden wird geprüft.

Investitionsvorhaben

Im Berichtszeitraum erfolgten insbesondere Investitionen in eine neue Wetterstation, eine automatische Steuerung für die Flugzeugbefeuerung (im Rahmen der geplanten Ansiedlung der Polizeihubschrauberstaffel) sowie verschiedene Bauvorhaben. So wurde bspw. der Bau eines Cessna Service- und Vertriebszentrums mit rd. 1.860 m² Büro- und Werkstattflächen auf Erbpachtbasis begonnen, der im Sommer 2010 fertiggestellt wurde. Des Weiteren konnte – Dank eines Zuschusses des Landkreises Teltow-Fläming aus dem Konjunkturpaket II – das Baufeld III an das übrige Rollwegesystem angeschlossen werden. Damit wurde eine Voraussetzung für den Betrieb einer neuen Einstellhalle sowie künftiger Gebäude auf diesem Baufeld umgesetzt.

Durch verschiedene Neubauvorhaben hat der Flugplatz inzwischen eine gute Mischung aus privaten und öffentlichen Investitionen erreicht. Die neuen Privatinvestitionen in Höhe von insgesamt knapp 3 Mio. € sowie die zahlreichen neu stationierten Flugzeuge (insgesamt sind ständig ca. 160 bis 170 Luftfahrzeuge stationiert) belegen, dass das Konzept des Flugplatzes und Gewerbeparks angenommen wird und die Investoren dem Flugplatz eine langfristig stabile Entwicklung zutrauen. Zudem trägt dies zu einer stetigen Erweiterung des Geschäftsprofils der FGS mbH und zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Schönhagen und der Umgebung bei.

Für die Zukunft besteht indes weiterer Investitionsbedarf für den restlichen Ausbau der planfestgestellten, aber noch nicht erschlossenen Flugplatzinfrastruktur. Um künftige Ansiedlungen aufnehmen zu können, ist eine Erweiterung der Vorfeldflächen und Rollwege erforderlich. Dabei werden neue Investitionen erst nach Sicherstellung einer ausreichenden Finanzierung begonnen.

Derzeit sind insgesamt 38 Unternehmen und Vereine in Büro- bzw. Gewerbeflächen auf dem Flugplatz vertreten. Darüber hinaus haben 35 Unternehmen und Einrichtungen aus Berlin und Brandenburg auf dem Flugplatzgelände Hallenflächen angemietet, um mit ihren Luftfahrzeugen Werksverkehr, Forschung, Arbeitsluftfahrt oder Ausbildung zu betreiben. Aktuell arbeiten über 260 Beschäftigte und 16 Auszubildende auf dem Flugplatzgelände. Neben den direkten Ansiedlungserfolgen sind die Firmenniederlassungen sowie die dadurch geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze im Umfeld zu beachten. Insofern stellt der VLP bei vielen Firmenansiedlungen einen entscheidenden Standortvorteil Teltow-Flämings dar.

Insgesamt ist der Flugplatz Schönhagen als strukturfördernde Einrichtung zu betrachten. Neben der Entwicklung der Infrastruktur werden durch den Flugplatz Firmenansiedlungen in der Region beeinflusst bzw. begünstigt. Insofern nimmt der VLP als Multiplikator ebenso Aufgaben zur Wirtschaftsförderung im Landkreis Teltow-Fläming wahr.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Trotz der zum Teil erheblichen Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 auf die Luftverkehrsbranche sind die Folgen für den VLP Schönhagen als moderat einzustufen. Nach einem starken Anstieg von 24,7 % in 2008 gingen die Flugbewegungen in 2009, auch begründet durch die starken Schneefälle im Dezember, um 6,8 % zurück. Ausgleichend wirkten dabei die Schließung des Flughafens Berlin - Tempelhof sowie die mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Airport Berlin Brandenburg International BBI zunehmende Verdrängung der Kleinluftfahrt aus Schönefeld. Insgesamt hat die Zahl der Flugbewegungen aber nur noch einen untergeordneten Einfluss auf das wirtschaftliche Ergebnis der FGS mbH, da über 90 % der Erträge durch andere Einnahmequellen erwirtschaftet werden.

Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Hauptgesellschafter (Landkreis Teltow-Fläming) gegenüber der FGS mbH in Form von Einlagen, Verlustausgleichen und Ausfallbürgschaften erbringt, war die Gesellschaft auch im Krisenjahr 2009 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Dabei ist zu beachten, dass Flugplätze als Mischgut aus privatwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlicher Verkehrsinfrastruktur zu betrachten sind. Privatwirtschaftlichen Einnahmen stehen öffentliche Ausgaben zum Erhalt und der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Sicherung der Betriebsbereitschaft gegenüber. Insbesondere die Erfüllung der öffentlichen Aufgaben kann in der Regel nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt werden, da diese nicht rentierliche Aktivitäten bzw. Investitionen erfordert. Die in der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft begründete, fehlende Kostendeckung führte auch in 2009 zu einem negativen Jahresergebnis von -928,5 T€ (Vj. -920,6 T€). Trotz der daraus resultierenden Belastung konnte das Eigenkapital (ohne Sonderposten) in 2009 um 16,3 % bzw. 847,6 T€ auf 6,1 Mio. € gesteigert werden. Ermöglicht wurde dies durch Eigenmittel und Verlustausgleiche, die der Landkreis der Gesellschaft zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Sicherung der Liquidität zugeführt hat. In Verbindung mit einer Verringerung der Bilanzsumme ergibt sich eine gute Eigenkapitalquote von 30,6 % (Vj. 25,6 %). In 2004 waren es gerade mal 5,3 %. Die Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten³ beläuft sich sogar auf 76,2 (Vj. 72,4 %, 2004: 54,2 %). Insbesondere mit

³ Sonderposten für Investitionszuschüsse – Die erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten aus Investitionszuschüssen“ unter dem Eigenkapital ausgewiesen. Dieser

Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft und unter Berücksichtigung der jährlichen Minderung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse ist die Entwicklung der Eigenkapitalquote als äußerst positiv zu werten.

Der Buchwert des Anlagevermögens der Gesellschaft verringerte sich im Berichtszeitraum maßgebend durch die planmäßigen Abschreibungen. Durch den Rückgang des ausgewiesenen Gesamtvermögens ergibt sich dennoch eine anhaltend hohe Anlagenintensität von 94,9 % (Vj. 96,0 %). Auf Grund der verbesserten Eigenkapitalbasis wird das langfristige Vermögen der FGS mbH in 2009 trotz einer gleichzeitigen Verringerung des mittel- und langfristigen Fremdkapitals nun vollständig durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt (Anlagendeckungsgrad II von 100,3 %, Vj. 96,0 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das Umlaufvermögen ist nun zu 105,7 % (Vj. 50,1 %) gegeben. Die im Vergleich zu den Vorjahren positive Entwicklung der Fristenrelationen und der Liquidität in 2009 zeigt, dass die Gesellschaft diesbezüglich auf dem richtigen Weg ist, um ihre bilanzielle Struktur zu stabilisieren.

Begründet durch das hohe Finanzierungsvolumen für Investitionen in die Entwicklung des Flugplatzes, bspw. für den Bau von Flugzeugeinstellhallen oder die Einrichtung des Luftraums F, weist die Gesellschaft eine relativ hohe Zinsaufwandsquote aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 2.285,7 T€ (Vj. 2.365,3 T€) belastet. Zugleich ist das Jahr 2009 gekennzeichnet von um 9,4 T€ auf 816,0 T€ gestiegenen Umsatzerlösen, denen wiederum um 93,9 T€ auf 556,7 T€ gesunkene sonstige betriebliche Erträge gegenüberstehen. Die Differenz zum Vorjahr ergibt sich insbesondere durch einmalige Fördermittel für das Innovationsforum in 2008. Die Betriebsleistung der FGS mbH beziffert sich in 2009 auf rd. 1.363,4 T€ (Vj. 1.447,9 T€) und liegt somit auf dem Niveau von 2007 mit 1.361,3 T€. Im Vergleich von 2008 zu 2009 wurden in den Positionen Personalaufwand, Abschreibungen und Zinsaufwand insgesamt 88,0 T€ eingespart. So konnte neben der Zins- auch die Personalaufwandsquote verringert werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich dagegen um 71,2 T€. Neben verschiedenen kleineren Einsparungen wirkten insbesondere Aufwendungen für die geplante Ansiedlung der Polizeihubschrauberstaffel des Landes sowie für die Einrichtung des Luftraums F als „Kostentreiber“. Insgesamt konnten diese Mehraufwendungen trotz gesteigerter Mieteinnahmen, einer durchgehenden Vollvermietung der Flugzeugeinstellhallen oder Einsparungen bei den Personalaufwendungen durch Umstrukturierung nicht komplett aufgefangen werden. Insofern erhöhte sich der Jahresfehlbetrag im Vergleich zum Vorjahr letztlich um rd. 8 T€ auf -928,5 T€ (Vj. -920,6 T€) und liegt damit über dem Niveau der Vorjahre – ist aber um 49,7 T€ besser als geplant.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die FGS mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Cash-Flow bzw. Cash-Loss aus (2009: -592,6 T€, Vj. -588,6 T€). Diese anhaltend negative Entwicklung der Innenfinanzierungskraft des Unternehmens in Verbindung mit dem Mittelabfluss für Darlehenstilgungen und aus der laufenden Geschäftstätigkeit würde ohne die Unterstützung des Hauptgesellschafters den vorhandenen Finanzmittelbestand aufbrauchen. So kann die vergleichsweise geringe Veränderung des Finanzmittelbestandes um -206,1 T€ (Vj. +271,4 T€) wie auch in 2008 nur durch einen Mittelzufluss durch den Gesellschafter in Höhe von rd. 1.776 T€ erreicht werden. Möglichen Liquiditätsengpässen konnte so rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich in Höhe der Abschreibungen, welche auf den geförderten Teil der Anlagegüter entfallen, ertragswirksam aufgelöst.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile und zum Teil verbesserte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der FGS mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Der Betrieb eines VLP ist von strengen rechtlichen Rahmenbedingungen geprägt, deren künftige Entwicklung die Aktivitäten und den Erfolg der FGS mbH auch in der Zukunft entscheidend mit beeinflussen wird. Aktuelle gesetzliche Regelungen und deren Veränderungen müssen im Betriebsgeschehen berücksichtigt werden und in die Unternehmens- und Wirtschaftsplanung einfließen. Insofern stellen zukünftige Änderungen ein permanentes rechtliches sowie betriebswirtschaftliches Risiko dar. Veränderungen bspw. in der Einschätzung der Bedrohungslage durch terroristische Anschläge könnten zu neuen Sicherheitsmaßnahmen in der Luftfahrt führen, deren Kostenrisiken derzeit nicht absehbar sind. Durch ihre Mitarbeit in den entsprechenden Verbänden und Gremien versucht die FGS mbH daher, die künftige Entwicklung der Rahmenbedingungen frühzeitig zu erkennen und sich neuen Anforderungen anzupassen. So muss der Flugplatz auf Grund seiner in 2006 eingeleiteten Vermeidungsmaßnahmen trotz der neuen DIN 45684-1 (Akustik - Ermittlung von Fluggeräuschemissionen an Landeplätzen – Teil 1: Berechnungsverfahren) nicht mit zusätzlichen Lärmschutzauflagen rechnen. Deutschlandweite Rückgänge der Flugbewegungen werden dagegen auf Grund der Verschärfung der Landeplatzlärmschutzverordnung vom 01.01.2010 erwartet – auch am VLP Schönhagen. Dem soll unter anderem durch Neuansiedlungen auf dem Gelände der FGS mbH, die mit gezielten und bedarfsgerechten Eigen- und Fremdinvestitionen bspw. in die Entwicklung des Luftfahrt-Technologieparks sowie neue Flugzeugeinstellhallen akquiriert werden können, entgegen gewirkt werden.

Erheblich wird die künftige wirtschaftliche Entwicklung des VLP Schönhagen zudem durch andere Infrastrukturprojekte beeinflusst werden. So wirken sich die Verzögerungen beim Ausbau der Bundesstraße B 101 und der Ortsumfahrung Trebbin sowie die vorhandene Anbindung Schönhagens an öffentliche Verkehrsmittel derzeit negativ auf mögliche Neuansiedlungen und somit die Schaffung von Arbeitsplätzen aus. Dagegen wird sich die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes durch die Verwirklichung der infrastrukturellen Entwicklung und Anbindung der Region mit Eröffnung des BBI und Fertigstellung der Straßenbaumaßnahmen zukünftig zunehmend erhöhen.

In den letzten Jahren konnte sich der VLP eine führende Rolle unter den Brandenburger Flugplätzen erarbeiten und verzeichnete die mit großem Abstand meisten Flugbewegungen, Firmenansiedlungen und stationierten Luftfahrzeuge. Getreu dem Motto „Konkurrenz belebt das Geschäft“ wird die FGS mbH auch zukünftig angemessen auf Entwicklungskonzepte anderer Flugplätze reagieren müssen, um diese Position zu halten.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt auch die zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Hauptgesellschafter und der FGS mbH abgeschlossene Zielvereinbarung 2011 – 2013 eine große Rolle. Damit erfolgt eine schriftliche Definition der Ziele, Handlungsfelder und Aktivitäten entsprechend des im Gesellschaftsvertrag formulierten Gesellschaftszweckes. Ebenso wurden die mittelfristigen Planungsziele – unterlegt durch einen entsprechenden Wirtschaftsplan – zwischen der Gesellschaft und dem Landkreis abgestimmt. Sie bieten zukünftig die Basis des wirtschaftlichen Handelns der FGS mbH. Trotz allem bleibt sie mit Blick auf eine nachhaltige, positive Ertrags-, Liquiditäts- und Eigenkapitalentwicklung abhängig von der Bereitschaft des Landkreises als Hauptgesellschafter, die Gesellschaft auch weiterhin zu unterstützen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Gemäß Aussagen des Geschäftsführers konnte der VLP Schönhagen seine Position als bedeutendster General Aviation Flugplatz der neuen Bundesländer weiter festigen. Nicht zuletzt durch die baldige Fertigstellung des Großflughafens BBI kann Schönhagen optimistisch in die Zukunft blicken. Die Nähe zu Berlin sowie die zentrale Lage inmitten des wachstumsstarken Wirtschaftsraumes zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, dem südlichen Berlin und dem künftigen Flughafen in Schönefeld machen Schönhagen heute und in Zukunft zu einem attraktiven Standort für die allgemeine Luftfahrt in der Hauptstadtregion.

Als kommunales Wirtschaftsunternehmen mit einer öffentlichen Verkehrsanlage wird der Flugplatz seine satzungsgemäßen Aufgaben auch zukünftig nicht ohne die vom Hauptgesellschafter zugeführten Finanz- und Kapitalmittel erfüllen können. Durch die Wahrnehmung verschiedener, nicht kosten-deckender öffentlicher Aufgaben wird der wirtschaftliche Erfolg der FGS mbH maßgeblich beeinflusst. Die vorhandenen Einsparpotentiale des Flughafens wurden in den vergangenen Jahren weitgehend ausgeschöpft. Eine Möglichkeit zur signifikanten Ergebnisverbesserung wird daher nur durch die Erschließung weiterer Einnahmequellen gesehen. Durch die 2009 begonnenen und 2010 fertig gestellten Bauvorhaben werden weitere Einnahmen aus Erbpacht, Miete, Landegebühren und Treibstoffverkäufe sowie sonstigen Leistungen generiert. Der bedarfsgerechte und stetige Ausbau soll auch weiterhin fortgeführt und die restlichen planfestgestellten Baufelder erschlossen werden. Dadurch werden der wirtschaftliche Wert und die verkehrspolitische Bedeutung der Flugplatzanlage langfristig gesteigert. Zwischenzeitlich führen Infrastrukturmaßnahmen, wie die Einrichtung des Instrumentenanflugs sowie Erschließungsmaßnahmen, denen keine direkten Einnahmen gegenüberstehen, zu einer fortwährenden Belastung des Gesellschaftsergebnisses. Zudem sind laufende Kosten für die Werterhaltung der Gebäude und der Technik unumgänglich. Eine Ergebnisverbesserung kann insofern erst nach Abschluss dieser Ausbaumaßnahmen sowie bei Auslaufen von Abschreibungen und Kapitaldiensten für bisherige Bauvorhaben in Aussicht gestellt werden. Bis 2015 wird insgesamt mit einer Ergebnisverbesserung von ca. 10 % gerechnet.

Die dem Kreistag und seinen Ausschüssen im Rahmen der beschlossenen Zielvereinbarung übermittelten und erläuterten Planungsziele werden schrittweise verwirklicht. Dabei wird die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der Gesellschaft sowie der Abbau des bisher aufgelaufenen, unausgeglichenen Bilanzverlustes durch die Unterstützung der Gesellschafter sichergestellt werden.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	976,1 T€	976,1 T€	943,9 T€
2. Verlustausgleiche	800,0 T€	800,0 T€	800,0 T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen ²	3.462,9 T€	3.714,7 T€	3.966,5 T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ davon in 2009: Stammkapitalerhöhung 32,61 €; sonst Kapitalrücklagen

² Ausfallbürgschaften des Landkreises

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

In der Luftverkehrskonzeption des Landes Brandenburg (2. Fortschreibung, April 2008) ist der VLP Schönhagen als besonders wichtiger, förderungswürdiger Standort mit den in der Kategorie Verkehrslandeplätze vor dem VLP Strausberg meisten Flugbewegungen im Land Brandenburg ausgewiesen. Für die Allgemeine Luftfahrt verfügt der Kernbereich der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit diesem VLP über einen sehr gut ausgestatteten Flugplatz für den allgemeinen Luftverkehr. Besondere Bedeutung kommt dabei der Einrichtung des Instrumentenanflugbetriebes in Schönhagen zu, denn unter der Voraussetzung der Anfliegbarkeit unter Instrumentenflugbedingungen ist der VLP Schönhagen auf Grund seiner räumlichen Lage und verkehrlichen Anbindung sehr gut geeignet, den Flughafen Berlin-Brandenburg International zu entlasten sowie zu ergänzen.

Ebenso ist der VLP Schönhagen durch den Aufbau eines Luftfahrt-Technologieparks ein wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor für die Entwicklung des Landkreises Teltow-Fläming.

6. SONSTIGES

Die FGS mbH in Zahlen (konsolidiert)

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.761,5	19.520,9	-759,4
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,4	0,0	0,4
II. Sachanlagen	18.761,1	19.520,9	-759,9
B. Umlaufvermögen	1.009,0	795,0	214,0
I. Vorräte	133,9	82,7	51,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	468,7	99,7	369,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	406,4	612,5	-206,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7,7	8,2	-0,5
Bilanzsumme	19.778,1	20.324,1	-546,0
Passiva			
A. A. Eigenkapital	15.071,9	14.707,9	364,0
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,2	0,1
II. Kapitalrücklage/Eigenmittel	5.521,3	4.545,2	976,1
III. SoPo aus Investitionszuschüssen	9.018,2	9.501,8	-483,6
IV. Verlustvortrag	-814,5	-693,9	-120,6
V. Jahresfehlbetrag	-928,5	-920,6	-8,0
B. Rückstellungen	113,2	92,8	20,5
C. Verbindlichkeiten	4.593,0	5.523,5	-930,4
Bilanzsumme	19.778,1	20.324,1	-546,0
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	816,0	806,6	9,4
2. sonstige betriebliche Erträge	547,4	641,3	-93,9
3. Materialaufwand	0,6	0,3	0,2
4. Personalaufwand	-610,0	-631,5	21,5
5. Abschreibungen	-799,1	-860,3	61,2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-640,3	-569,1	-71,2
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11,6	16,9	-5,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-236,3	-304,4	68,0
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-910,2	-900,1	-10,1
10. sonstige Steuern	-18,3	-20,5	2,2
11. Jahresfehlbetrag	-928,5	-920,6	-8,0

Die FGS mbH in Zahlen (Besitzgesellschaft):

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	18.794,7	19.559,3	-764,6
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,4	0,0	0,4
II. Sachanlagen	18.744,3	19.509,3	-765,1
III. Finanzanlagen	50,0	50,0	0,0
B. Umlaufvermögen	1.279,1	902,7	376,4
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	938,0	368,3	569,7
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	341,1	534,4	-193,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	7,2	7,8	-0,5
Bilanzsumme	20.081,0	20.469,8	-388,8
Passiva			
A. Eigenkapital	15.071,9	14.707,9	364,0
I. Gezeichnetes Kapital	2.275,3	2.275,2	0,1
II. Kapitalrücklage/Eigenmittel	5.521,3	4.545,2	976,1
III. SoPo aus Investitionszuschüssen	9.018,2	9.501,8	-483,6
IV. Verlustvortrag	-814,5	-693,9	-120,6
V. Jahresfehlbetrag	-928,5	-920,6	-8,0
B. Rückstellungen	110,7	91,4	19,4
C. Verbindlichkeiten	4.898,4	5.670,6	-772,2
Bilanzsumme	20.081,0	20.469,8	-388,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	749,3	700,8	48,5
2. sonstige betriebliche Erträge	543,4	637,3	-93,9
3. Materialaufwand	0,4	0,3	0,2
4. Personalaufwand	-294,9	-341,1	46,2
5. Abschreibungen	-795,8	-858,2	62,4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-575,9	-485,5	-90,4
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,9	14,6	-4,8
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-236,3	-304,4	68,0
9. Aufwendungen aus Verlustübernahme	-311,2	-264,5	-46,7
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-911,1	-900,6	-10,4
11. sonstige Steuern	-17,5	-19,9	2,5
12. Jahresergebnis	-928,5	-920,6	-8,0

Die Beteiligung der Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft in Zahlen**3.2.1 Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Betriebsgesellschaft**

Gesellschafter: 100 % FGS mbH – Besitzgesellschaft

Geschäftsführer: Herr Dr.-Ing. Klaus-Jürgen Schwahn

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	16,8	11,6	5,2
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	16,8	11,6	5,2
B. Umlaufvermögen	708,9	467,2	241,6
I. Vorräte	133,9	82,7	51,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	509,7	306,3	203,3
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	65,3	78,2	-12,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,4	0,4	0,0
Bilanzsumme	726,1	479,3	246,8
Passiva			
A. Eigenkapital	50,0	50,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	2,5	1,4	1,1
C. Verbindlichkeiten	673,6	427,9	245,8
Bilanzsumme	726,1	479,3	246,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	158,7	197,9	-39,1
2. sonstige betriebliche Erträge	4,0	4,0	0,0
3. Materialaufwand	0,1	0,1	0,1
4. Personalaufwand	-315,1	-290,4	-24,7
5. Abschreibungen	-3,3	-2,1	-1,3
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-156,5	-175,7	19,2
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,7	2,3	-0,6
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-310,3	-264,0	-46,3
9. sonstige Steuern	-0,8	-0,5	-0,3
10. Erträge aus Verlustübernahme	311,2	264,5	46,7
11. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.3 Gemeinnützige Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf, Am Mellensee (GAG)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Bahnhofstr. 10, 15838 Am Mellensee
(OT Klausdorf)

E-MAIL

gag-mbh-klausdorf@gmx.de

HOMEPAGE

www.gag-klausdorf.de

GRÜNDUNG

30.07.1991



Die GAG mbH Klausdorf wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 0075 des Kreistages des damaligen Landkreises Zossen vom 17.06.1991 am 30.07.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 30.07.1991 notariell beurkundet und zuletzt durch den Gesellschafterbeschluss vom 20.07.2005 geändert (Sitz der Gesellschaft, Euro-Umstellung und Stammkapitalerhöhung).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Der Gegenstand des Unternehmens ist auf die Förderung der Fortbildung und Umschulung in allgemeinen als auch in zukunftsorientierten Berufen, einschließlich der sozialpädagogischen Begleitung, und auf die Schaffung von Arbeit gerichtet.

Die GAG mbH ist vorrangig eine „Soziale Bildungs- und Beschäftigungsinitiative“ im Sinne des Gutachtens „Qualifizierungs- und Beschäftigungsinitiative“ in der Bundesrepublik Deutschland.

Erbracht wird diese Förderung durch die

- Aufbringung der öffentlichen Mittel und Verwendung im Sinne des Gebers zur Bildung von Jugendlichen und Erwachsenen durch eigene Veranstaltungen;
- Trägerschaft von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sozialer Arbeit im öffentlichen Interesse zur Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen in deren beruflichem Bildungsfeld, um eine Rückführung ins Arbeitsleben zu ermöglichen;
- Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen und Körperschaften des öffentlichen Rechts etc. zur Bildung und Beschäftigung von schwer vermittelbaren Jugendlichen und Erwachsenen;
- Kooperation mit Hoch- und Fachschulen, Forschungseinrichtungen, Technologieparks und öffentlichen Einrichtungen etc. zur Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen und Erwachsenen.

Desweiteren ist die Unterhaltung eines gesonderten wirtschaftlichen Geschäftsbereiches, in dem § 3 des Gesellschaftsvertrages (Gemeinnützigkeit) nicht gültig ist, ein weiterer Gegenstand des Unternehmens.

Das Tätigkeitsfeld dieses wirtschaftlichen Geschäftsbereiches umfasst Schulung und Beratung, Dienstleistungen im kommunalen und gewerblichen Bereich, die Vermietung von Baumaschinen und Ausrüstungen sowie die Vermietung und Verpachtung von Immobilien.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	75 %	37.500,00 €
Gemeinde Am Mellensee:	25 %	12.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

Flaeming-Skate GmbH (FS):	20 %
GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrißgesellschaft mbH i.L.:	45 %

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Herbert Vogler

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Wilfried Henschel (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Frank Broshog (Bürgermeister der Gemeinde Am Mellensee)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	63,5%	62,3%	64,5%	1,2%	-2,3%	1,9%	-3,5%
Eigenkapitalquote	19,4%	19,1%	21,8%	0,3%	-2,7%	1,6%	-12,3%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	133,8%	117,8%	127,7%	16,0%	-9,9%	13,6%	-7,8%
Zinsaufwandsquote	2,2%	1,6%	1,8%	0,6%	-0,2%	38,8%	-8,6%
Liquidität 3. Grades	235,2%	137,4%	194,5%	97,8%	-57,2%	71,2%	-29,4%
Cashflow	16,0 T€	6,9 T€	17,0 T€	9,1 T€	- 10,1 T€	131,8%	-59,4%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	- 12,1 T€	- 98,7 T€	60,3 T€	86,6 T€	- 159,0 T€	87,8%	-263,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	2,0%	1,8%	2,8%	0,3%	-1,0%	15,7%	-37,1%
Umsatz	1.368,0 T€	1.668,3 T€	1.534,8 T€	- 300,4 T€	133,6 T€	-18,0%	8,7%
Jahresergebnis	- 11,8 T€	- 9,3 T€	- 1,3 T€	- 2,5 T€	- 8,0 T€	-26,9%	-620,6%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	63,6%	70,3%	64,6%	-6,7%	5,6%	-9,5%	8,7%
Personalintensität	63,6%	69,3%	63,7%	-5,7%	5,6%	-8,2%	8,8%
Anzahl der Mitarbeiter (VbE)	Ø102 (12 fest)	Ø125 (12 fest)	Ø139 (12 fest)	-23	-14	-18,4%	-10,1%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem FremdkapitalGESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die GAG mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der Fortbildung und Umschulung in allgemeinen als auch in zukunftsorientierten Berufen, einschließlich der sozialpädagogischen Begleitung, sowie zur Schaffung von Arbeit im Landkreis Teltow-Fläming. In diesem Zusammenhang wird stets eine zielführende Kooperation mit gemeinnützigen Vereinen, kommunalen Einrichtungen sowie anderen Gesellschaften und Körperschaften des öffentlichen Rechts angestrebt. Dabei war ihre Arbeit als Trägerin von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes und der Sozialen Arbeit sowie verschiedener Projekte der Arbeitsförderung auch in 2009 von zahlreichen Änderungen der Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen gekennzeichnet.

Deutlich wird dies insbesondere durch den Arbeitsaufwand, der sich bspw. auf Grund formaler Hürden und detaillierten Auswertungen für die Maßnahmenträger wiederum erhöht hat.

Das Jahr 2009 war für die GAG mbH insbesondere durch die gute Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Grundsicherung Teltow-Fläming (ARGE TF) beim Fallmanagement, dem Landkreis Teltow-Fläming im Regionalbudget sowie den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Jüterbog, Rangsdorf und Zossen und dem Landkreis bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen (AGH mit MAE) gekennzeichnet. So konnten allein im Rahmen der AGH mit MAE 184 Langzeitarbeitslose für ein bis sechs Monate in Beschäftigung gebracht werden. Umgerechnet in Vollzeitbeschäftigte pro Jahr entspricht das 64,5 Vollbeschäftigteneinheiten (VbE). Zudem wurden bei der GAG mbH selbst 11 Personen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ) beschäftigt. Durch das Zusammenwirken mit Gemeinden, Städten und gemeinnützigen Einrichtungen konnten im Rahmen der neu eingeführten Maßnahme Kommunalkombi (KoKo) weitere 21 Personen bei der GAG mbH, als Maßnahmenträger, beschäftigt werden. An den Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt (AGH) nahmen 49 Personen mit einer Beschäftigungszeit zwischen 0,5 und drei Monaten und bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) 10 Personen teil. Auf das Jahr bezogen entsprechen diese 59 Teilnehmer weiteren 9,7 VbE. Dabei ist zu beachten, dass insbesondere die ABM seit Jahren von Kürzungen gekennzeichnet sind, sodass es sich bei den Teilnehmern um den Überhang aus 2008 handelt. In 2009 selbst wurden keine neuen ABM mehr genehmigt.

Insgesamt waren im Jahr 2009 in allen Beschäftigungsformen 240 Personen (Vj. 585) beschäftigt oder wurden von der GAG mbH betreut. Unter Beachtung der unterschiedlichen Beschäftigungszeiten ergeben sich daraus 101,5 VbE (Vj. 125 VbE).

Gemäß dem Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Gesellschaft aus 2007 erfüllte die GAG mbH auch im Jahre 2009 die ihr übertragenen Managementaufgaben im Rahmen des Regionalbudgets.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2009 darlegt, hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der GAG mbH stabil entwickelt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Gesellschaft in 2009 die wesentlichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen auf Vorjahresniveau halten konnte – trotz eines Jahresfehlbetrages von rd. -11,8 T€ (Vj. -9,3 T€). Das Jahresergebnis ist im Wesentlichen von der jeweiligen Förderpolitik des Bundes, des Landes und der Gemeinden sowie der Anzahl der durchgeführten geförderten Arbeitsmarktprojekte abhängig. Des Weiteren begründet sich das negative Ergebnis gemäß Gesellschaftsangaben durch eine wiederholte Belastung der Finanz- und Ertragslage im Rahmen des Projektes „Jugendtischlerei“ in Ludwigsfelde.

In Folge der seit 2007 negativen Jahresergebnisse verringerte sich das Eigenkapital in diesem Zeitraum um ca. 21,1 T€ auf rd. 179,2 T€ – dem niedrigsten Stand seit 2004. Auf Grund der gleichzeitig leicht gesunkenen Bilanzsumme erhöht sich die Eigenkapitalquote im Vorjahresvergleich leicht auf 19,4 % (Vj. 19,1 %) und ist insofern als ausreichend einzustufen. Im Zusammenhang mit der seit 2004 mehr als verdoppelten Bilanzsumme haben sich die Eigenkapitalrelationen langfristig jedoch verschlechtert. So belief sich die Eigenkapitalquote in 2004 noch auf 39,7 %. Bedeutendster Aspekt für den starken Anstieg der Bilanzsumme war die bilanzielle Aktivierung des Ausbildungsobjektes in Ludwigsfelde im Jahr 2006. Dadurch hatte sich das Anlagevermögen innerhalb eines Jahres vervierfacht.

Bei einer derzeitigen Anlagenintensität von 63,5 % (Vj. 62,3 %) ist die fristenkongruente Finanzierung des langfristig gebundenen Vermögens durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital

gegeben – hauptsächlich jedoch durch Fremdkapital. So beträgt der Anlagendeckungsgrad II 133,8 % (Vj. 117,8 %). Auch die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen (Umlaufvermögen) der GAG mbH ist mit einer Liquidität 3. Grades von 235,2 % (Vj. 137,4 %) ausreichend vorhanden. Damit verbesserten bzw. stabilisierten sich die Liquiditätsgrade I bis III im Vergleich zu 2008. Auf Grund der zunehmenden Anzahl von Maßnahmen mit erst nachrangig zugeführten Fördermitteln bei monatlich fälligen Lohn- und Gehaltszahlungen für die Teilnehmer an Arbeitsförderungsmaßnahmen wurde zur Sicherung der zeitgerechten Lohn- und Gehaltszahlungen ein Betriebsmittelkredit aufgenommen. Insgesamt war die Liquidität der GAG mbH im Geschäftsjahr 2009 stets gesichert. Die Gesellschaft konnte den Kapitalsdienst für die laufenden Kredite planmäßig leisten und ist auch ihren sonstigen Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachgekommen.

Trotz des hohen Fremdkapitalanteils von 81 % am Gesamtkapital weist die Gesellschaft eine Zinsaufwandsquote von lediglich 2,2 % (Vj. 1,6 %) aus. Zusätzlich zum Zinsaufwand wird das Jahresergebnis der Gesellschaft insbesondere durch die Personalaufwendungen, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt 1.390,5 T€ (Vj. 1.699,4 T€) belastet. Die größten Positionen bilden dabei der Personalaufwand mit 870,0 T€ (Vj. 1.172,0 T€) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit 455,2 T€ (Vj. 469,0 T€). Insbesondere der hohe Anteil der Personalkosten am Umsatz (Personalaufwandsquote) in Höhe von 63,6 % (Vj. 70,3 %) liegt dabei in der Geschäftstätigkeit der GAG mbH als Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen begründet. Er korrespondiert prinzipiell mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, die sich überwiegend aus Fördermitteln für die Durchführung von Arbeitsförderungsmaßnahmen zusammensetzen. Trotz einer Verringerung der o.g. wesentlichen Kostenpositionen um 308,8 T€ bzw. 18,2 % konnte das Gesamtergebnis auf Grund gleichzeitig zurückgegangener Umsatzerlöse um ebenfalls 18 % von 2008 zu 2009 nicht verbessert, aber zumindest stabil gehalten werden. Dabei wird im Dreijahresrückblick deutlich, dass die betrieblichen Aufwendungen für Personal und planmäßige Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stets durch die Gesamterlöse gedeckt wurden. Erst nach Abzug von Zinsaufwand, außerordentlichen Abschreibungen und Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag.

Grund für die außerordentliche Abschreibung auf Finanzanlagen ist die in 2009 angekündigte Liquidation der Glienicker Sanierungs- und Abrissgesellschaft mbH (GSAG), an der die GAG mbH mit 45 % beteiligt war.

Auf Grund des im Vergleich zum Gesamtvermögen relativ geringen Jahresfehlbetrages sowie unter Beachtung der verdienten Fremdkapitalkosten hat sich die Gesamtkapitalrentabilität leicht verbessert: von 1,8 % in 2008 auf 2,0 % in 2009.

Die hohe Kostenbelastung schlägt sich sodann auch in der Finanzflussrechnung nieder. So weist die Gesellschaft im Dreijahresrückblick zwar einen positiven Cash-Flow aus, die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes ist mit rd. -13 T€ (Vj. -98 T€) jedoch das zweite Jahr in Folge negativ – bei positiver Tendenz. Besonders belastet wurde der Finanzmittelbestand im Jahr 2009 durch den hohen Mittelabfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit.

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der GAG mbH relativ stabil, aber insbesondere durch den Rückgang der erhaltenen Fördermittel und damit der Umsatzerlöse zum Teil schwieriger gestaltete, als in den Vorjahren.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Geschäftstätigkeit der GAG mbH ist von einer hohen Abhängigkeit von politischen Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik geprägt. Auch zukünftig wird sich die Gesellschaft daher auf die ständig wechselnden Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen einstellen müssen. Alte Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit werden durch neue ersetzt. Durch die im Landkreis Teltow-Fläming in den letzten Jahren gesunkene Arbeitslosigkeit werden die Bedingungen für die Vermittlung arbeitsuchender Personen immer schwieriger. Der Aufwand pro vermittelter Person ist sehr viel höher als in den Jahren zuvor. Andererseits werden die pro zu vermittelnden Arbeitslosen zur Verfügung gestellten Mittel nicht erhöht. Auf Grund der angespannten Haushaltslage sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene ist dagegen von weiteren Fördermittelkürzungen auszugehen. Verschärft wird dies durch die in der Regel nur sehr kurzfristig planbare Genehmigung von Maßnahmen sowie der dafür bereitgestellten Fördermittel, sodass nur begrenzt von Planungssicherheit gesprochen werden kann. Durch diese Entwicklung steht das Vermittlungspersonal zukünftig vor verschärften Anforderungen. Insbesondere die Akquisition von Co-Finanzierungen zur kostendeckenden Durchführung von Maßnahmen und Projekten sowie die konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Trägern im Bereich der Arbeitsförderung und den weiteren Partnern der GAG mbH wird dadurch an Bedeutung gewinnen.

Die GAG mbH wird, wie in den vergangenen Jahren, auch zukünftig zeitnah und bedarfsgerecht auf veränderte Rahmenbedingungen und Anforderungen in der Arbeitsmarktpolitik und -förderung durch die Anpassung ihres Personalbestandes sowie die Erschließung und Festigung neuer Geschäftsfelder gemäß ihrer im Gesellschaftsvertrag verankerten Ziele reagieren können. Sie ist in einem weit verzweigten Netzwerk integriert, durch das sie stets aktuell über vorgesehene Änderungen in der Gesetzgebung und -gestaltung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene informiert wird. Dadurch kann sie schnell auf neue Entwicklungen reagieren und ihre Maßnahmen stets den aktuellen Anforderungen anpassen.

Chancen für die zukünftige Stabilisierung der Gesellschaft bietet zudem die im Jahr 2010 aufgrund von Erfordernissen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) durchgeführten Veränderungen im Gefüge der kreislichen Gesellschaften, die zu einer Stärkung der GAG mbH führen werden. Erhebliche Teile der Geschäftstätigkeit der Service-Agentur Teltow-Fläming GmbH (SEAG) werden seit dem 01.11.2010 von der GAG mbH übernommen. Gemäß aktuellem Wirtschaftsplan für 2011 wird sich die Ertragslage der Gesellschaft auf Grund der dadurch bedingten quantitativen Erweiterung der Geschäftsfelder verbessern. Ebenso soll dies dazu beitragen, die starke Abhängigkeit von der Arbeitsmarktpolitik zu verringern.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die GAG mbH wird ihre satzungsgemäßen Aufgaben, d.h. arbeitslos bzw. arbeitsuchend gemeldete Personen in Beschäftigung auf den ersten Arbeitsmarkt zu führen, weiterhin in Zusammenarbeit mit ihren Partnern erfüllen. Hinzu kommt für nicht vermittelbare Personen die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten, in denen sie sich bewähren können, das Gefühl bekommen gebraucht zu werden und somit ihr eigenes Selbstwertgefühl erhöhen. Neben der Managementfunktion der GAG mbH für das kreisliche Regionalbudget werden auch zukünftig gut planbare Arbeitsförderungsmaßnahmen, wie AGH mit Entgelt und AGH mit MAE, sowie weitere Projekte, wie Bürgerarbeit bzw. Arbeit für Brandenburg, die Basis der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sein und zu einer konstanten Entwicklung beitragen. Eine weitere Betätigung soll zudem aus der Zusammenarbeit mit der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Teltow-Fläming mbH (SWFG mbH) resultieren. Alle der SWFG mbH zuzuordnenden Immobilien bedürfen der Pflege. Der GAG mbH bietet sich die

Chance, als Dienstleister der SWFG mbH aufzutreten – zum Nutzen beider kreislichen Gesellschaften. Mittelfristig könnten die Vermarktungsbemühungen der SWFG mbH jedoch zu einer Verringerung der Zusammenarbeit beider Gesellschaften im Bereich der Grünpflege führen, sodass entsprechende Alternativen akquiriert werden müssen.

In 2010 veräußerte die GAG mbH ihre Geschäftsanteile an der Flaeming-Skate GmbH von 20 % an die SWFG mbH, die zuvor 80 % der Anteile hielt. Im Gegenzug übernahm sie weitreichender Geschäftsfelder der SEAG GmbH. Die damit verbundene quantitative Erweiterung der Geschäftsfelder sowie weitere Aktivitäten zur Gewinnung von mehr Unabhängigkeit von politischen Entscheidungen im Bereich Arbeitsmarktpolitik sollen ab 2011 zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen und speziell der ertragsseitigen Situation der Gesellschaft beitragen.

In Anbetracht der Entwicklung der Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen wird die Gesellschaft auch weiterhin ihre Struktur den jeweils aktuellen Voraussetzungen und Anforderungen anpassen sowie die Beteiligung an verschiedenen Projekten und Maßnahmen in Abhängigkeit der Kostendeckung überprüfen. Des Weiteren werden neue Herausforderungen, wie die Entwicklung alternativer Wege und Varianten bei der Besetzung freier Stellen auf dem Arbeitsmarkt sowie der Vermittlung von Arbeitssuchenden, die Tätigkeit der GAG mbH prägen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Um das Ziel, die Zahl der Arbeitslosen und Bezieher von ALGI/II im Landkreis zu senken, zu realisieren, arbeitete die GAG mbH Klausdorf u.a. beim Fallmanagement mit der ARGE TF, im Rahmen Regionalbudget mit dem Landkreis Teltow-Fläming und bei den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung (AGH mit MAE) mit den Städten und Gemeinden Am Mellensee, Rangsdorf, Zossen und Jüterbog zusammen. Des Weiteren beschäftigte sie Personen mit Beschäftigungszuschuss (BEZ), führte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) durch und engagierte sich bei der Umsetzung der Maßnahme Kommunal-Kombi (KoKo) im Zusammenwirken mit Gemeinden, Städten und gemeinnützigen Einrichtungen.

6. SONSTIGES

Die GAG mbH Klausdorf in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	586,9	623,2	-36,3
I. Sachanlagen	576,9	606,9	-30,0
II. Finanzanlagen	10,0	16,3	-6,3
B. Umlaufvermögen	327,9	366,8	-38,8
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	210,4	237,2	-26,7
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	117,5	129,6	-12,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	10,0	11,0	-1,0
Bilanzsumme	924,8	1.001,0	-76,1
Passiva			
A. Eigenkapital	179,2	191,0	-11,8
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Gewinnrücklagen	150,3	150,3	0,0
III. Verlustvortrag	-9,3	0,0	-9,3
IV. Jahresfehlbetrag	-11,8	-9,3	-2,5
B. Rückstellungen	12,1	18,9	-6,8
C. Verbindlichkeiten	701,9	689,5	12,4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	31,7	101,6	-69,9
Bilanzsumme	924,8	1.001,0	-76,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	1.368,0	1.668,3	-300,4
2. sonstige betriebliche Erträge	0,0	23,1	-23,1
3. Personalaufwand	-870,0	-1.172,0	302,0
4. Abschreibungen	-28,4	-31,4	3,0
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-455,2	-469,0	13,8
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,0	0,1	0,8
7. Abschreibungen auf Finanzanlagen	-6,3	0,0	-6,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-30,7	-27,0	-3,7
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-21,6	-7,9	-13,8
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10,7	0,0	10,7
11. sonstige Steuern	-0,9	-1,4	0,5
12. Jahresfehlbetrag	-11,8	-9,3	-2,5

Die Beteiligungen der Gemeinnützigen Arbeitsförderungsgesellschaft mbH Klausdorf in Zahlen**3.3.1 Flaeming-Skate GmbH (FS)**

Gesellschafter: 80 % SWFG mbH und 20 % GAG mbH

Geschäftsführung: Herr Herbert Vogler und Herr Erik Scheidler

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	11,5	15,3	-3,8
I. Sachanlagen	11,5	15,3	-3,8
B. Umlaufvermögen	63,4	13,9	49,4
III. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	51,1	9,0	42,1
IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	12,3	5,0	7,3
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,9	0,4	0,5
Bilanzsumme	75,7	29,7	46,1
Passiva			
A. Eigenkapital	25,0	25,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	25,0	0,0
II. Kapitalrücklage	35,3	35,3	0,0
III. Verlustvortrag	-35,3	-35,3	0,0
IV. Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Rückstellungen	2,8	2,5	0,3
C. Verbindlichkeiten	46,4	2,1	44,3
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1,6	0,1	1,5
Bilanzsumme	75,7	29,7	46,1
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009	0,0	0,0	0,0
1. Umsatzerlöse	52,0	55,2	-3,1
2. sonstige betriebliche Erträge	0,2	4,3	-4,1
3. Personalaufwand	-24,8	27,5	-52,3
4. Abschreibungen	-4,0	-4,1	0,1
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-122,1	-125,8	3,7
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	0,0
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-98,7	-97,9	-0,8
8. Erträge aus Verlustübernahme	98,7	97,9	0,8
9. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

Im Zuge der Umstrukturierungen der SWFG – Firmengruppe wurde die wirtschaftliche Tätigkeit der FS GmbH in 2010 eingestellt und die Leistungsfelder in der SWFG mbH als Muttergesellschaft, Abteilung Fläming-Skate, weitergeführt. Damit werden leistungsstarke Strukturen geschaffen, Hierarchien werden flacher und die im weitesten Sinne wirtschaftsfördernde Arbeit aller von der Umstrukturierung betroffenen kreislichen Gesellschaften effektiver gestaltet.

3.3.2 GSAG Glienicker Sanierungs- und Abrißgesellschaft mbH i.L.

Gesellschafter: 45 % GAG mbH, 45 % Fa. MüCoLEF GmbH und 10 % Herr Bornkessel

Geschäftsführung: Herr Günter Bornkessel

Die Gesellschaft ist aufgelöst. (Publikation im Bundesanzeiger vom 20.08.2009)

3.4 Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH, Luckenwalde (LUBA)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Rudolf-Breitscheid-Str. 72a, 14943 Luckenwalde

E-MAIL

luba@flaeming-net.de

HOMEPAGE

www.luba.flaeming-net.de

GRÜNDUNG

14.10.1991



Die LUBA mbH wurde auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 112/91 des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 29.08.1991 am 14.10.1991 gegründet.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 14.10.1991 notariell beurkundet und zuletzt am 12.08.2004 notariell geändert (Euroumstellung, weitere Aktualisierungen).

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist es, Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern im Landkreis Teltow-Fläming und im speziellen der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal Qualifizierung und produktive Berufs- und Arbeitsförderung sowie soziale Betreuung anzubieten und diese durchzuführen.

Die Gesellschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Wiedereingliederung von Dauerzeitarbeitslosen [Langzeitarbeitslosen] sowie Verhinderung der Arbeitslosigkeit der von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer
- Qualifizierung in neuen Tätigkeitsfeldern
- Entwicklung und Erprobung neuer zusätzlicher Arbeitsfelder
- Erschließung von Dauerarbeitsplätzen
- Vorrangige Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes, wie Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer.

(§ 2 Abs. 1 und 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

217.500,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	40 %	87.000,00 €
Stadt Luckenwalde:	40 %	87.000,00 €
Gemeinde Nuthe-Urstromtal:	20 %	43.500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Jörg Kräker

MITGLIEDER DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG

Herr Wilfried Henschel (Wirtschaftsförderungsbeauftragter des Landkreises Teltow-Fläming)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde)

Frau Doris Höhne (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 7 Mitgliedern besteht.

Jeder der Gesellschafter hat das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden. Ein weiteres Mitglied wird von den Arbeitnehmern der Gesellschaft gewählt.

Herr Erik Scheidler (Vorsitzender, Stadt Luckenwalde)

Herr Klaus-Ulrich Seifert (Stadt Luckenwalde, Angestellter)

Herr Dr. Rudolf Haase (Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Evelin Kierschk (Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)

Frau Sabine Ernicke (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Frau Ingrid Peter-Niclas (Gemeinde Nuthe-Urstromtal)

Herr Ulf Ziedrich (Arbeitnehmervertretung, Technischer Leiter der LUBA GmbH)

ABSCHLUSSPRÜFER

Otto Schulz GmbH Luckenwalde

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	81,6%	72,2%	69,9%	9,4%	2,3%	13,0%	3,3%
Eigenkapitalquote	59,2%	58,6%	65,4%	0,6%	-6,8%	1,0%	-10,5%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	88,9%	99,0%	110,4%	-10,1%	-11,5%	-10,2%	-10,4%
Zinsaufwandsquote	1,1%	1,3%	0,7%	-0,2%	0,6%	-16,7%	94,1%
Zinsaufwandsquote ²	0,4%	0,4%	0,2%	0,0%	0,2%	4,7%	118,7%
Liquidität 3. Grades	66,6%	96,4%	129,2%	-29,8%	-32,8%	-30,9%	-25,4%
Cashflow	- 31,2 T€	- 40,5 T€	40,9 T€	9,3 T€	- 81,5 T€	23,0%	-199,1%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 66,8 T€	8,3 T€	- 41,8 T€	- 75,1 T€	50,0 T€	-909,1%	119,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-5,1%	-7,2%	0,02%	2,1%	-7,2%	29,7%	-40701,3%
Umsatz	735,6 T€	664,2 T€	622,9 T€	71,4 T€	41,3 T€	10,7%	6,6%
Jahresergebnis	- 42,6 T€	- 63,6 T€	- 4,0 T€	21,0 T€	- 59,6 T€	33,1%	-1492,5%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	170,3%	206,1%	226,4%	-35,8%	-20,3%	-17,4%	-9,0%
Personalintensität	71,1%	68,5%	66,8%	2,6%	1,7%	3,8%	2,5%
Anzahl der Mitarbeiter (Anzahl)	Ø141 (48 fest)	Ø218 (24 fest)	Ø271 (37 fest)	-77	-53	-35,3%	-19,6%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die LUBA GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Berufs- und Arbeitsförderung, zur Qualifizierung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern, zur Integration von Benachteiligten des Arbeitsmarktes sowie zur Erschließung zusätzlicher Arbeitsfelder und Arbeitsplätze. Dabei verknüpft sie Wirtschafts- und Beschäftigungskomponenten miteinander. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeiten im Landkreis Teltow-Fläming liegen insbesondere in der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Gründe dafür liegen – neben der historischen Entwicklung (Kreisreform in Brandenburg 1993) – angabegemäß in der vorhandenen Sozialstruktur,

dem niedrigen Wirtschaftswachstum, der Anzahl der Langzeitarbeitslosen sowie der beruflichen und sozialen Differenzierung in dieser Region.

Bei der Zusammenarbeit mit Partnern aus den Bereichen Wirtschaft und Soziales wurde der Fokus im Geschäftsjahr besonders auf den Integrationsprozess von Langzeitarbeitslosen und von Schwerbehinderten sowie die Erprobung neuer Einsatzfelder zur Beschäftigungsschaffung gelegt. In diesem Zusammenhang ist speziell die Kooperation mit regionalen Fachfirmen von besonderer Bedeutung. Des Weiteren nutzt die Gesellschaft Verbindungen und Kontakte zu anderen kommunalen Beschäftigungsträgern, Berufsverbänden und weiteren Partnern.

Die Arbeit der LUBA GmbH als Trägerin von Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes war in 2009 von zahlreichen Änderungen der Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen gekennzeichnet. So wurden Förderungen für Weiterbildungsmaßnahmen nur noch punktuell genehmigt, andere Fördermaßnahmen stark eingeschränkt. Dies schlägt sich auch in der Summe der erhaltenen Zuschüsse nieder. Nach einem Höchststand von rd. 4,5 Mio. € in 1994 folgten rd. 3,8 Mio. € in 2002 und 1,2 Mio. € in 2008. In 2009 wurde mit rd. 970 T€ erstmals die Millionengrenze unterschritten. Gleichzeitig erreichte die Anzahl der Beschäftigungsplätze pro Jahr, darunter Mitarbeiter und Projektteilnehmer, mit 141 in 2009 (Vj. 218) ihren tiefsten Stand seit 1996 mit 125. Die höchste Anzahl wurde 2006 mit 309 Beschäftigungsplätzen erreicht. Abgedeutet wurde der Rückgang insbesondere durch die Akquise von zusätzlichen Personalförderungsmaßnahmen.

Durch die in 2009 initiierte Umstrukturierung der LUBA GmbH reagierte die Gesellschaft auf die veränderten und sich weiter verändernden Rahmenbedingungen in der Arbeitsmarktförderung. Ihre neue Spartenaufteilung gliedert sich in die Integrationsabteilungen Küche und Grün, in der Behinderte und Nichtbehinderte nebeneinander zusammen arbeiten, den Eventservice sowie den Personalservice. Neben der Durchführung von geförderten Projekten im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik erweitert die Gesellschaft auf diesem Wege ihr Dienstleistungsangebot, um daraus weitere Einnahmen zu generieren. So werden bspw. in den Integrationsabteilungen, die nach der Umstrukturierung den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit bilden, Schwerbehinderte beschäftigt, die Leistungen für Dritte anbieten, wie Schulessen oder Grünpflege. Insofern bemüht sich die Gesellschaft, die sehr starke Abhängigkeit von der Arbeitsmarktpolitik durch den Ausbau der „Eigenerwirtschaftung“ zu senken und die stetige Verringerung der öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen auszugleichen – wobei diese auch weiterhin eine wichtige Einnahmen- bzw. Finanzierungssäule bleiben und die Finanzierungsgrundlage verschiedener Betriebskosten bilden.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Insgesamt ist dem Jahresabschluss zu entnehmen, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquidität der LUBA GmbH im Geschäftsjahr 2009 weiterhin angespannt ist. Nach 2007 und 2008 wird wiederholt ein negatives Jahresergebnis (-42,6 T€, Vj. -63,6 T€) ausgewiesen. Der Fehlbetrag mindert das ausgewiesene Eigenkapital um rd. -9,5 % (Vj. -12,4 %) auf 405,2 T€. Auf Grund des vergleichsweise ohnehin niedrigen Gesamtvermögens der Gesellschaft sowie der im Berichtszeitraum um rd. 79,7 T€ bzw. -10,4 % gesunkenen Bilanzsumme blieb die Eigenkapitalquote jedoch stabil bei 59,2 % (Vj. 58,6 %) und ist damit im Branchenvergleich als sehr positiv zu werten – 2006 waren es 74,6 %. Insofern gilt es, den rückläufigen Trend der Eigenkapitalausstattung trotzdem kritisch zu beobachten.

Bei einer stetig steigenden Anlagenintensität von 81,6 % (Vj. 72,2 %) ist eine rückläufige Anlagendeckung durch mittel- und langfristig zur Verfügung stehendes Kapital zu beobachten. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt noch 88,9 % (Vj. 99,0 %). Da der Wert unter 100 % liegt, ist entgegen der „Goldenen Bilanzregel“ von einer nicht vollständig fristenkongruenten Finanzierung des langfristigen Vermögens auszugehen, die auf ein mögliches Liquiditätsrisiko hinweist. Auch im Branchenvergleich liegt dieser Wert etwas unter dem Durchschnitt.

Des Weiteren ist die Deckung der kurzfristigen Verbindlichkeiten durch das kurzfristige Vermögen der LUBA GmbH mit einer Liquidität 3. Grades von 66,6 % (Vj. 96,4 %) nicht vollständig gegeben – erst bei einem Wert von deutlich über 100 % spricht man von einer soliden Finanzposition. Seit 2007 ist eine negative Entwicklung der Liquiditätsgrade zu beobachten. Ein Grund dafür sind u.a. die z.T. erheblich verzögerten Fördermittelzahlungen. Hinzu kommt die Umstellung auf eine nachschüssige Zahlungsweise beim Schulessen mit der Einführung des elektronischen Bestellsystems seit 2010. Insofern muss die Gesellschaft Material- und Personalkosten zunächst vorfinanzieren. Die Fristenkongruenz zeigt sowohl bei Betrachtung der kurz- als auch der mittel- und langfristigen Finanzpositionen die angespannte Finanzsituation der Gesellschaft auf. Deutlich wird dies auch bei Betrachtung der Finanzflussrechnung. Wiederholt wird ein negativer Jahres-Cash-Flow ausgewiesen (-31,2 T€), der sich insbesondere aus dem negativen Jahresergebnis ergibt. Außerdem belasten Mittelabflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit den Finanzmittelbestand. Einzig aus der operativen Geschäftstätigkeit ist ein Mittelzufluss zu verzeichnen. Im Jahresverlauf reduzierte sich der Finanzmittelbestand dadurch von 115,9 T€ auf 49,1 T€ (-66,8 T€) und wurde damit mehr als halbiert. Seit 2008 wird die Liquidität durch die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschafter in Form eines Gesellschafterdarlehens gesichert. Insofern leisten auch die Gesellschafter einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Stabilisierung sowie Konsolidierung und unterstützen den Umstrukturierungsprozess der LUBA GmbH.

Die Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung zeigt, dass sich die Eigenerwirtschaftung insgesamt zwar stabilisiert und die Ertragssituation in diesem Bereich verbessert hat. So konnten die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um rd. 71,4 T€ bzw. 10,7 % auf 735,6 T€ gesteigert werden. Dem gegenüber steht jedoch eine stark rückläufige Entwicklung der Zuschüsse. Seit 2002, als die Gesellschaft rd. 3.760,7 T€ an Zuschüssen erhalten hat, gingen diese bis 2009 um insgesamt 74,2 % zurück. Auch im Dreijahresrückblick bestätigt sich der defizitäre Trend: hat das Zuschussaufkommen in 2007 noch 1.410,2 T€ betragen, so waren es 2008 noch 1.238,0 T€ (-12,2 % zum Vj.) und 2009 rd. 969,8 T€ (-21,6 % zum Vj.). Die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen, die im Großen und Ganzen die Summe aus der Eigenerwirtschaftung und den Zuschüssen darstellt, beläuft sich in 2009 auf 1.762,1 T€, nachdem es 2008 noch 1.999,6 T€ (-11,9 % zum Vj.) und 2007 rd. 2.112,3 T€ (-5,3 % zum Vj.) waren.

Im Zuge der Umstrukturierung wurde, neben der Optimierung der Eigenerwirtschaftung, auch die Zusammensetzung der Aufwandspositionen der Gesellschaft genauer analysiert. Da die LUBA GmbH im Vergleich zu anderen Beteiligungsunternehmen des Landkreises Teltow-Fläming ein geringes Volumen an mittel- bis langfristigem Fremdkapital ausweist, ist auch die Zinsbelastung mit einer Zinsaufwandsquote von 0,4 % von untergeordneter Bedeutung. Relevante Aufwandspositionen sind dagegen insbesondere die Material-, Personal- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Um die Ertrags- und Finanzsituation zu verbessern, wurden im Rahmen der Konsolidierung und Arbeitsplatzsicherung die Ausbildungseinheit Schreinerei geschlossen, geplante Investitionen verschoben und laufende Ausgaben gesenkt. Zudem trugen die verstärkte Nutzung eigener Räumlichkeiten und die reduzierte Inanspruchnahmen von Dienstleistungen Dritter dazu bei. Auch die Mitarbeiter beteiligten sich bspw. durch die Reduzierung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich an den Einsparungsmaßnahmen. Der Personalaufwand verringerte sich maßgeblich entsprechend dem Rückgang von Maßnahmen zur Arbeitsförderung. Dabei ist zu beachten, dass die Mitarbeiter- bzw. Teilnehmerzahl um rund ein Drittel gesunken ist, die Personalaufwendungen jedoch nur um 9 %. Erstmalig wurden zudem betriebsbedingte Kündigungen notwendig. Insgesamt konnten dadurch 254,5 T€ an Material-, Personal- und sonstigen betrieblichen Aufwendungen in 2009 gegenüber dem Vorjahr eingespart und somit die Mindereinnahmen im Zuschussbereich nahezu kompensiert werden. Die Summe der betrieblichen Aufwendungen belaufen sich somit noch auf 1.794,4 T€ (Vj. 2.048,9 T€) und übersteigen damit -wie im Vorjahr- die Umsatz- und sonstigen betrieblichen Erlöse mit 1.762,1 T€ (Vj. 1.999,6 T€) leicht. Insgesamt konnte das Jahresergebnis auf -42,6 T€ (Vj. -63,6 T€) verbessert werden. Unter Beachtung der zu erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich daraus eine negative Gesamtkapitalrentabilität von -5,1 % (Vj. -7,2 %).

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine im Vergleich zu den Vorjahren weiter verschärfte Situation der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie eine angespannte Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Die Geschäftstätigkeit der LUBA GmbH ist branchenbedingt durch eine hohe Abhängigkeit von politischen Entscheidungen in der Arbeitsmarktpolitik, aber auch konjunkturellen Einflüssen geprägt. Auch zukünftig wird sich die Gesellschaft daher auf die ständig wechselnden Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen einstellen müssen. Auf Grund der angespannten Haushaltslage sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene ist dagegen von weiteren Fördermittelkürzungen auszugehen. Verschärft wird dies durch die in der Regel nur sehr kurzfristig planbare Genehmigung von Maßnahmen sowie der dafür bereitgestellten Fördermittel, sodass nur begrenzt von Planungssicherheit gesprochen werden kann. Die kostendeckende Durchführung der Projekte sowie die konstruktive Zusammenarbeit mit anderen Trägern im Bereich der Arbeitsförderung und weiteren Partnern werden daher zunehmend an Bedeutung gewinnen. Auf Grund des rückläufigen Zuschussvolumens wird die Gesellschaft zur Sicherung ihrer Geschäftstätigkeit neben der Generierung zusätzlicher Einnahmen im Rahmen der Eigenerwirtschaftung zukünftig auch alternative Formen der Projektfinanzierung erschließen müssen.

Die in 2009 begonnene Umstrukturierung der LUBA GmbH wurde auch in 2010 weiter vorangetrieben, um den Einfluss arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen auf die Gesellschaft sowie ihre Abhängigkeit von öffentlich geförderten Beschäftigungsinitiativen zu verringern. Diese Entwicklung soll der Gesellschaft mehr Stabilität, Unabhängigkeit und Handlungsfreiheit bei der Ausführung ihrer satzungsgemäßen Aufgaben geben.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die Entwicklung der Rahmenbedingungen für Arbeitsförderungs- und Beschäftigungsunternehmen sowie die Zahl von Langzeitarbeitslosen und deren Qualifikation in Verbindung mit dem befürchteten Fachkräftemangel wird die Arbeit der LUBA GmbH auch zukünftig beeinflussen. Die im Zuge der Umstrukturierung gebildete Integrationsabteilung sowie die durch diese angebotenen Dienstleistungen tragen zur Festigung des Betätigungsschwerpunktes Integration und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Schwerbehinderten sowie auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten bei. So bewirkt dieser Bereich eine stetige Verringerung der Abhängigkeit der Gesellschaft von öffentlich geförderten Beschäftigungsinitiativen und -programmen. Durch die sich verschiebenden Finanzierungsquellen müssen zur Realisierung von Projekten zunehmend Drittmittel akquiriert werden.

Gemäß den vorläufigen Zahlen für das Jahr 2010 konnten sowohl die Umsatzerlöse (v.a. Eigenerwirtschaftung) als auch die sonstigen betrieblichen Erträge (v.a. Zuschüsse) im Vergleich zu 2009 gesteigert werden. Dem gegenüber stehen entsprechend gestiegene Aufwendungen für Material, Personal, Abschreibungen sowie sonstige betriebliche Aufwendungen. Insgesamt schließt die LUBA GmbH das vergangene Jahr mit einem leicht positiven vorläufigen Jahresergebnis ab.

Abschließend ist hervorzuheben, dass die Gesellschaft auf Grund ihres Gesellschaftszwecks und allgemeinen Tätigkeitsfelds prinzipiell auch weiterhin von politischen Entscheidungen, insbesondere der Entwicklung der Arbeits- und Sozialpolitik, sowie von gesellschafterspezifischen Entscheidungen abhängig ist.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Der öffentliche Zweck der LUBA GmbH besteht in der Förderung der Fortbildung und Umschulung von arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmern sowie der Integration Benachteiligter des Arbeitsmarktes im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere in der Stadt Luckenwalde und der Gemeinde Nuthe-Urstromtal.

Mit Maßnahmen zur Qualifizierung in Verbindung mit der Durchführung von sozialen Bildungs- und Beschäftigungsinitiativen sowie der produktiven Berufs- und Arbeitsförderung wird stets das Ziel verfolgt, die Arbeitslosigkeit, und insbesondere die Zahl der ALG II-Empfänger, in dieser Region zu senken.

6. SONSTIGES

Die LUBA GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	558,7	552,2	6,5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	558,7	552,2	6,5
B. Umlaufvermögen	125,3	210,2	-84,9
I. Vorräte	7,5	4,0	3,5
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	68,8	90,3	-21,5
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	49,1	115,9	-66,8
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,7	2,1	-1,3
Bilanzsumme	684,8	764,4	-79,7
Passiva			
A. Eigenkapital	405,3	447,8	-42,6
I. Gezeichnetes Kapital	217,5	217,5	0,0
II. Kapitalrücklage	157,8	157,8	0,0
III. Gewinnvortrag	72,6	136,2	-63,6
IV. Jahresfehlbetrag	-42,6	-63,6	21,0
B. Rückstellungen	27,2	36,1	-8,9
C. Verbindlichkeiten	252,3	276,2	-23,9
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	4,2	-4,2
Bilanzsumme	684,8	764,4	-79,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	735,6	664,2	71,4
2. sonstige betriebliche Erträge	1.026,6	1.335,4	-308,8
3. Materialaufwand	-237,1	-264,7	27,6
4. Personalaufwand	-1.252,3	-1.368,8	116,5
5. Abschreibungen	-20,3	-20,2	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-284,7	-395,1	110,5
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,4	0,7	-0,3
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7,9	-8,6	0,7
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-39,7	-57,1	17,5
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,0	0,0	0,0
11. sonstige Steuern	-2,9	-6,5	3,6
12. Jahresfehlbetrag	-42,6	-63,6	21,0

3.5 Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH, Luckenwalde (VTF)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Forststraße 16
14943 Luckenwalde

E-MAIL

info@vtf-online.de

HOMEPAGE

www.vtf-online.de

GRÜNDUNG

26.06.1992



Die VTF mbH wurde gemeinsam durch die ehemaligen Landkreise Luckenwalde und Jüterbog am 26.06.1992 als „Personennahverkehrsgesellschaft Nuthetal mbH“ gegründet. Grundlage dafür bildeten die Beschlüsse des Kreistages des damaligen Landkreises Luckenwalde vom 23.04.1992 (Nr. 179/92) in Verbindung mit dem Beschluss vom 28.11.1991 (Nr. 129/91) sowie der Beschluss Nr. 0182 vom 22.04.1992 des Kreistages des damaligen Landkreises Jüterbog.

Auf der Grundlage des Kreistagsbeschlusses Nr. 2-0100/99 vom 01.03.1999 erhielt die Gesellschaft nach Fusion mit den auf dem Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming liegenden Betriebsteilen der ehemaligen Verkehrsgesellschaft Königs Wusterhausen und Zossen mbH (VKZ) ihren heutigen Namen: „Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH“.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 26.06.1992 notariell beurkundet und zuletzt am 24.08.1999 notariell geändert. (Änderung der Firma, Euromstellung)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs im Bereich des Landkreises Teltow-Fläming, die Durchführung von freigestelltem Schüler- und Berufsverkehr sowie die bedarfsgerechte Entwicklung von Alternativverkehren und Sonderbedienungsfahrten im Einklang mit den im ÖPNVG (Bbg)⁴ enthaltenen Aufgaben.

(§ 3 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

40.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Teltow-Fläming:	100 %	40.000,00 €
---------------------------	-------	-------------

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS):	100 %
--	-------

⁴ ÖPNVG (Bbg) – Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg in der Fassung vom 26. Oktober 1995, zuletzt geändert am 18. Dezember 2006.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus sieben Mitgliedern besteht. Davon entsendet der Gesellschafter fünf Mitglieder (davon vier Kreistagsabgeordnete und einen Mitarbeiter der Kreisverwaltung). Zwei weitere Mitglieder werden aus den Reihen der Arbeitnehmer der Gesellschaft gewählt.

Herr Holger Lademann	(Vorsitzender, Beigeordneter Kreisverwaltung Teltow-Fläming)
Herr Uwe Kiefer	(stellv. Vorsitzender, Arbeitnehmervertretung, Verkehrsmeister)
Frau Martina Borgwardt	(Kreistagsabgeordnete des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Helmut Barthel	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Andreas Krüger	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Roland Scharp	(Kreistagsabgeordneter des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Harry Domke	(Arbeitnehmervertretung, Busfahrer)

ABSCHLUSSPRÜFER

ACCO GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	79,6%	70,6%	64,1%	9,0%	6,4%	12,8%	10,0%
Eigenkapitalquote	20,9%	20,0%	28,5%	0,9%	-8,5%	4,7%	-29,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	89,5%	101,8%	108,0%	-12,4%	-6,2%	-12,1%	-5,7%
Zinsaufwandsquote	0,8%	1,1%	2,2%	-0,3%	-1,2%	-25,5%	-51,9%
Zinsaufwandsquote ²	0,3%	0,5%	1,0%	-0,1%	-0,6%	-23,9%	-54,8%
Liquidität 3. Grades	70,5%	103,8%	115,5%	-33,3%	-11,7%	-32,1%	-10,2%
Cashflow	- 2.058,4 T€	- 2.019,2 T€	- 2.004,9 T€	- 39,3 T€	- 14,2 T€	-1,9%	-0,7%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	- 1.536,6 T€	- 889,4 T€	- 609,9 T€	- 647,2 T€	- 279,5 T€	-72,8%	-45,8%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	-20,8%	-20,7%	-18,3%	-0,1%	-2,4%	-0,7%	-13,0%
Umsatz	5.593,8 T€	5.312,7 T€	5.283,5 T€	281,1 T€	29,2 T€	5,3%	0,6%
Jahresergebnis	- 2.780,9 T€	- 2.708,6 T€	- 2.489,5 T€	- 72,3 T€	- 219,2 T€	-2,7%	-8,8%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	59,7%	60,8%	60,2%	-1,1%	0,6%	-1,9%	1,0%
Personalintensität	42,1%	42,9%	43,7%	-0,8%	-0,8%	-1,9%	-1,8%
Anzahl der Mitarbeiter	91	85	86	6	-1	7,1%	-1,2%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)**GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN**

Die VTF mbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auf der Grundlage der vom Landesamt für Bauen und Verkehr erteilten Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb von Linienverkehren. Daneben gehören Schienenersatzverkehr, Gelegenheitsverkehr, Schülerverkehr und Berufsverkehr zum Angebotsportfolio. Die Gesellschaft erbringt Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr als Aufgabe der Daseinsvorsorge für den Aufgabenträger fast ausschließlich im Landkreis Teltow-Fläming.

Geschäftsgrundlage und Grundlage des unternehmerischen Handelns bilden – neben den rechtlichen Anforderungen nach ÖPNVG (Bbg) – die Grundsätze und Festlegungen des vom Landkreis Teltow-

Fläming aufgestellten und vom Kreistag beschlossenen Nahverkehrsplans von 2009 bis 2013. Auf dieser Basis soll die Sicherstellung der ausreichenden Bedienung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV gewährleistet werden. Seit 2005 werden die Verkehrsleistungen zudem auf der Grundlage einer Betrauungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen Landkreis und der VTF mbH erbracht. Die in 2009 gültigen Fassungen stammten vom 17.12.2008 und wurden zwischenzeitlich durch den Verkehrsvertrag vom 21./25.01.2010 ersetzt.

Insgesamt gilt es, nach folgenden verkehrspolitischen Zielstellungen und Leitlinien zu handeln (Bsp.):

„Der ÖPNV soll der Mobilitätssicherung aller Teile der Bevölkerung, der Gewährleistung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Teilgebieten, der Attraktivität der Wohn- und Gewerbestandorte, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen und als eine möglichst attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr gestaltet werden.“

(Nahverkehrsplan 2009 bis 2013)

Der angebotene ÖPNV, der einen wichtigen verkehrlichen Standortfaktor für Wirtschaftsunternehmen darstellt, soll qualitativ hochwertig sein.

Umwelt- und Klimaschutzanforderungen wird durch die Vorgabe verschärfter Emissionsgrenzwerte nachgekommen. Der Einsatz emissions- und insbesondere lärmarmen Fahrzeuge bietet die Möglichkeit einer umweltfreundlichen Mobilität.

Es soll ein kunden- und nachfrageorientierter ÖPNV, der sowohl die Mobilitätsbedürfnisse als auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit seiner Nutzer berücksichtigt, realisiert werden.

Die zunehmende Barrierefreiheit wird, insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersstrukturentwicklung, zukünftig an Bedeutung gewinnen.

Intelligente und flexible Angebote sollen zur Rückgewinnung von Fahrgästen außerhalb der Schülerbeförderung beitragen. Zudem sollen die Rechte der Fahrgäste bei Ausfällen und Verspätungen gestärkt werden, bspw. in Form von Schadensersatzleistungen.

Im Geschäftsjahr 2009 hat sich die VTF mbH wie auch in den Vorjahren auf ihr Kerngeschäft, das Angebot zuverlässiger und qualitativ hochwertiger Leistungen im ÖPNV, konzentriert. Insbesondere die Realisierung der Ergebnisse eines Gutachtens zum Stadtverkehr Ludwigsfelde ist dabei hervorzuheben. Die Veränderung der Linienführung, eine Optimierung der Fahrpläne sowie die Einführung von Rufbus-Fahrten haben dazu beigetragen, dass die Unternehmen im Ludwigsfelder Industrie- und Gewerbepark sowie die Ortsteile der Stadt nun besser mit dem ÖPNV zu erreichen sind. Zudem wurde ein differenziertes Bedienkonzept, ebenfalls mit dem Angebot eines Rufbusses, für die Gemeinde Nuthe-Urstromtal entwickelt, dessen Umsetzung in 2010 erfolgte. Insofern kommt die Gesellschaft den Verpflichtungen aus dem Nahverkehrsplan und der Betrauungsvereinbarung, die Gestaltung des ÖPNV unter Berücksichtigung von Strukturmerkmalen in den jeweiligen Bedienegebieten vorzunehmen, nach.

Kennzahlen für den ÖPNV im öffentlichen Linienverkehr				
(in 1.000)	2009	2008	+/-	
Beförderungsfälle	3.827	3.689	138	3,7%
Personenkilometer	45.038	43.423	1.615	3,7%
Nutzwagenkilometer	4.307	3.998	309	7,7%

Um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, wurden 2009 acht Linienbusse angeschafft. Zur Durchführung des ÖPNV im Landkreis Teltow-Fläming stehen der Gesellschaft nun insgesamt 89 Omnibusse auf fünf Betriebshöfen zur Verfügung. Statistisch ergaben sich für 2009 die o.g. ÖPNV-Kennzahlen. Demnach stiegen die Beförderungsfälle bei den sonstigen Personenbeförderungen um

rd. 151.000 Fälle an, wobei die Schülerbeförderung um 13.000 sank. Auf Grund der insgesamt höheren Anzahl der Beförderungsfälle steigt auch die Anzahl der Personenkilometer um 3,7 % an. Zudem wurden im Vergleich zum Vorjahr 7,7 % mehr Nutzwagenkilometer⁵ zurückgelegt. Gemäß einer Kundenbefragung waren im betrachteten Zeitraum 96 % (Vj. 98 %) der befragten Fahrgäste mit der Qualität der erbrachten Leistungen des Unternehmens insgesamt sehr zufrieden oder zufrieden.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Wie der Geschäftsführer im Lagebericht zum Jahresabschluss 2009 darlegt, ist die wirtschaftliche Situation der VTF mbH als solide einzuschätzen. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den ÖPNV weitestgehend verschont, sodass die Gesellschaft keinen krisenbedingten Rückgang bei den Fahrgastzahlen oder den Fahrgeldeinnahmen verzeichnet hat. Unter Berücksichtigung der Leistungen, die der Gesellschafter Landkreis Teltow-Fläming gegenüber der VTF mbH im Rahmen der Finanzierungsvereinbarung einbrachte, war die Gesellschaft auch im Krisenjahr 2009 wirtschaftlich stabil aufgestellt. Die Zuführungen des Landkreises werden in eine zweckgebundene Rücklage eingestellt. Ihnen stehen Entnahmen zum Ausgleich der erwirtschafteten Verluste gegenüber. Insofern konnte die Eigenkapitalquote trotz eines Jahresfehlbetrages von -2.780,9 T€ (Vj. -2.708,6 T€) und einer gleichzeitigen Erhöhung der Bilanzsumme um 313,9 T€ gegenüber dem Vorjahr leicht von 20,0 % auf 20,9 % gesteigert werden. Die Eigenkapitalquote inklusive Sonderposten⁶ beläuft sich sogar auf 67,0 (Vj. 65,5 %). Insbesondere mit Blick auf die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft ist die Stabilisierung der Eigenkapitalquote – speziell nach dem Rückgang von 2007 zu 2008 um 8,5 Prozentpunkte – als positiv zu werten. Durch den Anstieg des langfristigen Vermögens (Anlagevermögen) von 9,1 Mio. € auf 10,5 Mio. € und damit der Anlagenintensität von 70,6 % auf 79,6 % konnte das Anlagevermögen trotz des gestiegenen Eigenkapitals nicht mehr vollständig durch mittel- bis langfristiges Kapital gedeckt werden. Der Anlagendeckungsgrad II beträgt nun 89,5 % (Vj. 101,8 %). Eine fristenkongruente Finanzposition liegt nicht in vollem Maße vor.

Trotz der Anschaffung neuer Busse hat die Gesellschaft in 2009 keine neuen Darlehen aufnehmen müssen. Insofern konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten insgesamt weiter abgebaut und die Zinsbelastung gesenkt werden. Dadurch ist die Zinsaufwandsquote stetig gesunken und beträgt lediglich noch 0,6 %. Insgesamt wird das Jahresergebnis jedoch weniger durch die Zinsen, als durch die Aufwendungen für Material, Personal, Abschreibungen sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 10.852,6 T€ (Vj. 10.327,9 T€) belastet. Der Anstieg der Aufwendungen begründet sich insbesondere durch die um 226,7 T€ gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen, darunter v.a. Fremdleistungen (Instandhaltung und Reparatur, Systempflege und Wartung der Hard- und Software, Objektschutz u.a.). Der Abschreibungsbedarf erhöhte sich wegen der getätigten Investitionen um rd. 209,1 T€. Auf Grund der erfolgten Tarifierhöhungen und Neueinstellungen stieg zudem der Personalaufwand um 107,5 T€. Gleichzeitig konnte der Materialaufwand um 18,6 T€ reduziert werden. Dazu beigetragen haben insbesondere die, auf Grund der günstigeren Beschaffungspreise im Berichtsjahr, um 15,1 % niedrigeren Aufwendungen für Kraftstoffe und Öle. So lag der Bezugspreis für Dieselkraftstoff mit durchschnittlich 0,86 €/Liter um 15 ct unter dem Vorjahrespreis von 1,01 €/Liter.

Dem gegenüber stehen Umsatzerlöse und sonstige betriebliche Erträge von 7.931,1 T€ (Vj. 7.528,6 T€). Der Anstieg der Umsatzerlöse in Höhe von 281,1 T€ ist dabei wesentlich auf höhere

⁵ Nutzwagenkilometer – Nutzwagenkilometer beziffern die von Fahrzeugen gefahrene Strecke ohne Leerfahrten.

⁶ Die erhaltenen Zuschussmittel für Investitionen in das Anlagevermögen wurden als „Sonderposten für Investitionszuschüsse“ zwischen dem Eigenkapital und dem Fremdkapital ausgewiesen. Dieser Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich ertragswirksam aufgelöst.

Erlöse im Rahmen des öffentlichen Linienverkehrs zurückzuführen. Der Aufwandsdeckungsgrad als Verhältnis der Betriebsleistung zum Betriebsaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 74 % auf 75 % (Angaben der Gesellschaft) jedoch leicht verbessert und ist damit im Vergleich zu anderen Verkehrsunternehmen mit ähnlichem Tätigkeitsgebiet (Erbringung von Verkehrsleistungen in der Fläche) als äußerst positiv zu bewerten. Auch das Verhältnis von Betriebsleistung zu den Personenkilometern verbesserte sich leicht von 17,3 ct/Pkm auf 17,6 ct/Pkm (+1,57 % ggü. Vj.). Daneben stieg der spezifische Betriebsaufwand von 23,8 ct/Pkm auf 24,1 ct/Pkm nur um 1,31 %. Unter Betrachtung des Jahresfehlbetrages von -2.780,9 € sowie der erwirtschafteten Fremdkapitalzinsen ergibt sich eine Gesamtkapitalrentabilität von -20,8 %. Durch die Zuführung von Zuwendungen des Gesellschafters auf Grundlage der bestehenden Finanzierungsvereinbarung ist die wirtschaftliche Stabilität der VTF mbH trotzdem gegeben.

Die hohe Kostenbelastung wirkt sich auch auf den erwirtschafteten Cash-Flow, also dem um Abschreibungen, die Auflösung von Sonderposten, der Zu- bzw. Abnahme der Rückstellungen sowie dem außerordentlichen Ergebnis bereinigten Jahresergebnis, aus. Die VTF mbH weist, wie auch in den Vorjahren, einen negativen Jahres-Cash-Flow bzw. -Cash-Loss in einer Größenordnung von rd. 2 Mio. € aus (2009: -2.058,4 T€, Vj. -2.019,2 T€). Deutlich wird die Belastung der liquiden Mittel ebenso durch die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes in 2009 um -1.536,6 T€ (Vj. -889,4 T€).

Im Zusammenhang mit der stetigen Minderung des Finanzmittelbestandes sowie des Umlaufvermögens insgesamt verschlechterte sich die Liquidität der Gesellschaft im Vorjahresvergleich. Die Liquidität 3. Grades beziffert sich nun auf 70,5 % und hat somit die 100 % - Marke unterschritten (Vj. 103,8 %). Demzufolge ist neben der längerfristigen auch die kurzfristige Finanzposition nicht vollständig fristenkongruent. Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens dennoch während des Geschäftsjahres stets uneingeschränkt gesichert.

Insgesamt zeigt die Analyse des Jahresabschlusses im Vergleich zu den Vorjahren eine stabile, zum Teil jedoch auch verschlechterte Situation bezüglich Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquidität der VTF mbH auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Das Jahr 2009 wurde entscheidend durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Obwohl der ÖPNV im Wesentlichen von einem krisenbedingten Rückgang der Fahrgastzahlen sowie Fahrgeldeinnahmen verschont blieb, können sich zukünftige Konjunkturerinbrüche, bspw. durch eine höhere Arbeitslosigkeit und damit dem Rückgang der Berufspendler, negativ auf die VTF mbH auswirken. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Gesellschaft ist zwar durch die Finanzierungsvereinbarung bzw. durch den Verkehrsvertrag mit dem Landkreis Teltow-Fläming aus 2010 gesichert, inwieweit sich die Auswirkungen einer erneuten Wirtschaftskrise auf den Kreishaushalt jedoch auch auf die finanzielle Situation der Gesellschaft niederschlagen könnten, ist bislang nicht bekannt.

Neben der konjunkturellen Entwicklung haben zudem die steigenden Energiepreise einen bedeutenden Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft. Auf Grund der Verknappung fossiler Brennstoffe bleibt die Einführung alternativer Antriebstechniken sowie die Klärung der Finanzierung einer möglichen Umrüstung des Fuhrparks unerlässlich.

Die VTF mbH gehört zum Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg VBB. Insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen an den ÖPNV in der Fläche, wie die zunehmend nutzerorientierte und individuelle Ausgestaltung, die steigenden Umwelt- und Klimaschutzziele sowie das ansteigende Preisniveau, ist eine entsprechend flexible Tarifgestaltung und -anpassung erforderlich, damit die

ÖPNV-Unternehmen handlungsfähig bleiben. Speziell die zeitlich versetzte Einnahmeaufteilung im Rahmen des Verbundsystems birgt ein Risiko für die Liquidität der Gesellschaft.

Personalpolitisch betrachtet wird es im Rahmen der Personalentwicklung zunehmend schwieriger, freie Stellen besonders im Fahrpersonalbereich sowie bei den Ausbildungsplätzen mit qualifiziertem Personal zu besetzen.

Mit Hilfe des Risikomanagementsystem des Unternehmens sollen auch zukünftig risikobehaftete Entwicklungen intern und extern frühestmöglich identifiziert, analysiert, bewertet und fortlaufend überwacht werden. Die daraus resultierende Möglichkeit, sich flexibel an die sich zunehmend verändernden Rahmenbedingungen anzupassen, trägt zur nachhaltigen Existenzsicherung der VTF mbH bei.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

In 2010 wird der Umfang der zu erbringenden Verkehrsleistungen im öffentlichen Linien- und Vertragsverkehr voraussichtlich leicht über dem Niveau der Vorjahre liegen. Ziel ist es, für das abgeschlossene Geschäftsjahr 2010 ein ausgeglichenes Ergebnis zu erreichen. Dazu ist die Unternehmensplanung an den gültigen Verkehrsvertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Aufgabenträger für den übrigen ÖPNV und der VTF mbH anzupassen.

Zukünftig wird sich die Gesellschaft am Projekt INNOS (innovatives, interoperables EFM – Hintergrundsystem zur Einführung des elektronischen Tickets „((eTicketing“ in Deutschland) des VBB beteiligen, sofern die erforderlichen Investitionen bspw. durch Fördermittel gegenfinanziert sind.

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen wie auch demografischen Entwicklung leistet die VTF mbH einen wichtigen Beitrag zur Mobilität und Flexibilität der Bevölkerung. Ob für Privatpersonen oder Firmenansiedlungen, die Anbindung an den ÖPNV ist und bleibt ein wichtiger Standortfaktor. Der Einfluss öffentlicher Verkehrsmittel bspw. auf individuelle Standort- oder Investitionsentscheidungen sollte in Zeiten, in denen Menschen immer häufiger lange Strecken zur Arbeit oder Schule zurücklegen müssen, nicht unterschätzt werden.

Im Hinblick auf die Stabilisierung der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft spielt der zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming als Gesellschafter und der VTF mbH abgeschlossene Verkehrsvertrag bis 2016 eine große Rolle. Durch eine stetige Kostenkontrolle sowie die Optimierung der Prozesse und Abläufe sollen noch vorhandene Einsparpotenziale ausgenutzt und die Ertragssituation verbessert werden. Abschließend zu erwähnen ist jedoch, dass Verkehrsleistungen im ÖPNV i.d.R. nicht kostendeckend erbracht werden können. Insofern wird die Gesellschaft auch zukünftig auf öffentliche Zuschüsse angewiesen sein.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.)	2.968,1 T€	2.811,7 T€	2.530,6 T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	2.642,6 T€	2.630,3 T€	976,3 T€

¹ davon Investitionszuschüsse: 999 T€ (2009), 1.020 T€ (2008), 976 T€ (2007);
davon Ausgleichszahlungen für Schülerverkehr gemäß § 45a PBefG:
1.644 T€ (2009), 1.610 T€ (2008).

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Rechtsgrundlage für die Durchführung der öffentlichen Personennahverkehre (ÖPNV) ist das Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Brandenburg ÖPNVG (Bbg).

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im ÖPNV eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden.

Dabei obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land Brandenburg. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört. Dabei können die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes wie dem VBB (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr befriedigt werden. Hierzu ist je nach Bedarf ein Liniennetz aufzubauen.

Der Landkreis Teltow-Fläming bedient sich zur Erfüllung dieser Aufgabe der VTF mbH.

6. SONSTIGES

Die VTF mbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	10.459,5	9.053,5	1.406,0
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	21,7	26,8	-5,2
II. Sachanlagen	10.198,2	9.001,7	1.196,5
III. Finanzanlagen	239,6	25,0	214,6
B. Umlaufvermögen	2.668,6	3.746,2	-1.077,6
I. Vorräte	662,6	238,3	424,3
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	728,5	693,8	34,8
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	1.277,5	2.814,1	-1.536,6
C. Rechnungsabgrenzungsposten	16,8	31,3	-14,5
Bilanzsumme	13.144,9	12.831,0	313,9
Passiva			
A. Eigenkapital	2.750,3	2.564,3	186,1
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	40,0	40,0	0,0
II. Kapitalrücklage	2.710,3	2.524,3	186,1
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	6.055,7	5.837,0	218,7
C. sonstige Rückstellungen	2.798,5	2.699,9	98,6
D. Verbindlichkeiten	1.540,3	1.729,8	-189,5
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	819,2	1.085,6	-266,4
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	407,0	369,4	37,6
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbund. Unternehmen	101,4	60,5	40,9
4. sonstige Verbindlichkeiten	212,7	214,3	-1,6
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	0,0
Bilanzsumme	13.144,9	12.831,0	313,9
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	5.593,8	5.312,7	281,1
2. sonstige betriebliche Erträge	2.337,3	2.215,9	121,4
3. Materialaufwand	-4.848,9	-4.867,5	18,6
4. Personalaufwand	-3.340,0	-3.232,5	-107,5
5. Abschreibungen	-1.403,9	-1.194,9	-209,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.259,8	-1.033,1	-226,7
7. Erträge aus Gewinnübernahme verbund. Untern.	143,8	50,2	93,6
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53,2	109,0	-55,8
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-44,5	-56,7	12,2
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.769,0	-2.696,9	-72,2
11. sonstige Steuern	-11,9	-11,8	-0,1
12. Jahresfehlbetrag	-2.780,9	-2.708,6	-72,3

Die Beteiligung der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH in Zahlen**3.5.1 VTF. Luckenwalder Servicegesellschaft mbH (LUS)**

Gesellschafter: 100 % VTF mbH

Geschäftsführer: Herr Dipl.-Ing. (FH) Volker Fleischer

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	0,0	0,1	-0,1
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,0	0,0	0,0
II. Sachanlagen	0,0	0,1	-0,1
B. Umlaufvermögen	0,0	0,0	0,0
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	331,9	72,4	259,5
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	158,7	68,9	89,7
Bilanzsumme	490,5	141,3	349,2
Passiva			
A. Eigenkapital	0,0	0,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	25,0	0,0	25,0
II. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0,0	0,0	0,0
B. Sonstige Rückstellungen	19,1	12,7	6,4
C. Verbindlichkeiten	446,5	103,7	342,8
Bilanzsumme	490,5	141,3	349,2
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	919,7	429,5	490,1
2. sonstige betriebliche Erträge	2,1	0,3	1,7
3. Materialaufwand	451,2	203,5	247,8
4. Personalaufwand	304,7	160,8	143,9
5. Abschreibungen	0,1	0,8	-0,7
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	21,9	14,6	7,3
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	143,8	50,2	93,6
8. Aufwendungen aus Gewinnabführungsvertrag	143,8	50,2	93,6
9. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.6 VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hardenbergplatz 2, 10623 Berlin

E-MAIL

info@VBBonline.de

HOMEPAGE

www.VBBonline.de

GRÜNDUNG

08.12.1994



Die VBB GmbH wurde mit Abschluss des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages am 08.12.1994 gegründet. Zunächst bestand sie nur befristet bis zum 31.12.1996 als „Gesellschaft zur Vorbereitung des Verkehrsverbundes Region Berlin mit beschränkter Haftung“. Nach Abschluss des Grundvertrages zur Bildung eines Verkehrsverbundes für Berlin-Brandenburg zwischen den Gebietskörperschaften als Aufgabenträger am 30.12.1996 und der Änderung des Gesellschaftsvertrages besteht die Gesellschaft auf unbestimmte Zeit.

Der Kreistag des ehemaligen Landkreises Zossen beschloss am 27.09.1993, sich an der Vorbereitungsgesellschaft zu beteiligen (Beschluss Nr. 0214).

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 08.12.1994 notariell beurkundet und zuletzt am 01.12.2005 notariell geändert. (Neuzuordnung von Geschäftsanteilen)

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs im Sinne der ÖPNV-Gesetze der Länder Berlin und Brandenburg sowie des Einigungsvertrages und der Grundsatzvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg vom 30.12.1993. Dies soll insbesondere durch eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tariffsystems in den beiden Ländern erreicht werden. Des Weiteren wird eine homogene Einbeziehung des regionalen Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) angestrebt.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

324.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Land Berlin:	33,33%	108.000 €
Land Brandenburg:	33,33%	108.000 €
Stadt Brandenburg an der Havel:	1,85%	6.000 €
Stadt Frankfurt (Oder):	1,85%	6.000 €
Stadt Cottbus:	1,85%	6.000 €
Landeshauptstadt Potsdam:	1,85%	6.000 €

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Landkreis Barnim:	1,85%	6.000 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	1,85%	6.000 €
Landkreis Elbe-Elster:	1,85%	6.000 €
Landkreis Havelland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Märkisch-Oderland:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberhavel:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oberspreewald-Lausitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Oder-Spree:	1,85%	6.000 €
Landkreis Ostprignitz-Ruppin:	1,85%	6.000 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	1,85%	6.000 €
Landkreis Prignitz:	1,85%	6.000 €
Landkreis Spree-Neiße:	1,85%	6.000 €
Landkreis Teltow-Fläming:	1,85%	6.000 €
Landkreis Uckermark:	1,85%	6.000 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Hans-Werner Franz

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat besteht höchstens aus 26 Mitgliedern, von denen die Länder Berlin und Brandenburg je vier Mitglieder und die übrigen Gesellschafter je ein Mitglied entsenden.

Frau Maria Krautzberger	(Vorsitzende, Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
Herr Peer Giesecke	(1. stellv. Vorsitzender, Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Rainer Bretschneider	(2. stellv. Vorsitzender, Staatssekretär im Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (vormals Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg); bis 6. November 2009)
Herr Joachim Künzel	(Senatsrat in der Senatskanzlei des Landes Berlin)
Herr Günter Schulz	(Senatsrat in der Senatsverwaltung für Finanzen Berlin)
Herr Dr. Friedemann Kunst	(Senatsdirigent in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin)
Herr Albrecht Gerber	(Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg; ab 6. November 2009)
Herr Hans-Jürgen Hohnen	(Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Brandenburg; bis 6. November 2009)
Herr Hans-Werner Michael	(Ministerialrat im Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg)
Herr Burkhard Exner	(Bürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam)
Herr Steffen Scheller	(Bürgermeister der Stadt Brandenburg/Havel)
Herr Frank Szymanski	(Oberbürgermeister der Stadt Cottbus)
Herr Peter Edelmann	(Beigeordneter der Stadt Frankfurt/Oder)
Herr Carsten Bockhardt	(Erster Beigeordneter des Landkreises Barnim)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Herr Klaus Richter	(Landrat des Landkreises Elbe-Elster)
Herr Dr. Burkhard Schröder	(Landrat des Landkreises Havelland)
Herr Gernot Schmidt	(Landrat des Landkreises Märkisch-Oderland)
Herr Karl-Heinz Schröter	(Landrat des Landkreises Oberhavel)
Herr Titus Faustmann	(Beigeordneter des Landkreises Oberspreewald-Lausitz)
Herr Manfred Zalenga	(Landrat des Landkreises Oder-Spree)
Herr Christian Gilde	(Landrat des Landkreises Ostprignitz-Ruppin)
Herr Christian Stein	(Erster Beigeordneter des Landkreises Potsdam-Mittelmark)
Herr Holger Lossin	(Erster Beigeordneter des Landkreises Prignitz)
Herr Günter Friedrich	(Landkreis Spree-Neiße; bis 3. August 2009)
Herr Dieter Frieze	(Landrat des Landkreises Spree-Neiße; ab 4. August 2009)
Herr Klemens Schmitz	(Landrat des Landkreises Uckermark)

ABSCHLUSSPRÜFER

MDS MÖHRLE GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	8,1%	11,1%	9,2%	-3,0%	2,0%	-27,2%	21,4%
Eigenkapitalquote	7,1%	9,6%	10,7%	-2,5%	-1,2%	-26,4%	-10,7%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	184,7%	221,3%	213,4%	-36,6%	7,9%	-16,5%	3,7%
Zinsaufwandsquote ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	107,3%	116,0%	111,8%	-8,7%	4,2%	-7,5%	3,8%
Cashflow	- 10 T€	- 11 T€	- T€	1 T€	- 11 T€	9%	0%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	949 T€	41 T€	393 T€	908 T€	- 352 T€	2195%	-89%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität ²	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Umsatz	985,0 T€	958,0 T€	1.007,1 T€	27,0 T€	- 49,1 T€	2,8%	-4,9%
Jahresergebnis ²	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	435,1%	380,4%	349,9%	54,8%	30,4%	14,4%	8,7%
Personalintensität	42,5%	40,3%	46,5%	2,2%	-6,2%	5,5%	-13,4%
Anzahl der Mitarbeiter	64	61	60	3	1	4,9%	1,7%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² die VBB GmbH weist keinen Gewinn und keine Fremdkapitalzinsen ausGESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die VBB GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Förderung der nachfrage- und bedarfsgerechten Sicherung und Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, eine Vereinheitlichung bzw. Anpassung des Angebotes an ÖPNV-Leistungen und des Tariffsystems in den beiden Ländern Berlin und Brandenburg zu erreichen. Dies schließt ebenso den regionalen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) ein.

Dazu koordiniert die Gesellschaft insgesamt 41 öffentliche und private Verkehrsunternehmen, darunter die DB Regio AG Deutsche Bahn Gruppe, S-Bahn Berlin GmbH, A. Reich GmbH Jüterbog, BVG Berliner Verkehrsbetriebe AöR., Herz-Reisen GmbH (Zossen), VTF Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming mbH (Luckenwalde) sowie weitere regionale Verkehrsunternehmen der Region.

Mit einer Fläche von über 30 Tkm², den rund 1.000 Linien, die ca. 13.100 Bahnhöfe bzw. Haltestellen anfahren, sowie dem rund 2.740 km langen Schienennetz im Nahverkehr ist der VBB angabegemäß der flächengrößte Verkehrsverbund Deutschlands sowie einer der größten in Europa. Bei rund 3,4 Mio. Fahrgästen täglich sind eine erhebliche Steuerungsleistung, abgestimmte Fahrpläne sowie umfassende Fahrgastinformationen erforderlich. Neben einer attraktiven Mobilität leistet die Gesellschaft dabei einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in der Region.

Zehn Jahre nach Einführung des Verbundtarifes wird die Gesellschaft mehr und mehr als *die* ÖPNV-Institution der Region Berlin-Brandenburg wahrgenommen. Im Jahr 2009 standen insbesondere die Ausschreibung „Netz Stadtbahn“ und die S-Bahn-Krise im Fokus. So wurde mit dem Netz Stadtbahn – mit insgesamt 22 Mio. Zugkilometern und einem Auftragsvolumen von rd. 1,3 Mrd. Euro – die größte Ausschreibung für den privaten Betrieb von Bahnstrecken in Deutschland abgeschlossen. Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) führte diese im Auftrag der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt durch. Dabei wurden 16 Regionalexpress- und Regionalbahnstrecken in vier Losen vergeben. Zwei Lose gingen an DB Regio AG, die zwei anderen an die Ostdeutsche Eisenbahn GmbH (ODEG). Sowohl aus finanzieller Sicht (Einsparungen im zweistelligen Millionenbereich für die Länder), als auch die deutlich verbesserten Qualitätskriterien zeichnen den Erfolg der Ausschreibung aus. Insbesondere die Fahrgäste sollen von dem zusätzlichen Wettbewerb profitieren: Ziel ist es, die Qualität der angebotenen Leistungen sowie den Einsatz modernerer Fahrzeuge (mit mehr Sitzplätzen und Klimatisierung) und Personal in den Zügen (Zugbegleiter) zu steigern. Durch die Aufteilung des Netzes in Lose und dem Ausschluss des Zuschlags aller Lose an ein Unternehmen wurde der Grundstein für einen funktionierenden Wettbewerb im SPNV-Markt gelegt.

Seit Januar 2009 nimmt die VBB GmbH im Auftrag des Landes Brandenburg Aufgaben im Eisenbahn-Infrastrukturmanagement wahr. Dazu gehören u. a. die Fortschreibung der Anforderung der Infrastruktur, die Begleitung und Koordinierung von Bauvorhaben sowie Bewertungen und Kosten-Nutzen-Analysen. Das ermöglicht eine effektive Verzahnung von Fahrplankonzept und Infrastrukturausbau.

Tarif

Tariflicher Meilenstein war die Einführung des VBB-Abo 65plus im April 2009. Durch das attraktive Angebot belief sich Anfang Dezember 2009 die Abonnentenanzahl bereits auf 62.000. Auch bei dem im September 2008 eingeführten Mobilitätsticket Brandenburg, das auch sozial schwächeren Menschen (bspw. Empfänger von ALG II) die Benutzung des ÖPNV ermöglicht, ist ein positiver Trend zu verzeichnen.

Einnahmearteilung innerhalb des Verbundes

Der Einnahmearteilungsvertrag bildet einen Schwerpunkt der Arbeit als Grundlage für die Einnahmesicherung der Verkehrsunternehmen und der Stabilität des Verkehrsverbundes als System. Die Einnahmearteilungen von 2003 bis 2006 sind nun grundsätzlich abgeschlossen. Die Aufteilung der Einnahmen für die Jahre 2007 und 2008 sollte in 2010 erfolgen.

Qualitätsmanagement-Audit

Bei dem am 5.11.2009 erfolgten QM-Überwachungsaudit stellte der Auditor fest, dass das Qualitätsmanagement der VBB GmbH vollständig den Anforderungen der Norm entspricht und bestätigte das verliehene Qualitätszertifikat nach DIN EN ISO 9001:2000

Planung und Fahrgastinformation

Bestimmendes Thema 2009 waren die erheblichen Einschränkungen im Leistungsangebot der S-Bahn Berlin GmbH und deren Auswirkungen für den Informationsbereich der VBB GmbH. Auf Grund der Probleme bei der Berliner S-Bahn hatte die Gesellschaft wesentliche Mehrbelastungen im Rahmen des Krisenmanagements, insbesondere in den Bereichen Fahrgastinformationen und

Planung von Verkehrsleistungen, zu verkraften. Die Renditeerwartungen des Mutterkonzerns Deutsche Bahn führten über Jahre zu einer Verringerung der Kapazitäten in allen Bereichen der S-Bahn. Qualitätseinbrüche waren die Folge und führten im Januar 2009 zu ersten witterungsbedingten Einschränkungen. Das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) stellte schließlich fest, dass sich die S-Bahn Berlin GmbH nicht an Absprachen gehalten und Wartungsintervalle zum Teil erheblich überschritten hatte. Seitdem stand das Leistungsangebot der S-Bahn nicht mehr im gewohnten Maße zur Verfügung. Selbst der eigens aufgestellte Notfahrplan konnte nicht konstant eingehalten werden. In der Wintersaison 2010/2011 wiederholten sich die Einschränkungen im S-Bahn-Verkehr. Die VBB GmbH übernimmt eine aktive Rolle beim Krisenmanagement. In regelmäßigen Abstimmungen mit der S-Bahn sowie den übrigen Verkehrsunternehmen ging es darum, für Fahrgäste und Medien sowie andere Verkehrsunternehmen alle relevanten Informationen zusammenzutragen und aufzubereiten, um die Behinderungen zu begrenzen. Ebenso wurden u.a. die einzige unternehmensübergreifende Störungsinformationsseite VBBonline.de permanent aktualisiert und gepflegt, VBB-Fahrplanauskunft aktualisiert, ein „Sonderliniennetz“ erstellt und stets angepasst sowie tarifliche Sonderregelungen in diesem Rahmen umgesetzt. Schwerpunkte sind dabei die dauerhafte Stabilisierung der Pünktlichkeit, die Wiederherstellung der Fahrzeugverfügbarkeit sowie der Fahrgastinformation gewesen. Die Mehrbelastung durch die Probleme bei der S-Bahn hat deutlich gezeigt, dass es zukünftig einer Stärkung der verkehrsmittelübergreifenden Fahrgastinformation bedarf.

Anbindung des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI)

Im Hinblick auf die Anbindung des Flughafens BBI („Willy Brandt“) befindet sich die VBB GmbH in Abstimmung mit den Aufgabenträgern und Verkehrsunternehmen der Region. Dabei sollen insbesondere Ausgestaltung und Finanzierung des zukünftigen Busverkehrsangebotes abgestimmt werden. Zudem betreibt die Gesellschaft gemeinsam mit der Tourismus-Marketing Brandenburg GmbH seit Juni 2008 die Tourist-Information im Terminal A.

Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement

Im Rahmen des Vertrages mit dem Land Berlin bezüglich des Centers Nahverkehr Berlin (CNB) besteht die Möglichkeit, in bestimmtem Umfang Zusatzaufgaben zu erfüllen, die in Abstimmung mit dem Auftraggeber innerhalb der ARGE CNB und mit Zustimmung des Landes Berlin durch die VBB GmbH übernommen werden. Der Schwerpunkt der Aufgaben des CNB besteht dabei in der Umsetzung des am 01.01.2008 in Kraft getretenen Verkehrsvertrages zwischen dem Land Berlin und der BVG Berliner Verkehrsbetriebe AöR. Die Zuständigkeiten des VBB umfassen in diesem Zusammenhang u.a. das übergeordnete Marketing, das Tarifkonzept und die Einnahmearteilung im Verbundgebiet sowie die Abstimmung zwischen den Berliner und Brandenburger Aufgabenträgern bei der Gestaltung der Stadt-Umland-Verkehre. Im SPNV, darunter S-Bahn- und Regionalverkehre, leistet der Verbund zudem das Controlling und die Abrechnung der Verkehrsverträge.

Forschung

Das Projekt INNOS (innovatives, interoperables EFM – Hintergrundsystem zur Einführung des elektronischen Tickets in Deutschland) zur schrittweisen Einführung des Elektronischen Ticketing bzw. „((eTicketing“ in der Hauptstadtregion wurde auch in 2009 weiterverfolgt.

Daneben engagiert sich die VBB GmbH beim CAPRICE-Projekt, dem Austausch von Erfahrungen zum Aufbau von Verkehrsverbünden in Warschau, Vilnius, Bukarest, Paris und Berlin. Dabei werden bspw. die unterschiedlichen Probleme und Lösungsansätze in den jeweiligen Hauptstädten analysiert.

Das Forschungsvorhaben „Zentrales Anschlussmanagement“ zur Schaffung einer praxisorientierte IT-Systemlösung zur Anschlusssicherung konnte 2009 abgeschlossen werden. Es ermöglicht den Verkehrsunternehmen den Zugriff auf zentral verfügbare Online-Daten und ermöglicht damit die

Planung, Steuerung und Disposition unternehmensübergreifender Anschlüsse. Durch die Vereinbarung von Anschlussregeln sollen Anschlusskonflikte vermieden werden.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Ziel der VBB GmbH ist neben der Koordinierung der Interessen der Länder Berlin und Brandenburg sowie der Kommunen Brandenburgs im Bereich ÖPNV, die Weiterentwicklung und Gestaltung eines leistungsstarken Nahverkehrssystems in der Region. Auch im Jahr 2009 bildete der Wirtschaftsplan dabei die Basis der wirtschaftlichen Betätigung. Um eine ausreichende Finanzierung der Gesellschaft sicherzustellen, leisten die Gesellschafter entsprechende Gesellschafterbeiträge gemäß des in § 16 des Gesellschaftsvertrages erwähnten Konsortialvertrages. Demnach ergibt sich der jährliche Finanzierungsbedarf aus dem vom Aufsichtsrat festzustellenden Wirtschafts- und Finanzplan. Die Gesellschafterbeiträge sind zu je 40 % durch die Länder Berlin und Brandenburg zu tragen. Die übrigen 20 % teilen sich auf alle weiteren kommunalen Gesellschafter zu gleichen Teilen auf. Für satzungsgemäße Aufgaben, die nur einzelne Gesellschafter betreffen, wurde das Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement eingerichtet und der darauf entfallende Finanzierungsbedarf gesondert im Wirtschaftsplan ausgewiesen.

Das wirtschaftliche Ergebnis der Gesellschaft im Jahr 2009 wurde insbesondere durch die verbesserte Ertragssituation gekennzeichnet. Gemäß Gewinn- und Verlustrechnung resultiert der Anstieg der Erlöse bzw. Erträge von rd. 9.043 T€ auf 10.085 T€ (+1.042 T€) im Wesentlichen aus den höheren sonstigen betrieblichen Erträgen (+1.142 T€), speziell aus Sonder- und Akquiseprojekten bzw. aufgabenträgerbezogenen Projekten. Die Umsatzerlöse blieben dagegen seit drei Jahren relativ konstant auf dem Niveau von 1 Mio. €. Gleichzeitig erhöhten sich die betrieblichen Aufwendungen um rd. 987 T€ auf 10.133 T€ (Vj. 9.145 T€), davon insbesondere der Personalaufwand (+642 T€ ggü. Vj.) sowie die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (+272 T€ ggü. Vj.). Insgesamt verbesserte sich das Betriebsergebnis um 54 T€ auf -48 T€ (Vj. -102 T€). Unter Einbeziehung des Finanzergebnisses (48 T€) und nach Abzug von Steuern (<1 T€) ergibt sich ein Jahresergebnis von 0 €. Wie auch in den Vorjahren weist die VBB GmbH somit keinen Gewinn oder Verlust aus.

Das Eigenkapital beträgt weiterhin 324 T€. Auf Grund der um 1.209 T€ auf 4.587 T€ (Vj. 3.378 T€) gestiegenen Bilanzsumme verringerte sich die Eigenkapitalquote jedoch auf 7,1 % (Vj. 9,6 %). Mit weiterhin unter 10 % bleibt die Eigenkapitalbasis somit auf niedrigem Niveau. Die Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens (325 T€) sowie der Sonderposten⁷ für Zuschüsse und Zulagen (37 T€) werden dabei nicht dem Eigenkapital zugerechnet.

Die höhere Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus der Aktivierung unfertiger Leistungen (+205 T€ ggü. Vj.) sowie dem Anstieg des Zahlungsmittelbestandes (+949 T€ ggü. Vj.). Auf der Passivseite erhöhten sich die Rückstellungen, erhaltene Anzahlungen sowie Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern entsprechend. Die deutlich angestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (+838 T€ ggü. Vj.) resultieren dabei hauptsächlich aus der Übertragung von Mitteln aus dem Wirtschaftsplan in das Jahr 2010, u.a. für das INNOS-Projekt.

Durch den Anstieg des Umlaufvermögens verringert sich die Anlagenintensität im Vergleich zum Vorjahr von 11,1 % auf 8,1 % - eine im Vergleich zu anderen Beteiligungsgesellschaften des Land-

⁷ Die erhaltenen Zuwendungen der Gesellschafter für Investitionen in das Anlagevermögen vor 1998 wurden als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen. Dieser Sonderposten stellt ein Korrekturposten zum Anlagevermögen und damit kein frei verfügbares Kapital für die Gesellschaft dar. Daher findet eine Umgruppierung in das Fremdkapital statt. Der Sonderposten wird, verteilt über die Zeit der Abschreibungsdauer der geförderten Investitionsgüter, jährlich ertragswirksam aufgelöst.

kreises relativ geringe langfristige Kapitalbindung. Der Anlagendeckungsgrad von 185 % sagt zudem aus, dass das vorhandene Anlagenvermögen vollständig durch langfristiges Kapital gedeckt wird. Gleichzeitig beläuft sich die Liquidität 3. Grades auf 107 %, sodass man von einer soliden Vermögens- und Kapitalstruktur ausgehen kann.

Vor allem die kontinuierlich gezahlten Gesellschafterbeiträge haben dazu beigetragen, dass die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft in 2009 stets gesichert war. Diese belaufen sich gemäß Gewinn- und Verlustrechnung auf rd. 6.241 T€. Neben dem negativen Jahres-Cash-Flow von rd. 10 T€ verzeichnete die Gesellschaft einen Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit von rd. 953 T€. Die Investitionen ins Anlagevermögen (Investitionstätigkeit) in Höhe von 109 T€ werden durch entsprechende Einzahlungen der Gesellschafter zur Finanzierung des Anlagevermögens -Gesellschafterbeiträge und Zuschüsse- (Finanzierungstätigkeit) abgedeckt. Insgesamt steigt der Zahlungsmittelbestand dadurch erheblich an: +949 T€ bzw. 42 % gegenüber dem Vorjahresbestand von 2.262 T€.

Im Vergleich zum Wirtschaftsplan wurden zwar insgesamt rd. 1.524 T€ weniger Einnahmen in 2009 erzielt als geplant. Dem gegenüber waren die Ausgaben ebenfalls um rd. 3.431 T€ geringer, sodass sich eine positive Abweichung von rd. 1,9 Mio. € ergibt. Diese Unterschreitungen des Planansatzes resultieren insbesondere aus der Verschiebung des Beginns des Forschungsprojekts INNOS aus dem Jahr 2009 ins Jahr 2010. Gleichzeitig stiegen die Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Einnahmen an. Aufwendungen im Center-Bereich, wie Leistungsanteile und Investitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, wurden ebenso in das Folgejahr verschoben.

CHANCEN UND RISIKEN

Große Chancen für die zukünftige Entwicklung der VBB GmbH bestehen darin, sich als *das* Kompetenzzentrum für den ÖPNV in der Hauptstadtregion zu etablieren. Der Verkehrsverbund besteht seit über 10 Jahren, sodass die Nutzer des ÖPNV zunehmend verbandsweite Lösungen und Angebote, unabhängig von Landesgrenzen, nachfragen. Die Gesellschaft wird dem auch weiterhin mit innovativen Konzepten und Dienstleistungsangeboten begegnen müssen, um das Vertrauen in ihre Arbeit zu stärken und finanzielle Mittel zu akquirieren. Besonderes Entwicklungspotenzial steckt dabei vor allem in Themenkreisen, wie Tarif, Qualität, Controlling, Marketing und Fahrgastinformation.

Neben der Gestaltung der Fahrpreise spielt vor allem die Qualität des Leistungsangebots eine entscheidende Rolle, d.h. Pünktlichkeit, Sauberkeit, Sicherheit, Fahrplandichte und Umweltverträglichkeit.

Durch ihre Eigenschaft als verkehrsmittelübergreifender Dienstleister war die Gesellschaft bei „Krisensituationen“ (Streiks oder unvorhergesehene Ausfälle von ÖPNV-Teilsystemen) in der Vergangenheit in der Lage, Fahrgastinformationen zu gewährleisten bzw. grundsätzliche Informationen an die Fahrgäste weiterzureichen (bspw. während der S-Bahn-Krise). Ähnliche Situationen können bspw. auf Grund der Vielzahl von Marktteilnehmern oder der allgemeinen Verwundbarkeit des Systems (unvorhergesehene Wartungen, Zugausfälle, Streckensperrungen) stets wieder auftreten. Durch die S-Bahn-Krise wurde deutlich, dass eine flexible und schnelle Reaktion auf unvorhergesehene Situationen notwendig ist – auf Grund der geringen Eigenkapitalausstattung und den fehlenden Rücklagen sich jedoch schwierig gestaltet. Um die vorhandenen Strukturen anzupassen und auszubauen wären weitere Finanzierungsmittel notwendig. Dies erfordert jedoch auf Grund der Vielzahl der Gesellschafter und der Unterschiedlichkeit dieser einen enormen Abstimmungsaufwand, insbesondere in zeitlicher Hinsicht. Der Wirtschaftsprüfer empfiehlt für die Sicherung der Verwirklichung des Gesellschaftszwecks eine Kapitalrücklage zu bilden.

Nicht nur in Krisensituationen, auch im Normalbetrieb möchten die Fahrgäste rund um die Uhr, auch am Wochenende, aktuelle Informationen abrufen können. Um dies zu gewährleisten, reicht ein Betrieb nur zu regulären Bürozeiten meist nicht mehr aus – ohne andere Themenfelder zurückzustellen. Um den sofortigen Handlungsbedarf auch künftig abzudecken bzw. Krisenfällen mit unverzüglichen Kundeninformationen oder Konzepten für die jeweiligen Aufgabenträger begegnen zu können, ist eine strukturelle Weiterentwicklung der Gesellschaft bzw. der Aufbau eines „permanenten Informations-Centers“ angedacht.

Wie andere Branchen ist auch der ÖPNV von sich verändernden Rahmenbedingungen im Markt gekennzeichnet. So muss das ÖPNV-System flexibler, stetig verbessert und weiterentwickelt werden, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig verändern sich auf Grund des demografischen Wandels die Kundenbedürfnisse und geforderten Leistungsmerkmale. Im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte müssen die vorhandenen Mittel zur Gewährleistung und Weiterentwicklung des ÖPNV – in Ballungsräumen genauso wie in der Fläche – effizient und kundenorientiert eingesetzt werden.

Durch die steigenden Kraftstoffpreise sowie der Einführung von Umweltzonen u.Ä. ergeben sich Chancen, aber auch Risiken für den ÖPNV: einerseits bieten diese Entwicklungen die Chance, dass mehr Autofahrer umdenken und auf den ÖPNV umsteigen, sofern dieser eine flexible, umweltfreundliche und kostengünstige Alternative zum eigenen KFZ darstellt. Entgegen dem könnte der ÖPNV auf Grund von Innovationen im Individualverkehr, bspw. durch die Entwicklung hocheffizienter PKW oder von Fahrzeugen mit innovativen Antriebstechniken (Elektroautos, u.a.) sein besonderes Alleinstellungsmerkmal gegenüber dem Individualverkehr, die Umweltverträglichkeit, verlieren. Das wiederum könnte gemäß Studien der Deutschen Bahn AG zu einem Rückgang der Bahnnutzer um fast ein Viertel führen. Insofern sollten Themen wie Umweltverträglichkeit und Energieeffizienz im Verkehrsverbund zukünftig stärker Beachtung finden. Es gilt, neue Märkte und Kooperationen zu ergründen und zukünftige Strukturen im ÖPNV aktiv mitzugestalten – sowohl in verkehrlicher als auch fahrgastinformationeller und tariflicher Hinsicht. Beispiel dafür sind u.a. Projekte wie Elektro-CarSharing oder Elektrofahrräder. Insofern bieten Zukunftsthemen, wie Umwelt und Energie, große Chancen, innovative Entwicklungen über verbundweite Konzepte und Projekte voranzutreiben. Auch durch die Begleitung und Gestaltung des Wettbewerbs im Rahmen von Ausschreibungen im SPNV kann die VBB GmbH aktiv Einfluss nehmen.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Auch weiterhin wird sich die VBB GmbH an nationalen und internationalen Förder- und Forschungsprojekten beteiligen. Die bisher durchgeführten Vorhaben haben es der Gesellschaft ermöglicht, zukunftsorientierte konzeptionelle Entwicklungen anzustoßen bzw. mitzugestalten sowie innovative Dienstleistungen und Lösungen vor allem für die Fahrgäste einzuführen, die über die klassische Finanzierung der VBB GmbH so nicht möglich gewesen wären.

Außerdem wird die Gesellschaft den Wettbewerb weiterhin begleiten und mitgestalten. Die wettbewerbliche Vergabe (Ausschreibung) von Verkehrsleistungen im SPNV wird zukünftig an Bedeutung gewinnen. So wird die Gesellschaft in diesem Zusammenhang das Vertragscontrolling für die Länder sowie länderübergreifend für Mecklenburg-Vorpommern übernehmen. Ziel ist es, Monopolstellungen beim Betrieb von einzelnen Linienbündeln sowie beim Vertrieb in wettbewerbliche Strukturen zu überführen. Parallel zu den Ausschreibungen müssen daher entsprechende Vertriebskonzepte erstellt und stets weiterentwickelt werden.

Von großer innovativer Tragweite ist das Zukunftsprojekt zum so genannten „((eTicketing“ und damit die Entwicklung des „innovativen interoperablen EFM-Hintergrundsystems auf Basis der VDV-Kernapplikation“ (INNOS). Die Teilprojekte „Hintergrundsystem“ und „Einführungsprojekt im VBB“ werden dabei zu 100 Prozent durch die öffentliche Hand finanziert (Bund und Länder Berlin & Brandenburg bzw. Bund und Land Brandenburg). Erster Schritt (voraussichtlich in 2011) soll die Ausgabe von Chipkarten an Vertragskunden zunächst in den Bereichen Berlin ABC, Potsdam ABC, Brandenburg (Havel) ABC sowie Frankfurt (Oder) AB sein. In einem zweiten Schritt soll das e-Ticketing verbundweit eingeführt werden. Vertriebs- und Kontrollinfrastruktur bei den Verkehrsunternehmen sowie die Abrechnungssysteme können dadurch aufeinander abgestimmt und vereinheitlicht werden. Gleichzeitig wird zudem vermieden, dass das Vertriebssystem in der Hand eines einzelnen Wettbewerbers liegt. Damit wird der Komfort im ÖPNV wesentlich weiterentwickelt, Vertriebskosten gesenkt und die Fälschungssicherheit erhöht. Komplizierte und zeitaufwendige Erhebungen von Verkehrsströmen können zudem durch schnellere und präzisere elektronische Zählungen mit einer kontinuierlichen Datenverarbeitung abgelöst werden. Neben der Möglichkeit, das Angebot des ÖPNV noch besser auf die Kundenbedürfnisse und das Nachfrageverhalten abzustimmen, würden diese Daten eine eindeutige Grundlage für die Einnahmeaufteilung innerhalb des Verbundes bilden.

Die Entwicklung grenzübergreifender Verkehrsanbindungen nach Polen sowie Konzeptionen zum Thema Sicherheit stellen neben den Themen „Umweltverträglichkeit“ und „Energieeffizienz“ sowie die daraus resultierenden Chancen und Risiken für den Verbund weitere strategische Handlungsfelder dar.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ¹	63,0 T€	57,5 T€	57,5 T€

¹ Gesellschafterbeiträge / Zuschüsse

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Gemäß § 2 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) stellt die Sicherstellung und Ausgestaltung einer ausreichenden Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. § 2 Abs. 1 ÖPNVG (B)⁸ ergänzt dies um den Personenregionalverkehr.

Gemäß § 2 Abs. 2 ÖPNVG (Bbg) soll der ÖPNV der Verbesserung der Mobilität der Bevölkerung, der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen, dem Umweltschutz und der Verkehrssicherheit

⁸ ÖPNVG (B) – Gesetz über die Aufgaben und die Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Land Berlin, in der Fassung vom 27. Juni 1995, zuletzt geändert am 19. Juni 2006.

dienen. Er soll so gestaltet werden, dass er eine attraktive Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. Durch Steigerung der Leistungsfähigkeit und Attraktivität des ÖPNV soll der motorisierte Individualverkehr, insbesondere in und zwischen Verdichtungsräumen zurückgeführt, zumindest aber ein weiterer Anstieg verhindert werden. In § 2 Abs. 2 ÖPNVG (B) wird zudem die verkehrliche Verknüpfung insbesondere von Wohngebieten und Arbeitsstätten, kulturellen, sozialen und Gesundheitseinrichtungen, Einkaufs- und Sportzentren sowie Erholungsgebieten gefordert.

Im Land Brandenburg obliegt die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im Schienenpersonennahverkehr sowie der landesbedeutsamen Verkehrslinien anderer Verkehrsträger des öffentlichen Personennahverkehrs gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (Bbg) dem Land. Die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen ÖPNV ist gemäß § 3 Abs. 3 ÖPNVG (Bbg) freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Aufgegriffen wird dies zudem im § 2 Abs. 2 i. V. m. § 131 BbgKVerf, wonach die Gewährleistung des öffentlichen Verkehrs zu den Selbstverwaltungsaufgaben der Landkreise gehört.

Gemäß § 3 Abs. 1 ÖPNVG (B) ist die Planung und Ausgestaltung des ÖPNV Aufgabe Berlins.

Zudem soll Berlin gemäß § 4 Abs. 1 ÖPNVG (B) dem Auftrag des Einigungsvertrages folgend mit dem Land Brandenburg sowie Landkreisen und kreisfreien Städten in Brandenburg, soweit sie Aufgabenträger sind, zur Sicherung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs einen Verkehrsverbund bilden – den VBB. Ähnlich wird dies im § 5 Abs. 4 ÖPNVG (Bbg) gefordert, wonach die Aufgabenträger zur bestmöglichen Erreichung der Ziele des Gesetzes miteinander zusammenarbeiten können, bspw. durch Bildung eines Verkehrs- und Tarifverbundes (§ 5 ÖPNVG (Bbg)).

Insgesamt soll die Verkehrsnachfrage im Stadt-, Vorort- und Regionalverkehr mit Verkehrsmitteln im Linienverkehr befriedigt werden.

6. SONSTIGES

Die VBB GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	371,7	376,2	-4,5
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	11,9	1,2	10,7
II. Sachanlagen	359,7	375,0	-15,2
B. Umlaufvermögen	4.185,1	2.951,8	1.233,3
I. Vorräte	320,3	114,9	205,4
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	653,9	574,9	79,0
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.211,0	2.262,0	948,9
C. Rechnungsabgrenzungsposten	30,2	50,2	-20,0
Bilanzsumme	4.587,0	3.378,3	1.208,7
Passiva			
A. Eigenkapital	324,0	324,0	0,0
I. Gezeichnetes Kapital	324,0	324,0	0,0
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulage	37,4	47,2	-9,8
C. Gesellschafterbeiträge zur Finanzierung des Anlagevermögens	325,1	319,6	5,4
D. Rückstellungen	1.145,1	931,4	213,7
E. Verbindlichkeiten	2.755,5	1.756,0	999,4
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	404,8	149,9	254,9
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	275,4	334,4	-59,0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.851,7	1.013,8	837,9
4. Sonstige Verbindlichkeiten	223,5	257,9	-34,4
Bilanzsumme	4.587,0	3.378,3	1.208,7
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	985,0	958,0	27,0
2. Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	204,7	102,1	102,6
3. Erträge aus Gesellschafterbeiträgen, Zuwendungen	6.240,7	6.470,6	-229,9
4. Sonstige betriebliche Erträge	2.654,6	1.512,6	1.142,0
5. Materialaufwand	-792,4	-717,9	-74,5
6. Personalaufwand	-4.286,2	-3.643,9	-642,3
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (AV)	-111,6	-113,0	1,4
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.942,6	-4.670,7	-272,0
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48,3	103,1	-54,8
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	0,6	0,9	-0,4
12. Sonstige Steuern	-0,6	-0,9	0,4
13. Jahresergebnis	0,0	0,0	0,0

3.7 Teltower Kreiswerke GmbH, Berlin (TKW)

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Hannoversche Straße 17, 10115 Berlin / seit 01.02.2011: Wallstraße 35, 10179 Berlin

GRÜNDUNG

29.05.1929

(Wiederaufnahme des Geschäftsbetriebes: 01.01.1973)

Die Teltower Kreiswerke GmbH wurde am 29.05.1929 durch den damaligen Kreis Teltow gegründet, dessen Rechtsnachfolge der Landkreis Teltow-Fläming teilweise angetreten hat.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde mit Unternehmensgründung am 29.05.1929 abgeschlossen.

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 10.07.2008 ist das Stammkapital auf Euro umgestellt und auf 200.000 € erhöht worden. Durch Beschlüsse der Gesellschafterversammlungen vom 12.02. und 10.07.2008 ist der Gesellschaftsvertrag vollständig neu gefasst worden (siehe Gegenstand des Unternehmens). Die Änderungen wurden am 09.03.2009 in das Handelsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Nummer HRB 7789 B eingetragen.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, soweit dieser für gesellschaftseigene und kommunale Zwecke erforderlich ist, sowie die Verwaltung, die Vermietung, die Verpachtung, die Instandsetzung, die Instandhaltung und die Erweiterung von gesellschaftseigenen und sonstigen Grundstücken und Immobilien aus dem ehemaligen Teltowvermögen.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

200.000,00 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Landkreis Dahme-Spreewald:	40,7 %	81.400,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	39,5 %	79.000,00 €
Landkreis Potsdam-Mittelmark:	19,8 %	39.600,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Axel Gruhle

ABSCHLUSSPRÜFER

Der Jahresabschluss wurde im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der TKW GmbH und der WSC Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus durch die WSC

Wirtschafts- und Steuerberatungsgesellschaft mbH Cottbus erstellt. Da die Gesellschaft zum Abschlussstichtag die Größenmerkmale einer kleinen GmbH gemäß § 267 Abs. 1 HGB aufweist, besteht gemäß § 316 Abs. 1 HGB keine Pflicht zur Abschlussprüfung. Auf Grund der nicht vorhandenen Prüfungspflicht erfolgt die Prüfung der Jahresabschlüsse rotierend durch die Rechnungsprüfungsämter (RPA) der Gesellschafter.

2. ANALYSEDATEN (§ 61 Nr. 2 KomHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	46,4%	48,9%	24,6%	-2,5%	24,3%	-5,2%	98,9%
Eigenkapitalquote	97,4%	96,4%	93,2%	1,0%	3,2%	1,1%	3,4%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	- T€	- T€	- T€	- T€	0,0%	0,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	209,9%	197,0%	378,9%	12,9%	-181,9%	6,6%	-48,0%
Zinsaufwandsquote	0,0%	0,1%	0,0%	-0,1%	0,1%	-100,0%	0,0%
Liquidität 3. Grades	2059,5%	1410,1%	1107,4%	649,4%	302,6%	46,1%	27,3%
Cashflow	49 T€	29 T€	48 T€	20 T€	- 19 T€	71%	-40%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	66 T€	42 T€	43 T€	23 T€	- 0 T€	55%	-1%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	5,8%	6,7%	5,4%	-0,9%	1,3%	-13,7%	24,3%
Umsatz	167,1 T€	164,4 T€	203,4 T€	2,7 T€	- 39,0 T€	1,6%	-19,2%
Jahresergebnis	48,1 T€	52,7 T€	39,8 T€	- 4,7 T€	12,9 T€	-8,8%	32,5%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	14,9%	15,2%	44,9%	-0,3%	-29,7%	-2,0%	-66,1%
Personalintensität	12,9%	13,0%	31,4%	-0,1%	-18,4%	-0,9%	-58,6%
Anzahl der Mitarbeiter	1	1	2	0	-1	0,0%	-50,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital, da in allen drei Jahren kein langfristiges Fremdkapital ausgewiesen wurde

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die TKW GmbH erfüllt die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben zur Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Immobilien, die im Eigentum der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, als Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, stehen.

Investitionen wurden im Geschäftsjahr nicht getätigt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Analyse des Jahresabschlusses zeigt, dass sich die wirtschaftliche Situation der TKW GmbH stabil entwickelt.

Die betrieblichen Erlöse bzw. Erträge liegen mit 193,6 T€ leicht über dem Vorjahresniveau von 192,7 T€ (+0,5 %). Diese setzen sich insbesondere aus den Erlösen aus Verwaltertätigkeit (53 %) und den Mieteinnahmen (26 %) zusammen. Die betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht um 4,3 T€ bzw. 3 % auf 131,9 T€ gesunken, nachdem sie von 2007 zu 2008 bereits um rd. 93,6 T€ reduziert werden konnten. Dabei gingen vor allem die sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurück: -9,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Bei konstanten Personalaufwendungen und einer leicht erhöhten Betriebsleistung konnte die Personalintensität nochmals leicht verbessert werden.

Da sich im selben Jahr das Finanzergebnis durch den Rückgang der Zinserträge um rd. 11,9 T€ bzw. -87,5 % gegenüber dem Vorjahr reduzierte, verbleibt ein Jahresüberschuss von 48,8 T€ – 4,7 T€ weniger als 2008. Damit ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine etwas niedrigere Gesamtkapitalrentabilität von 5,9 % (Vj. 6,8 %).

Der erzielte Jahresüberschuss bzw. der im Geschäftsjahr generierte Cash-Flow wirken sich auch positiv auf die Liquidität der TKW GmbH aus. Während das Anlagevermögen nahezu konstant bleibt, stieg der Finanzmittelbestand um rund 65,5 T€ an.

Die Eigenkapitalquote stieg auf Grund des Gewinns und trotz der angestiegenen Bilanzsumme auf 97 %. Insofern ist das langfristige Vermögen durch langfristiges Kapital (hier das Eigenkapital) ausreichend gedeckt. Bei dem übrigen Kapital handelt es sich um kurzfristiges Fremdkapital, wie Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr oder Rückstellungen, das auf Grund des vergleichsweise hohen Anteils des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme (53,6 %) mehr als abgedeckt werden kann. Die Werte für den Anlagendeckungsgrad II sowie die Liquidität 3. Grades lassen insofern auf eine solide Finanzposition zurückschließen. Die Liquidität der Gesellschaft ist gesichert.

CHANCEN UND RISIKEN

Gemäß den Ausführungen des Geschäftsführers bestehen für die Entwicklung der Gesellschaft keine wesentlichen Risiken. Erst wenn die verwalteten Immobilien vollständig verkauft sind, können sich nach seiner Einschätzung Risiken für den Bestand der Gesellschaft ergeben, sofern keine neuen Aufgabenfelder akquiriert werden.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die zukünftige Entwicklung der TKW GmbH wird voraussichtlich an das gute Ergebnis der Vorjahre anknüpfen. Sie wird die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben auch weiterhin wahrnehmen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	- T€	8,3 T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

¹ in 2008: Anteil des Landkreises Teltow-Fläming an der Stammkapitalerhöhung von insgesamt 21 T€ (davon 39,5 %)

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Die Tätigkeit der Gesellschaft umfasst die Verwaltung des eigenen Vermögens sowie die gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Gesellschaft übertragene Verwaltung von Grundstücken, die im Eigentum der Rechtsnachfolger des ehemaligen Kreises Teltow, d.h. der Landkreise Teltow-Fläming, Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark, stehen.

6. SONSTIGES

Die TKW GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	385,7	386,6	-0,9
I. Sachanlagen	179,7	180,6	-0,9
II. Finanzanlagen	206,0	206,0	0,0
B. Umlaufvermögen	443,5	403,6	39,9
I. Vorräte	7,2	9,3	-2,1
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3,3	26,8	-23,5
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	433,0	367,4	65,5
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2,0	0,0	2,0
Bilanzsumme	831,2	790,2	41,0
Passiva			
A. Eigenkapital	809,6	761,6	48,1
I. gezeichnetes Kapital / Kapitalkonto/ Kapitalanteile	200,0	200,0	0,0
II. Kapitalrücklage	34,5	34,5	0,0
III. Gewinnvortrag	527,1	474,4	52,7
IV. Jahresüberschuss	48,1	52,7	-4,7
B. Rückstellungen	8,3	8,4	0,0
C. Verbindlichkeiten	9,2	19,7	-10,5
D. Rechnungsabgrenzungsposten	4,0	0,6	3,4
Bilanzsumme	831,2	790,2	41,0
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	167,1	164,4	2,7
2. sonstige betriebliche Erträge	26,5	28,3	-1,7
3. Materialaufwand	-33,3	-29,8	-3,5
4. Personalaufwand	-24,9	-25,0	0,1
5. Abschreibungen	-0,9	-0,9	0,0
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-72,8	-80,4	7,6
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,7	17,9	-16,2
8. Abschreibungen auf Finanzanlagen und	0,0	-4,1	4,1
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-0,2	0,2
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	63,4	70,1	-6,7
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-14,6	-16,6	2,0
12. sonstige Steuern	-0,8	-0,8	0,0
13. Jahresergebnis	48,1	52,7	-4,7

3.8 RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Kreishaus Teltow-Fläming KG, Stuttgart

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Landhausstraße 84, 70190 Stuttgart

GRÜNDUNG

19.03.1998

Die Gesellschaft wurde am 19.03.1998 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Kommanditist an dieser Gesellschaft ist der Kreistagsbeschluss Nr. 0052/98 vom 23.03.1998 i.V.m. dem Kreistagsbeschluss Nr. 178 vom 08.05.1995 zum Bau des Kreishauses für den Landkreis Teltow-Fläming in Luckenwalde und des Beschlusses Nr. 378 vom 05.05.1997 über die privatwirtschaftliche Finanzierung des Kreishausneubaus.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der Gesellschaftsvertrag wurde am 19.03.1998 notariell beurkundet.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Errichtung und die Vermietung von Grundstücken, Baulichkeiten und Anlagen aller Art, soweit sie einem öffentlichen Zweck dienen, im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Durchführung aller für die Erzielung dieser Zwecke erforderlichen Geschäfte und Maßnahmen. Genehmigungspflichtige Tätigkeiten gemäß § 34c GewO⁹ werden nicht ausgeübt.

(§ 2 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
(GmbH & Co. KG)

GESELLSCHAFTSKAPITAL

15.267.175,57 €

Kapitalanteil des Kommanditisten: 10.225,84 €

Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters: 15.256.949,73 €

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Komplementär (persönlich haftender Gesellschafter):

RENATA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Stuttgart:

Stimmenanteil: 85 Stimmen (keine Einlage)

Kommanditist (Teilhafter):

Landkreis Teltow-Fläming:

Stimmenanteil: 15 Stimmen Kommanditeinlage: 10.225,84 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

⁹ GewO – Gewerbeordnung

in der Fassung vom 22. Februar 1999, zuletzt geändert am 29. Juli 2009.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

GESCHÄFTSFÜHRER

Zur Geschäftsführung ist der persönlich haftende Gesellschafter berechtigt und verpflichtet.

Herr Eberhard Graf (ehem. Vorstandsmitglied der Commerz Real AG)

Herr Dr. Manfred Gubelt (Jurist)

ABSCHLUSSPRÜFER

PricewaterhouseCoopers

Aktiengesellschaft

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	93,8%	89,7%	90,7%	4,1%	-1,0%	4,6%	-1,1%
Eigenkapitalquote	0,05%	0,00%	0,00%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksicht. von ²)	-2,8%	-9,0%	-7,3%	6,2%	-1,7%	68,5%	-23,0%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag ²	- 515,8 T€	- 1.795,6 T€	- 1.534,8 T€	1.279,79 T€	- 260,83 T€	71,3%	-17,0%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	98,6%	99,9%	100,7%	-1,3%	-0,8%	-1,3%	-0,8%
Zinsaufwandsquote	27,2%	34,4%	39,1%	-7,2%	-4,6%	-20,9%	-11,9%
Liquidität 3. Grades	42,6%	12,0%	22,1%	30,6%	-10,1%	256,0%	-45,8%
Cashflow	2.182,6 T€	1.666,3 T€	1.429,7 T€	516,3 T€	236,6 T€	31,0%	16,5%
Zahlungswirksame Veränderung d. Finanzmittelbestandes	321,1 T€	- 153,1 T€	- 102,5 T€	474,2 T€	- 50,5 T€	309,8%	-49,3%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	10,7%	7,3%	6,0%	3,4%	1,3%	46,5%	21,5%
Umsatz	3.082,6 T€	2.621,6 T€	2.414,3 T€	461,0 T€	207,4 T€	17,6%	8,6%
Jahresergebnis	1.063,0 T€	545,6 T€	308,9 T€	517,4 T€	236,7 T€	94,8%	76,6%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Personalintensität	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	0	0	0	0,0%	0,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital

² nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten sowie in 2007 und 2008 nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile und Entnahmen des atypischen Gesellschafters

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Der Erwerb eines Erbbaurechts in Luckenwalde vom Landkreis Teltow-Fläming sowie die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes (Kreishaus) inklusive Parkhaus und dessen Vermietung im Rahmen eines Immobilien-Leasing-Vertrages an den Landkreis Teltow-Fläming bilden die wirtschaftliche Grundlage der RENATA GmbH & Co. KG als sogenannte Leasingobjektgesellschaft.

Die Gesellschaft beschäftigt kein eigenes Personal. Die Geschäfte werden von der Commerz Real AG entgeltlich im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrages getätigt.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Bei einer Anlagenintensität von rd. 94 % weist die Gesellschaft geschäftsbedingt überwiegend langfristiges Vermögen aus, das Vermietvermögen. Dieses ist gemäß den Angaben des Wirtschaftsprüfers fristenkongruent refinanziert.

Entgegen den Vorjahren weist die Gesellschaft positives Eigenkapital in Höhe von rd. 8 T€ aus. Der „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten“ beträgt rd. 516 T€ (Vj. 517 T€). Der „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile und Entnahmen des atypischen Gesellschafters“ ist nun ausgeglichen (Vj. 1.279 T€). Diese Posten sind insbesondere auf leasingtypische Anlaufverluste zurückzuführen. Nach Einbezug der jährlichen Überschüsse sowie des möglichen Veräußerungserlöses aus dem Verkauf der Leasinggegenstände sollen die aufgelaufenen Verluste mehr als ausgeglichen werden. Der Bilanzverlust von 10.145 T€ resultiert dabei insbesondere auf Sonderabschreibungen auf das Vermietvermögen (nach Fördergebietsgesetz) in 1999.

In 2009 konnte die RENATA GmbH & Co. KG erneut einen Jahresüberschuss ausweisen. Mit 1.063 T€ verdoppelte sie das Ergebnis aus dem Vorjahr nahezu. Zum einen konnten die Umsatzerlöse u.a. durch höhere Mieteinnahmen um 461 T€ gesteigert werden, zum anderen trugen verringerte Zinsaufwendungen dazu bei. Mit dem Gewinn wurde der Verlustvortrag weiter abgebaut. Unter Einbezug der Fremdkapitalzinsen ergibt sich somit eine verbesserte Gesamtkapitalrentabilität von 10,7 % (Vj. 7,3 %).

Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch in der Liquidität der Gesellschaft wieder. Durch das gute Jahresergebnis und die verdienten Abschreibungen wurde ein Jahres-Cash-Flow von über 2 Mio. € erzielt. Nach Abzug von sonstigen zahlungswirksamen Vorgängen, wie Tilgungsleistungen, erhöhte sich der Finanzmittelbestand der Gesellschaft um 321 T€ auf 568 T€. Dies beeinflusst auch die Liquidität positiv, sodass nun 42,6 % (Vj. 12,0 %) des kurzfristigen Fremdkapitals durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden. In der Regel sollte dieser Wert jedoch deutlich über 100 % liegen, um eine fristenkongruente Finanzierung sicherzustellen bzw. finanziell stabil aufgestellt zu sein.

In ihrer Gesamtheit zeigt die Analyse des Jahresabschlusses eine stabile und zum Teil positive Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie der Liquiditätssituation auf.

CHANCEN UND RISIKEN

Das Kreishaus ist für 22 Jahre, beginnend am 21.09.1999, an den Landkreis Teltow-Fläming vermietet. Nach 15 bzw. 20 Jahren kann der Landkreis das Objekt zum vertraglich vereinbarten Restwert erwerben. Andernfalls erfolgt eine freie Vermarktung. Für die Gesellschaft bestehen demnach sowohl Risiken als auch Chancen aus dem Restwert des Leasingengagements.

Auf Grund der langfristigen Vermietung des Kreishauses inklusive Parkhaus an den Landkreis Teltow-Fläming und die daraus resultierende Stabilität der Ertragssituation in Verbindung mit dem geplanten Veräußerungserlös aus dem Vermietungsobjekt ergeben sich für die Gesellschaft derzeit keine existenzgefährdenden Risiken.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Die RENATA GmbH & Co. KG wird auch weiterhin die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben wahrnehmen und den Leasingvertrag kontinuierlich erfüllen.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen und -entnahmen (die nicht 2. entspr.)	- T€	- T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen	- T€	- T€	- T€

5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS

Das Kreishaus (inklusive Parkhaus) des Landkreises Teltow-Fläming als Sitz der Kreisverwaltung wurde auf der Grundlage eines langfristigen Leasingvertrages errichtet. Es ist seit dem 21.09.1999 für 22 Jahre an den Landkreis vermietet. Die RENATA GmbH & Co. KG wurde besonders zum Zweck der ordnungsgemäßen Abwicklung dieses Vertrages bis zum möglichen Übergang in das Eigentum des Landkreises – spätestens im Jahr 2021 – gegründet.

6. SONSTIGES

Die RENATA GmbH & Co. KG in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009 TEUR	2008 TEUR	Veränderung TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	16.719,8	17.840,2	-1.120,4
I. Vermietvermögen			
Grundstücksgleiche Rechte und Bauten	16.719,8	17.840,2	-1.120,4
B. Umlaufvermögen	567,9	246,8	321,1
I. Guthaben bei Kreditinstituten	567,9	246,8	321,1
C. Rechnungsabgrenzungsposten	19,3	0,0	19,3
D. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	515,8	516,6	-0,7
E. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile und Entnahmen des atypisch stillen Gesellschafters	0,0	1.279,1	-1.279,1
Bilanzsumme	17.822,8	19.882,6	-2.059,8

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Passiva			
A. Eigenkapital	8,2	0,0	8,2
I. Kapitalanteil des Kommanditisten	10,2	10,2	0,0
II. Kapitalanteil des atypisch stillen Gesellschafters	15.256,9	15.256,9	0,0
III. Entnahmen/Ausschüttungen des atypisch stillen Gesellschafters	-5.630,0	-5.855,1	225,0
IV. Bilanzverlust (davon Kommanditist € 526.075,68; Vorjahr € 526.787,74) (davon atypisch stiller Gesellschafter € 9.618.689,99; Vorjahr € 10.680.973,63)	-10.144,8	-11.207,8	1.063,0
V. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile des Kommanditisten	515,8	516,6	-0,7
VI. Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckte Verlustanteile und Entnahmen des atypisch stillen Gesellschafters	0,0	1.279,1	-1.279,1
B. Rückstellungen	2,0	2,8	-0,8
C. Verbindlichkeiten	17.812,6	19.879,8	-2.067,2
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.812,6	19.084,8	-1.272,2
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (davon gegenüber dem atypisch stillen Gesellschafter Vorjahr € 792.527,98) (davon sonstige Verbindlichkeiten Vorjahr €)	0,0	795,0	-795,0
Bilanzsumme	17.822,8	19.882,6	-2.059,8
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	3.082,6	2.621,6	461,0
2. sonstige betriebliche Erträge	3,6	1,1	2,4
3. Abschreibungen	-1.120,4	-1.120,4	0,0
4. sonstige betriebliche Aufwendungen	-31,8	-31,1	-0,7
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1,1	9,9	-8,8
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-839,2	-902,7	63,5
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.095,9	578,5	517,4
8. sonstige Steuern	-32,9	-32,9	0,0
9. Jahresergebnis	1.063,0	545,6	517,4

3.9 BADC Berlin-Brandenburg Area Development Company GmbH

1. ALLGEMEINE ANGABEN ZUM UNTERNEHMEN

FIRMENSITZ

Schwalbenweg 8, 12529 Schönefeld

E-MAIL

info@badc-gmbh.de

HOMEPAGE

www.badc-gmbh.de

GRÜNDUNG

26.01.2001



Die BADC GmbH wurde mit Gesellschaftsvertrag vom 26.01.2001 gegründet. Grundlage für die Beteiligung des Landkreises Teltow-Fläming als Gesellschafter der BADC GmbH bildete der Beschluss Nr. 3-1205/08-III des Kreistages vom 18.02.2008.

GESELLSCHAFTSVERTRAG

Der ursprüngliche Gesellschaftsvertrag wurde am 26.01.2001 notariell beurkundet und zuletzt am 20.06.2008 notariell geändert.

GEGENSTAND DES UNTERNEHMENS (AUFGABEN UND ZIELE)

Gegenstand des Unternehmens ist die

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Flughafenumfeld von Berlin-Brandenburg International (BBI) in Zusammenarbeit mit den Ländern Berlin und Brandenburg, den Landkreisen, Kommunen und Privatpersonen, die

Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld BBI sowie Unterhaltung und Betrieb einer Kommunikationsplattform, die

Sicherstellung eines Interessenausgleiches zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften des Flughafenumfeldes (gemäß Definition LEP FS¹⁰) untereinander einerseits sowie zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften und der Betreiberin des Flughafens Berlin-Schönefeld und deren Gesellschaftern andererseits sowie die

Koordinierung und Umsetzung ökologischer Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, die in einem sachlichen Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderlich werden.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft alle Aufgaben wahrnehmen, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar dienlich sind.

(§ 2 des Gesellschaftsvertrages)

RECHTSFORM

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

STAMMKAPITAL

50.000,00 €

¹⁰ LEP FS – Landesentwicklungsplan Flughafenstandortentwicklung, in der Fassung vom 30. Mai 2006, in Kraft getreten am 16. Juni 2006.

Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Gemeinde Schönefeld:	26 %	13.000,00 €
Gemeinde Wildau:	15 %	7.500,00 €
Stadt Königs Wusterhausen:	15 %	7.500,00 €
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Großbeeren:	6 %	3.000,00 €
Stadt Ludwigsfelde:	6 %	3.000,00 €
Gemeinde Rangsdorf:	6 %	3.000,00 €
Landkreis Dahme-Spreewald:	5 %	2.500,00 €
Landkreis Teltow-Fläming:	5 %	2.500,00 €
Stadt Eichwalde:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Schulzendorf:	3 %	1.500,00 €
Gemeinde Zeuthen:	3 %	1.500,00 €
Stadt Mittenwalde:	1 %	500,00 €

BETEILIGUNGEN DER GESELLSCHAFT

keine

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Geschäftsführung

Gesellschafterversammlung

Aufsichtsrat

GESCHÄFTSFÜHRER

Herr Rechtsanwalt Roger Rabbe

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus höchstens acht Mitgliedern besteht. Berlin, das Land Brandenburg, die Gemeinde Schönefeld, die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming haben das Recht, jeweils einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Eichwalde, Mittenwalde, Königs Wusterhausen, Schulzendorf, Wildau und Zeuthen haben gemeinsam das Recht, einen Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden. Die Kommunen Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde und Rangsdorf haben gemeinsam das Recht, zwei Mitglieder in den Aufsichtsrat zu entsenden.

Herr Peer Giesecke	(Landrat des Landkreises Teltow-Fläming)
Herr Carl Ahlgrimm	(Bürgermeister der Gemeinde Großbeeren)
Herr Dr. Udo Haase	(Bürgermeister der Gemeinde Schönefeld)
Herr Ortwin Baier	(Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow)
Herr Stephan Loge	(Landrat des Landkreises Dahme-Spreewald)
Herr Dr. Uwe Malich	(Bürgermeister der Gemeinde Wildau)

ABSCHLUSSPRÜFER

Tober & Co. GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

2. ANALYSEDATEN (§ 61 NR. 2 KOMHKV)

Analysedaten (§ 61 Nr. 2 KomHKV)				Veränderungen zum Vorjahr (absolut)		Veränderungen zum Vorjahr (in %)	
Kennzahl	2009	2008	2007	2008 zu 2009	2007 zu 2008	2008 zu 2009	2007 zu 2008
Vermögens- und Kapitalstruktur (§ 61 Nr. 2 lit. a KomHKV)				Vermögens- und Kapitalstruktur		Vermögens- und Kapitalstruktur	
Anlagenintensität	3,5%	4,6%	9,9%	-1,1%	-5,3%	-23,7%	-53,5%
Eigenkapitalquote	0,8%	0,0%	0,0%	0,8%	0,0%	0,0%	0,0%
Eigenkapitalquote (unter Berücksichtigung des negativen Eigenkapitals)	0,8%	-2,4%	-77,2%	3,1%	74,8%	133,7%	96,9%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	- T€	0,8 T€	10,4 T€	0,8 T€	9,6 T€	100,0%	92,3%
Finanzierung und Liquidität (§ 61 Nr. 2 lit. b KomHKV)				Finanzierung und Liquidität		Finanzierung und Liquidität	
Anlagendeckung II ¹	22,5%	0,0%	773,3%	22,5%	-773,3%	0,0%	-100,0%
Zinsaufwandsquote	0,3%	kein Umsatz ausgewiesen	1315,3%	-1315,0%		-100,0%	
Zinsaufwandsquote ²	0,1%	0,3%	109,1%	-0,2%	-108,8%	-76,4%	-99,7%
Liquidität 3. Grades	97,0%	92,6%	51,6%	4,5%	40,9%	4,8%	79,3%
Cashflow	6,8 T€	10,8 T€	50,3 T€	- 4,0 T€	61,2 T€	-37,2%	121,5%
Zahlungswirksame Verände- rung d. Finanzmittelbestandes	17,0 T€	12,6 T€	0,1 T€	4,4 T€	12,7 T€	35,1%	13762,6%
Rentabilität und Geschäftserfolg (§ 61 Nr. 2 lit. c KomHKV)				Rentabilität und Geschäftserfolg		Rentabilität und Geschäftserfolg	
Gesamtkapitalrentabilität	2,1%	29,3%	113,6%	-27,3%	-84,2%	-92,9%	-74,2%
Umsatz	62,2 T€	kein Umsatz ausgewiesen	0,1 T€	62,2 T€		100168,5%	
Jahresergebnis	1,4 T€	9,6 T€	14,5 T€	- 8,2 T€	- 4,9 T€	-85,5%	-33,8%
Personalbestand (§ 61 Nr. 2 lit. d KomHKV)				Personalbestand		Personalbestand	
Personalaufwandsquote	146,5%	kein Umsatz ausgewiesen	166,7%	-20,1%		-12,1%	
Personalintensität	49,1%	47,3%	13,8%	1,7%	33,5%	3,7%	242,6%
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	1	0	1	0,0%	100,0%

zusätzliche Erläuterungen / abweichende Berechnungen:

¹ unter Berücksichtigung von Eigenkapital sowie mittel- und langfristigem Fremdkapital² unter Berücksichtigung der Gesamtleistung & den sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung)

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die BADC GmbH hat die ihr satzungsgemäß übertragenen Aufgaben erfüllt. Schwerpunkt ist dabei die im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld erforderliche Koordination von ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des interkommunalen Kompensationsflächenpools.

Neben Organisation und Management der ökologischen Kompensationsaufgaben bildet die projektbezogene Akquisition von Fördermitteln bei der Stiftung Naturschutzfonds des Landes Brandenburg, die zur Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen im gesamten Flughafenumfeld dienen, die zweite tragende Säule im Businessplan der Gesellschaft.

Problematisch ist die sehr komplexe und heterogene Rechtslage dieser Betätigungsfelder, die zu erhöhten Rechts- und Beratungskosten führen. Zudem treten verschiedenste Problemstellungen in naturfachlicher Art auf.

Die in 2009 entwickelte und kommunizierte Methode zur Umsetzung des Gesellschaftszwecks wird durch den Geschäftsführer als „absolut zufriedenstellend“ bewertet. Insofern konnten erste Projekte umsatzwirksam abgewickelt werden, weitere sind für 2010 geplant.

VERMÖGENS-, FINANZ- UND ERTRAGSLAGE

Die Gesellschaft finanzierte sich überwiegend durch Gesellschaftereinzahlungen, sogenannte Betriebskostenzuschüsse, die die Gesellschafter entsprechend ihres Anteils am Stammkapital leisteten. Daneben konnten erstmals selbst erbrachte projektbezogene Dienstleistungen abgerechnet und somit Umsatzerlöse in nennenswerter Höhe von 62 T€ (Vj. 0,0 T€) generiert werden. Bei zudem leicht gestiegenen sonstigen betrieblichen Erträgen, die sich vor allem aus Gesellschaftereinzahlungen und Kostenübernahmen zusammensetzen, stieg die Betriebsleistung von 117 T€ um rd. 69 T€ auf 186 T€ an. Insofern wurden erforderliche Betriebsmittel neben den Einzahlungen der Gesellschafter auch selbst erwirtschaftet. Die gestiegenen betrieblichen Aufwendungen (+77 T€ ggü. Vj.), vor allem für Material und Personal, lassen sich auf die Inanspruchnahme von Fremdleistungen im Zusammenhang mit der Zunahme der wirtschaftlichen Betätigung zurückführen.

Insgesamt konnte das Betriebsergebnis aus 2008 nicht gehalten werden und liegt in 2009 mit 1,5 T€ rund 8,2 T€ unter Vorjahresniveau. Dieser Rückgang wirkt sich auch auf das Jahresergebnis aus: 1,4 T€ (Vj. 9,6 T€). Dies reicht jedoch aus, um die bilanzielle Überschuldung bzw. den Aktivposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“, der sich in 2005 noch auf 515 T€ belief, auszugleichen. Somit kann erstmals wieder eine positive, wenn auch sehr geringe Eigenkapitalquote von 0,8 % ausgewiesen werden, nachdem diese 2007 noch bei -77,2 % lag.

Die Gesamtkapitalrentabilität beträgt 2,1 % (Vj. 29,3 %). Dieser starke Rückgang lässt sich neben dem gesunkenen Jahresergebnis auf die mehr als verdoppelte Bilanzsumme zurückführen – von 34 T€ in 2008 auf 74 T€ in 2009. Vermögensseitig haben vor allem die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der gestiegene Bestand liquider Mittel dazu beigetragen. Bei den Passiva sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen der durchgeführten Projekte angestiegen.

Obwohl bei einer Anlagenintensität von 3,5 % verhältnismäßig wenig langfristig gebundene Vermögensgegenstände vorhanden sind, können diese nur zu einem Fünftel durch mittel- bis langfristiges Kapital gedeckt werden. Gründe dafür liegen in dem durch Verlustvorträge stark dezimierten Eigenkapital. Zudem weist die Gesellschaft kein langfristiges Fremdkapital aus. Da das Eigenkapital in 2008 zudem negativ war, lag der Anlagendeckungsgrad sogar bei 0,0 %.

Dem gegenüber können die kurzfristigen Verbindlichkeiten zu fast 100 % durch das Umlaufvermögen abgedeckt werden, sodass die kurzfristige Finanzposition – entgegen der mittel- bis langfristigen – nahezu fristenkongruent aufgestellt ist. Im Vergleich zu den Vorjahren lässt sich ein positiver Trend beobachten. Insgesamt hat sich die Liquidität auf Grund der Gesellschaftereinzahlungen und der realisierten Erträge in 2009 verbessert. Der generierte Jahres-Cash-Flow beträgt in 2009 6,8 T€ (Vj. 10,8 T€). Die gesamte zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands beläuft sich auf 17 T€ (Vj. 12,6 T€).

Da die Gesellschaftereinzahlungen die Betriebskosten zu einem großen Teil abgedeckt haben und die BADC GmbH zudem eigene Erlöse erwirtschaften konnte, ist eine stabile Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie Liquiditätsausstattung – mit positivem Trend – zu beobachten.

CHANCEN UND RISIKEN

Wesentliche Risiken für die Gesellschaft liegen in der Entwicklung des Großflughafens BBI und der erfolgreichen Akquise von Projekten zur Erzielung von Umsatzerlösen. Sollte sich der BBI nicht wie geplant entwickeln, wären Projekte möglicherweise nicht mehr realisierbar. Im Hinblick auf die voranschreitenden Baumaßnahmen zur Fertigstellung des Flughafens Berlin-Brandenburg International sowie den angrenzenden Gewerbegebieten ergibt sich für die BADC GmbH jedoch eine Vielzahl möglicher Projekte im Rahmen der Standort- und Strukturentwicklung sowie der Umsetzung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.

In Folge einer Prüfung des Finanzamtes Königs Wusterhausen in 2010, bei der die projektbezogenen Zuwendungen der Gesellschafter als umsatzsteuerpflichtiger Leistungsaustausch gewertet wurden, muss die Gesellschaft Umsatzsteuer nachzahlen. Die tatsächliche Steuerschuld lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht fest. Ein bestandsgefährdendes Risiko besteht erwartungsgemäß jedoch nicht.

Die Gesellschaft ist nach wie vor auf die Unterstützung, insbesondere in finanzieller Hinsicht, der Gesellschafter angewiesen.

Entwicklungschancen ergeben sich vor allem auf Grund der wachsenden politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz der BADC GmbH.

3. VORAUSSICHTLICHE UNTERNEHMENSENTWICKLUNG (§ 61 NR. 3 KOMHKV)

Insbesondere wegen der voranschreitenden gewerblichen und infrastrukturellen Entwicklung des Flughafens geht die Gesellschaft von einer weiteren positiven Entwicklung für die Jahre 2010 und 2011 aus. Vor dem Hintergrund bereits erzielter Vertragsabschlüsse wächst die Chance auf die Gewinnung von Großprojekten.

Von besonderer Bedeutung ist weiterhin die Sicherstellung der Liquidität der Gesellschaft.

Auch zukünftig wird die BADC GmbH die Entwicklung im Flughafenumfeld des BBI begleiten und forcieren.

4. LEISTUNGS- UND FINANZBEZIEHUNGEN DES LANDKREISES ALS GESELLSCHAFTER

Leistungs- und Finanzbeziehungen (§ 61 Nr. 4 KomHKV)			
Wirtschaftsjahr	2009	2008	2007
1. Kapitalzuführungen (die nicht 2. entspr.) ¹	- T€	2,5 T€	- T€
2. Gewinnentnahmen bzw. Verlustausgleiche	- T€	- T€	- T€
3. gewährte Sicherheiten und Gewährleistungen	- T€	- T€	- T€
4. sonst. Finanzbeziehungen ²	5,6 T€	3,7 T€	- T€

¹ Erwerb Stammkapitalanteil (entspr. 5 %)² Betriebskostenzuschuss**5. ERFÜLLUNG DES ÖFFENTLICHEN ZWECKS**

Der öffentliche Zweck der Gesellschaft begründet sich u.a. in der Durchführung der kommunalen Standort- und Strukturentwicklung im Umfeld des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI), der Sicherstellung des Interessenausgleichs zwischen den Umfeldkommunen des Flughafens sowie zwischen den Kommunen und dem Flughafenbetreiber, der Koordinierung und Umsetzung der im Zusammenhang mit dem Ausbau des Flughafens Schönefeld notwendigen ökologischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie der Durchführung eines Dialogforums im Flughafenumfeld des BBI.

6. SONSTIGES

Die BADC GmbH in Zahlen

Bilanz zum 31.12.2009	2009	2008	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Aktiva			
A. Anlagevermögen	2,6	1,6	1,1
I. Sachanlagen	2,6	1,6	1,1
B. Umlaufvermögen	71,7	31,4	40,2
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42,0	18,8	23,2
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	29,7	12,7	17,0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,2	0,2	0,0
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,0	0,8	-0,8
Bilanzsumme	74,5	34,0	40,5
Passiva			
A. Eigenkapital	0,6	0,0	0,6
I. Gezeichnetes Kapital	50,0	50,0	0,0
II. Bilanzverlust	-49,4	-50,8	1,4
III. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,0	0,8	-0,8
B. Rückstellungen	5,7	1,5	4,2
C. Verbindlichkeiten	68,1	32,5	35,7
Bilanzsumme	74,5	0,0	74,4
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2009			
1. Umsatzerlöse	62,2	0,0	62,2
2. sonstige betriebliche Erträge	123,6	117,1	6,5
3. Materialaufwand	-41,4	0,0	-41,4
4. Personalaufwand	-91,2	-55,4	-35,8
5. Abschreibungen	-1,2	-1,2	0,1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-50,5	-50,6	0,1
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,2	-0,1
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-0,2	-0,4	0,2
9. Jahresergebnis	1,4	9,6	-8,2

4 Anhang

4.1 Kennzahldefinition – Analysedaten gemäß § 61 Nr. 2 KomHKV

Im Folgenden wird ein Überblick über die gemäß Rundschreiben des Ministeriums des Innern vom 22.12.2009 i.V.m. § 61 Nr. 2 KomHKV im Beteiligungsbericht zu analysierenden Kennzahlen sowie deren Definitionen gegeben:

ANALYSE DER VERMÖGENS- UND KAPITALSTRUKTUR DES UNTERNEHMENS

Anlagenintensität

Die Anlagenintensität beschreibt den Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Vermögensstruktur des Unternehmens. Ist ein Unternehmen anlagenintensiv, so ist das im Anlagevermögen investierte Kapital längerfristig gebunden. Kapitalfreisetzung erfolgt in der Regel durch die verdienten Abschreibungen. Eine sehr hohe Anlagenintensität kann dazu führen, dass das Unternehmen nicht flexibel genug auf sich verändernde Marktbedingungen reagieren kann. Zu beachten ist, dass Zielwerte für ein gutes Verhältnis von Anlage- zum Gesamtvermögen sehr branchenabhängig sind.

Berechnung: $\frac{\text{Anlagevermögen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$ Einheit: Prozent (%)

Zielwert: stark branchenabhängig

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote beschreibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital. Sie ist somit eine Kennzahl zur Analyse der Kapitalstruktur des Unternehmens. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Die Höhe der Eigenkapitalausstattung ist ein Indiz für die Innenfinanzierungskraft sowie die Risikotragfähigkeit eines Unternehmens. Je höher die Eigenkapitalquote ist, desto höher ist auch die Stabilität des Unternehmens. Gleichzeitig sinkt mit steigender Eigenkapitalausstattung die Abhängigkeit von den Fremdkapitalgebern.

Berechnung: $\frac{\text{Eigenkapital (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$ Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 15 %, stark branchenabhängig
(Je höher die Anlagenintensität ist, umso höher sollte auch die Eigenkapitalquote sein.)

Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passivposten über die Aktivposten der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Differenzbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. Dadurch wird verhindert, dass auf der Aktivseite ein negatives Eigenkapital ausgewiesen werden muss. Der Ausweis eines solchen Fehlbetrages lässt jedoch keine Rückschlüsse darüber zu, ob das Unternehmen tatsächlich überschuldet ist. Der Tatbestand der materiellen Überschuldung

würde die Geschäftsführung zwingen, einen Konkurs- oder Vergleichsantrag zu stellen (§ 15a i.V.m. § 19 InsO¹¹).

Berechnung: aus der Bilanz Einheit: EUR (€)
Zielwert: 0,00 €

ANALYSE DER FINANZIERUNG UND LIQUIDITÄT DES UNTERNEHMENS

Anlagendeckungsgrad II

Mit dem Anlagendeckungsgrad II erfolgt eine Gegenüberstellung von Anlagevermögen und langfristigem Kapital. Sie zeigt an, zu welcher Quote das Anlagevermögen langfristig finanziert ist. Diese Kennzahl zur Analyse der Finanzierung eines Unternehmens kann, neben den Anlagendeckungsgraden I (Anlagevermögen gegenüber Eigenkapital) und III (Anlagevermögen und Vorräte gegenüber langfristigem Kapital), ein Anhaltspunkt für eine fristgerechte Finanzierung sein.

Auf Grund der vorhandenen Datenbasis ist *im Rahmen dieses Berichts* ersatzweise für das langfristige in der Regel das mittel- und langfristige Fremdkapital als Basis der Analyse herangezogen worden. D.h., sofern das Unternehmen einen signifikant hohen Anteil an mittelfristigem Fremdkapital aufweist, ist der ermittelte und ausgewiesene Anlagendeckungsgrad höher, als nach der hier angegebenen Berechnungsformel.

Berechnung:
$$\frac{\text{Eigenkapital (€) + langfristiges Fremdkapital (€)}}{\text{Anlagevermögen (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: 110 % - 150 %

Zinsaufwandsquote

Die Zinsaufwandsquote trägt indirekt zur Beurteilung der Finanzierungssituation eines Unternehmens bei. Diese Kennzahl gibt die Zinsaufwendungen eines Unternehmens in Relation zu seinen erzielten Umsatzerlösen an. Eine hohe Zinsaufwandsquote weist auf eine hohe Liquiditätsbindung hin, die meist langfristiger Natur ist und insbesondere bei einer Verschlechterung der Erlössituation problematisch wird.¹²

Berechnung:
$$\frac{\text{Zinsaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)
Zielwert: < 10 %, jedoch stark abhängig von der Bilanzstruktur (u.a. Höhe und Struktur des Anlagevermögens)

¹¹ InsO – Insolvenzordnung

in der Fassung vom 5. Oktober 1994, zuletzt geändert am 9. Dezember 2010.

¹² Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen (Betriebsleistung) angesetzt wird.

Liquidität 3. Grades

Liquidität ist die Fähigkeit des Unternehmens, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen uneingeschränkt nachzukommen und bezeichnet in diesem Sinne auch die Verfügbarkeit über genügend Zahlungsmittel.

Liquiditätskennzahlen geben Auskunft darüber, inwieweit auf der Aktivseite kurzfristiges Vermögen vorhanden ist, aus dem heraus ausreichende Mittel freigesetzt werden können, um die passivierten kurzfristigen Verbindlichkeiten, d.h. solche, die innerhalb eines Jahres zur Rückzahlung gelangen, zu begleichen. Unter Einbeziehung von jeweils weiteren Anteilen des Umlaufvermögens mit zunehmender Kapitalbindungsdauer gelangt man von der Liquidität 1. Grades über die Liquidität 2. Grades zur Liquidität 3. Grades.

Die Liquidität 3. Grades ist die Gegenüberstellung des gesamten Umlaufvermögens und der kurzfristigen Verbindlichkeiten. Sie gibt Auskunft über die Solidität der kurz- bis mittelfristigen Finanzposition eines Unternehmens.

Berechnung:	$\frac{\text{Umlaufvermögen (€)}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	> 120 %		

Cash-Flow

Der Cash-Flow gibt den Zahlungsmittelüberschuss an, den das Unternehmen im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit in der zu betrachtenden Periode erwirtschaftet hat. Im Rahmen der Kapitalflussrechnung bildet die Summe aus Cash-Flow sowie Mittelzu- / -abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit die zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes.

Die Kennzahl ist ein Ausdruck der Finanzkraft des Unternehmens (Selbst- bzw. Innenfinanzierungskraft) und zeigt den erwirtschafteten Liquiditätszufluss bzw. -abfluss auf. Er lässt damit die Kreditwürdigkeit und Rückzahlungsfähigkeit (Kapitaldienstfähigkeit) eines Unternehmens erkennen.

Für Zwecke der Information der verschiedenen Adressaten über den im Berichtszeitraum erwirtschafteten Erfolg des Unternehmens soll gemäß den Angaben des Ministeriums des Innern die vereinfachte Ermittlung des Cash-Flows genügen. Auf Grund dieser pauschalisierten Berechnungsmethode kann es, wie bereits erläutert, gegenüber anderen Darstellungen zu Abweichungen kommen.

Berechnung:	Jahresergebnis (€) + Abschreibung (€) +/- Zu-/Abnahme der langfristigen Rückstellung (€) + außerordentliche Aufwendungen (€) - <u>außerordentliche Erträge (€)</u> ≡ <u>Cash-Flow (€)</u>	Einheit:	EUR (€)
Zielwert:	> 0,00 €		

ANALYSE DER RENTABILITÄT UND DES GESCHÄFTSERFOLGS DES UNTERNEHMENSGesamtkapitalrentabilität

Um den Erfolg der Arbeit eines Unternehmens festzustellen, wird die Rentabilität als Relation von Gewinn zu Kapital berechnet. Mit Hilfe von Rentabilitätskennzahlen wird ermittelt, ob der erreichte Geschäftserfolg zum eingesetzten Kapital in einem angemessenen Verhältnis steht. Mit dieser Betrachtung kann ein Vergleich des Kapitaleinsatzes im Unternehmen selbst mit anderen Kapitalanlagemöglichkeiten erfolgen.

Bei der Gesamtkapitalrentabilität wird dem erwirtschafteten Jahresergebnis und den Fremdkapitalzinsen das eingesetzte Gesamtkapital gegenübergestellt. Diese Rentabilitätskennzahl gibt demnach die Verzinsung des im Unternehmen arbeitenden Kapitals an. Sie ermöglicht die Beurteilung über einen effizienten Kapitaleinsatz.

Berechnung:
$$\frac{\text{Jahresergebnis (€)} + \text{Fremdkapitalzinsen (€)}}{\text{Bilanzsumme (€)}}$$
 Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > als der Zins für das eingesetzte Fremdkapital (sog. Leverage-Effekt¹³ beachten)

Zur Dokumentation des im Berichtszeitraum erwirtschafteten Geschäftserfolgs dienen der Umsatz sowie das Jahresergebnis.

Umsatz

Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: EUR (€)

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der Gewinn- und Verlustrechnung nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den verschiedenen Bilanzpositionen des Eigenkapitals wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt.

Berechnung: aus der Gewinn- und Verlustrechnung Einheit: Prozent (%)

Zielwert: > 0,00 €,
I.d.R ist die Erzielung einer angemessenen Eigenkapitalrentabilität anzustreben.

¹³ Leverage-Effekt – Als Leverage wird die Hebelwirkung der Finanzierungskosten des Fremdkapitals (bspw. Zinsen) auf die Eigenkapitalrentabilität verstanden. So kann durch Einsatz von (mehr) Fremdkapital die Eigenkapitalverzinsung einer Investition gesteigert werden. Dies trifft dann zu, wenn der jeweilige Investor Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufnehmen kann, als die Investition an Gesamtkapitalrentabilität erzielt.

ANALYSE DES PERSONALBESTANDS DES UNTERNEHMENSPersonalaufwandsquote

Aufwandseitig ist insbesondere der Personalaufwand von besonderer Bedeutung für den Erfolg des Unternehmens. Die Personalaufwandsquote zeigt das Verhältnis von Personalaufwendungen zum Umsatz.¹⁴

Berechnung:	$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Umsatz (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	Die Personalaufwandsquote allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

Personalintensität

Die Personalintensität zeigt, ähnlich zur Personalaufwandsquote, das Verhältnis von Personalaufwendungen zur Betriebsleistung. Insofern werden neben den Umsatzerlösen auch die sonstigen betrieblichen Erträge, Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen berücksichtigt.

Berechnung:	$\frac{\text{Personalaufwand (€)}}{\text{Betriebsleistung (€)}}$	Einheit:	Prozent (%)
Zielwert:	Die Personalintensität allein hat kaum Aussagekraft, sondern ist im Vergleich zu anderen Kennzahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

Anzahl der Mitarbeiter

Mit der „Anzahl der Mitarbeiter“ wird die durchschnittliche Zahl des in der Rechnungsperiode im Unternehmen beschäftigten Personals angegeben.

Berechnung:	im Berichtsjahr durchschnittlich beschäftigtes Personal (Vollbeschäftigteneinheit VbE)		
Zielwert:	Die Anzahl der Mitarbeiter allein ist kaum aussagefähig und daher im Vergleich zu anderen Zahlen zu betrachten (bspw. Vergleich zum Vorjahr oder zu Unternehmen aus der Region bzw. ähnlichen Branchen).		

¹⁴ Sofern die betrachtete Gesellschaft einen Großteil ihrer Erlöse unter „Sonstigen betrieblichen Erträgen“ ausweist, wird zu Vergleichszwecken eine weitere Kennzahl, die Personalintensität, angegeben, bei der anstelle der Umsatzerlöse die Summe aus Gesamtleistung und sonstigen betrieblichen Erträgen angesetzt wird.

BEGRIFFSDEFINITIONEN

Bilanz

Aktiva/Aktivposten	Aktiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der linken Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Aktiva bildet das Gesamtvermögen eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Verwendung des eingesetzten Kapitals wieder. Die Aktivposten unterteilen sich in der Regel in Anlagevermögen, Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Passiva bzw. Passivposten. (Vgl. § 266 Abs. 2 HGB)
Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören Gegenstände, die dem dauerhaften Geschäftsbetrieb dienen (bspw. Grundstücke und Gebäude, Maschinen oder immaterielle Vermögensgegenstände, wie Lizenzen). Es beinhaltet somit die mittel- bis langfristig gebundenen Mittel (länger als ein Jahr) eines Unternehmens. (Vgl. § 247 Abs. 2 und § 266 Abs. 2 lit. A HGB)
Umlaufvermögen	Zum Umlaufvermögen gehören kurzfristig gebundene Vermögensgegenstände (bis zu einem Jahr) eines Unternehmens, darunter Forderungen, Wertpapiere und Bargeldbestände. (Vgl. § 266 Abs. 2 lit. B HGB)
Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP)	Als sogenannte aktive RAP sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, sofern diese Aufwand für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus bezahlten Mieten (Mieter). (Vgl. § 250 Abs. 1 und § 266 Abs. 2 lit. C HGB)
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	Ist das bilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft durch im abgelaufenen Geschäftsjahr oder in vorangegangenen Jahren angesammelte Verluste aufgebraucht und ergibt sich ein Überschuss der Passiva über die Aktiva der Bilanz, so ist gem. § 268 Abs. 3 HGB als letzte Position auf der Aktivseite der Fehlbetrag unter der Bezeichnung „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auszuweisen. In diesem Fall liegt eine bilanzielle Überschuldung vor, was die Pflicht zur Prüfung einer tatsächlichen Überschuldung (Überschuldungsbilanz) nach sich zieht (eventuell Eröffnung eines Insolvenzverfahrens). (Vgl. § 268 Abs. 3 HGB)

Passiva/Passivposten	Passiva sind Bestandteile der Bilanz eines Wirtschaftssubjekts. Sie werden üblicherweise auf der rechten Seite einer Bilanz aufgezeigt. Die Summe der Passiva bildet das Gesamtkapital eines Unternehmens. Seine Zusammensetzung spiegelt die Mittelherkunft wieder. Die Passivposten unterteilen sich in der Regel in Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Das Gegenstück bilden die Aktiva bzw. Aktivposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB)
Eigenkapital	Eigenkapital ist jenes Kapital auf der Passivseite, das nach Abzug des Fremdkapitals übrig bleibt. Zum Eigenkapital zählen jene Mittel, die von den Eigentümern einer Unternehmung zu deren Finanzierung aufgebracht oder als erwirtschafteter Gewinn im Unternehmen belassen wurden. Das Eigenkapital steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung. Es beziffert den Anteil der Eigentümer am Gesellschaftsvermögen. Den Gläubigern gegenüber dient es als Haftungsmasse für die Verbindlichkeiten, bspw. im Falle einer Insolvenz. Es setzt sich aus dem gezeichneten Kapital, der Kapitalrücklage, den Gewinnrücklagen, dem Gewinn- bzw. Verlustvortrag sowie dem Jahresergebnis zusammen. (Vgl. § 272 Abs. 1 bis 4 HGB (ohne anteilige Sonderposten) und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)
Gezeichnetes Kapital	Das gezeichnete Kapital ist das Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter für die Verbindlichkeiten der Kapitalgesellschaft gegenüber den Gläubigern beschränkt ist. Bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung entspricht das gezeichnete Kapital dem Stammkapital. (Vgl. § 266 Abs. 3 lit. A und § 272 Abs. 1 HGB)
Bilanzergebnis	Das Bilanzergebnis ist Bestandteil des Eigenkapitals einer Kapitalgesellschaft. Es beziffert die Summe aus Jahresergebnis sowie Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus dem Vorjahr. (Vgl. § 268 Abs. 1 und § 266 Abs. 3 lit. A HGB)

Sonderposten	Ein Sonderposten für Investitionszuschüsse (SoPo) dient der periodengerechten Abgrenzung erhaltener Subventionen bzw. Zuschüssen zur Finanzierung von Anlagevermögen. Dieser ist erfolgsneutral zu passivieren sowie gesondert in der Bilanz auszuweisen und entsprechend dem Verlauf der Abschreibungen auf den bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufzulösen. Solch ein Sonderposten weist sowohl Fremd- als auch Eigenkapitaleigenschaften auf und kann dementsprechend als Eigenkapital oder auch als Fremdkapital ausgewiesen werden.
--------------	---

(Vgl. § 265 Abs. 5 HGB)

Rückstellungen	Rückstellungen sind in der Bilanz ausgewiesene drohende Verluste sowie Verbindlichkeiten, die hinsichtlich ihres Bestehens oder der Höhe ungewiss sind. Ebenso sind sie im Falle von unterlassenen Aufwendungen für Instandhaltung erfolgswirksam zu bilden. Bestandteile sind unter anderem Pensions- und Steuerrückstellungen.
----------------	--

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B HGB)

Fremdkapital	Das Fremdkapital eines Unternehmens wird auf der Passivseite geführt. Es stellt einen Teil der Mittel dar, mit denen das Unternehmensvermögen (Aktiva) finanziert wurde. Passivposten werden in Abgrenzung zum Eigenkapital als Fremdkapital eingestuft, wenn die Kapitalüberlassung nach allgemeinen schuldrechtlichen Regeln kündbar und befristet ist, einen Vergütungsanspruch des Kapitalgebers begründet und der Kapitalgeber nicht an dem Unternehmen beteiligt ist und dementsprechend nicht haftet. Es kann sowohl rechtlich entstanden, als auch wirtschaftlich verursacht worden sein.
--------------	---

Zum Fremdkapital zählen demnach Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Gemäß § 266 Abs. 3 HGB besteht für Kapitalgesellschaften eine detaillierte Aufgliederungspflicht.

(Vgl. § 266 Abs. 3 lit. B bis E HGB)

Kurzfristiges Fremdkapital	Zum kurzfristiges Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen bis zu einem Jahr zur Verfügung stehen (Restlaufzeit < 1 Jahr). Dazu zählen im Sinne des Rundschreibens vereinfacht alle Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr, die Steuerrückstellungen, die sonstigen Rückstellungen sowie die passiven Rechnungsabgrenzungsposten. (Vgl. § 266 Abs. 3 HGB i.V.m. § 268 Abs. 5 HGB)
Mittelfristiges Fremdkapital	Zum mittelfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als ein Jahr und bis zu fünf Jahren zur Verfügung stehen (Restlaufzeit 1 - 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Langfristiges Fremdkapital	Zum langfristigen Fremdkapital zählen Positionen des Fremdkapitals, die dem Unternehmen länger als fünf Jahre zur Verfügung stehen (Restlaufzeit > 5 Jahre). Zum Teil wird in der Literatur Fremdkapital mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr auch dem langfristigen Fremdkapital zugeordnet.
Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)	Als passive RAP sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Bilanzstichtag auszuweisen, soweit diese Ertrag für eine andere Periode darstellen. So zum Beispiel bei im Voraus erhaltene Mieten (Vermieter). (Vgl. § 250 Abs. 2 und § 266 Abs. 3 lit. D HGB)
Bilanzsumme	Die Bilanzsumme ergibt sich aus der Summe der Aktiva (Gesamtvermögen) bzw. Passiva (Gesamtkapital). Die Summe der Aktiva muss stets den gleichen Wert wie die Summe der Passiva ergeben. Die Bilanzsumme hat bspw. Auswirkungen auf den rechtlichen Status eines Unternehmens. Das Handelsgesetzbuch teilt Kapitalgesellschaften gemäß § 267 nach Bilanzsumme, Höhe der Umsatzerlöse und Zahl der Arbeitnehmer in Größenklassen ein. Die Einstufung in eine Größenklasse wirkt sich vor allem darauf aus, wie detailliert ein Unternehmen den Jahresabschluss aufstellen und welche Dokumente es veröffentlichen muss (Publizitätspflicht). (vgl. § 266 Abs. 2 bzw. 3 HGB und § 267 HGB)

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Umsatz Der Umsatz bezeichnet klassisch den Gegenwert, der einem Unternehmen in Form von Geld oder Forderungen durch den Verkauf von Waren, Dienstleistungen sowie aus Vermietung oder Verpachtung zufließt. Er entsteht aus der wertmäßigen Erfassung der betrieblichen und nichtbetrieblichen Tätigkeit eines Unternehmens.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 HGB und § 277 Abs. 1 HGB)

Gesamtleistung Bei der Gesamtleistung handelt es sich um eine in der GuV ausweisbare Zwischensumme. Sie ist eine betriebswirtschaftliche Kennzahl, die sich aus den ausgewiesenen Umsatzerlösen einer Periode, dem Saldo von Bestandsveränderungen und den aktivierten Eigenleistungen ergibt.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 HGB und § 277 Abs. 1 und 2 HGB)

Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen Sonstige betriebliche Erträge bzw. Aufwendungen sind alle regelmäßig auftretende Erträge bzw. Aufwendungen, für die in der Gliederung der GuV keine gesonderte Ertrags- bzw. Aufwandsposition vorgesehen ist. Dabei handelt es sich bspw. um Gewinne bzw. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens sowie aus der Auflösung von Rückstellungen oder Sonderposten.

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 4 HGB)

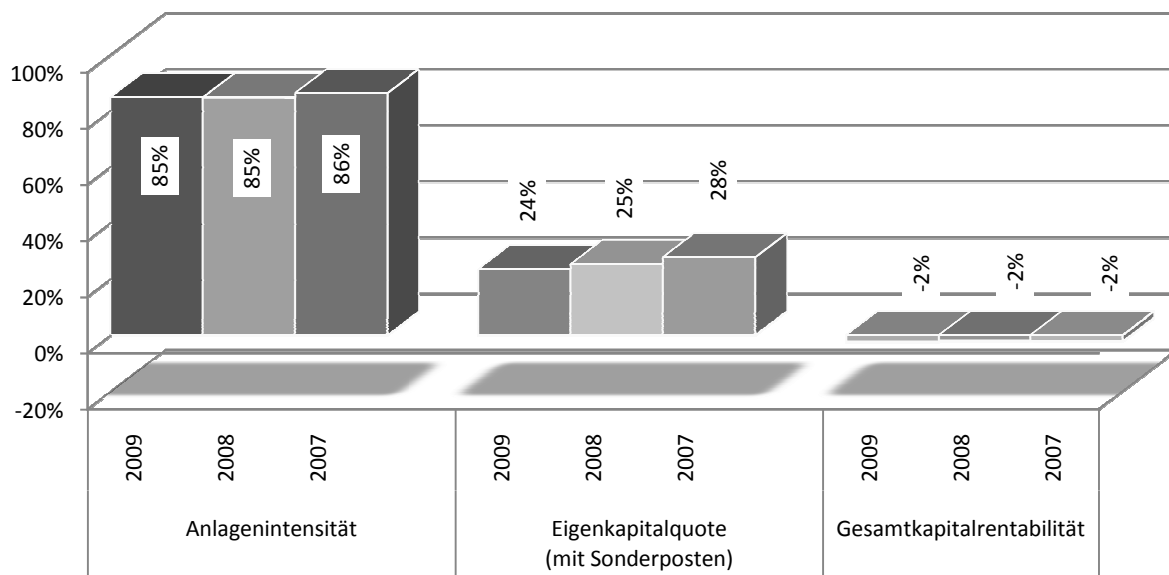
Personalaufwand Zum gesamten Personalaufwand zählen neben dem direkten Arbeitsentgelt auch alle indirekt verursachten Personalaufwendungen (Personalnebenkosten). In der handelsrechtlichen Abgrenzung wird der Personalaufwand in Löhne und Gehälter, soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung sowie für Unterstützung aufgegliedert. Zu den Löhnen und Gehältern gehören auch die Lohnsteuer und die Arbeitnehmeranteile an der Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung).

(Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 6 HGB)

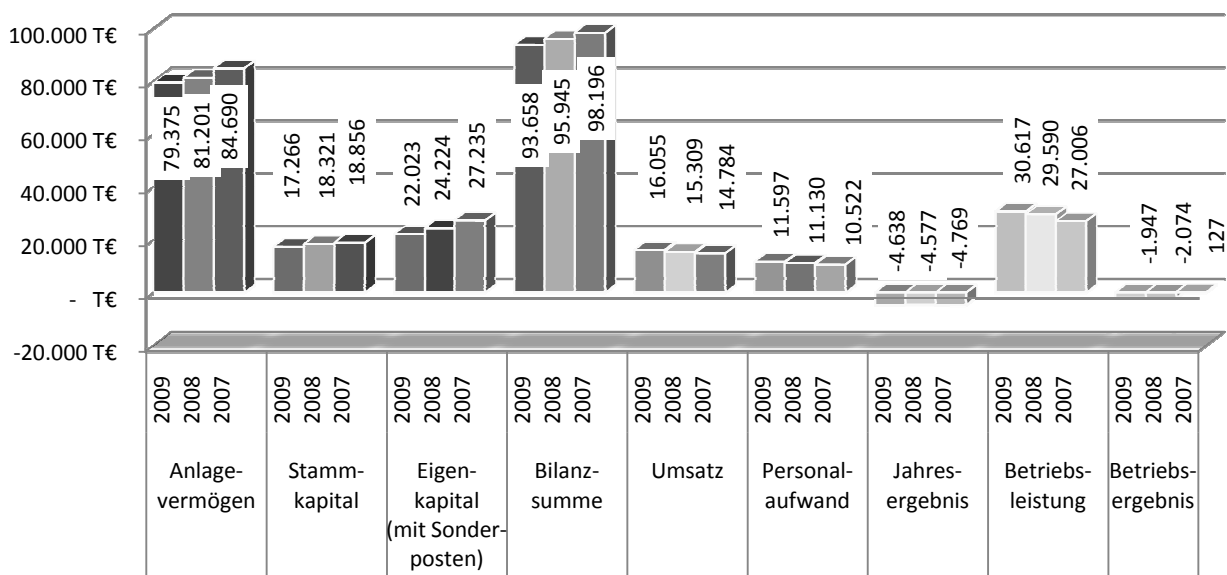
Abschreibungen	Mit der Abschreibung erfasst man im betrieblichen Rechnungswesen planmäßige oder außerplanmäßige Wertminderungen von Vermögensgegenständen. Die Abschreibung korrespondiert dabei mit dem Wertverlust von Unternehmensvermögen innerhalb einer Periode. Dabei kann der Wertverlust durch allgemeine Gründe (Alterung und Verschleiß) oder durch spezielle Gründe (Unfallschaden oder Preisverfall) veranlasst sein. Die Abschreibung wird aus betriebswirtschaftlicher Sicht sowie unter Beachtung handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Besonderheiten ermittelt und als Aufwand in der GuV berücksichtigt. Das Gegenteil der Abschreibung ist die Zuschreibung, die als Wertaufholung in Frage kommt, wenn in Vorjahren zu hohe Abschreibungen vorgenommen wurden. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 7 HGB)
Zinsaufwand/Zinsen und ähnliche Aufwendungen	Der Zinsaufwand beziffert das Entgelt für die Überlassung von (Fremd-) Kapital und in der GuV als betrieblicher Aufwand ausgewiesen wird. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 13 HGB)
Außerordentliches Ergebnis	Das außerordentliche Ergebnis fasst unternehmensfremde Erfolgsbestandteile zusammen. Hierunter sind ungewöhnliche und seltene Vorfälle zu verstehen, die nicht mit der eigentlichen Geschäftstätigkeit zusammenhängen und mit deren Wiederholung nicht zu rechnen ist. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 15 bis 17 HGB und § 277 Abs. 4 HGB)
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis (Jahresgewinn bzw. -verlust) ergibt sich innerhalb der GuV nach der Saldierung aller Aufwendungen und Erträge eines Geschäftsjahres. Durch Verrechnung des Jahresergebnisses mit den Gewinn- bzw. Verlustvorträgen aus den vorangegangenen Jahren wird sodann das Bilanzergebnis ermittelt, das zu einer Mehrung bzw. Minderung des Eigenkapitals beiträgt. (Vgl. § 275 Abs. 2 Nr. 20 und § 266 Abs. 3 lit. A Nr. V HGB)
Betriebsleistung	Die Betriebsleistung umfasst in diesem Rahmen die Summe aus Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen, vermehrt bzw. vermindert um Bestandsveränderungen sowie aktivierte Eigenleistungen.
Betriebsaufwand	Der Betriebsaufwand umfasst in diesem Zusammenhang die Summe der ordentlichen Aufwendungen, darunter Material-, Personal- und sonstige betrieblichen Aufwendungen sowie Abschreibungen.

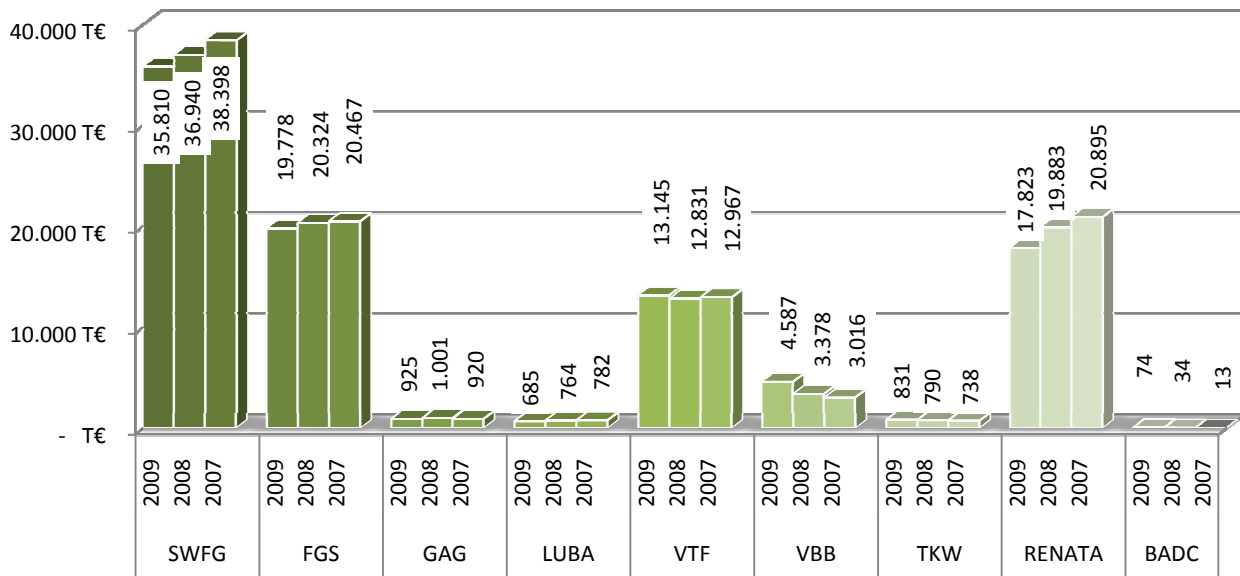
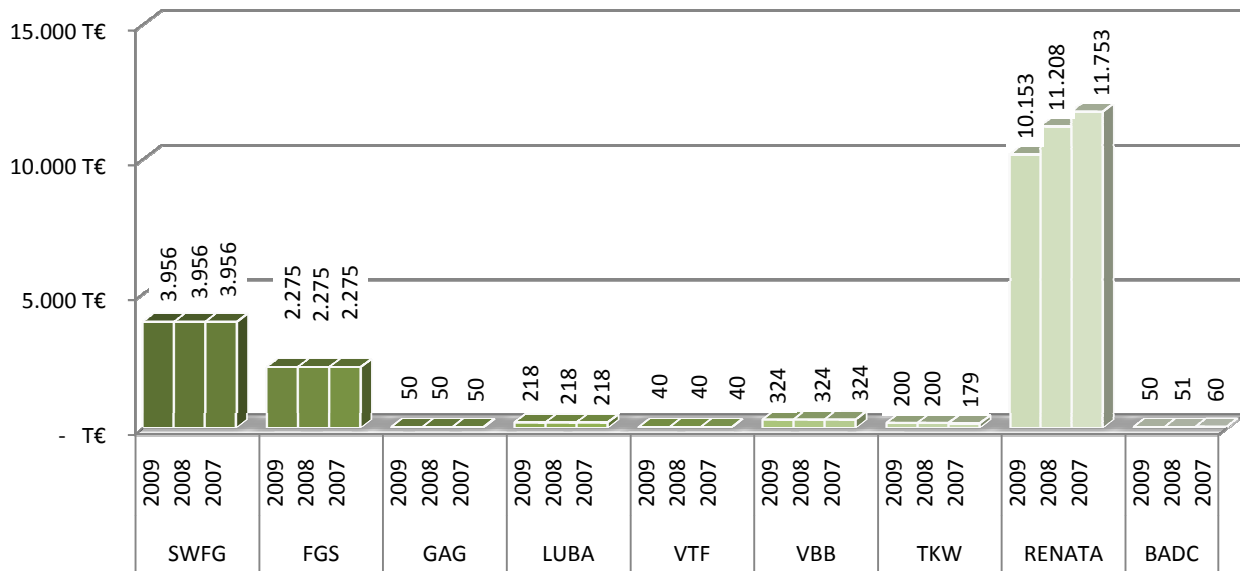
4.2 Ausgewählte Kennzahlen zu den Beteiligungen des Landkreises Teltow-Fläming

Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen I

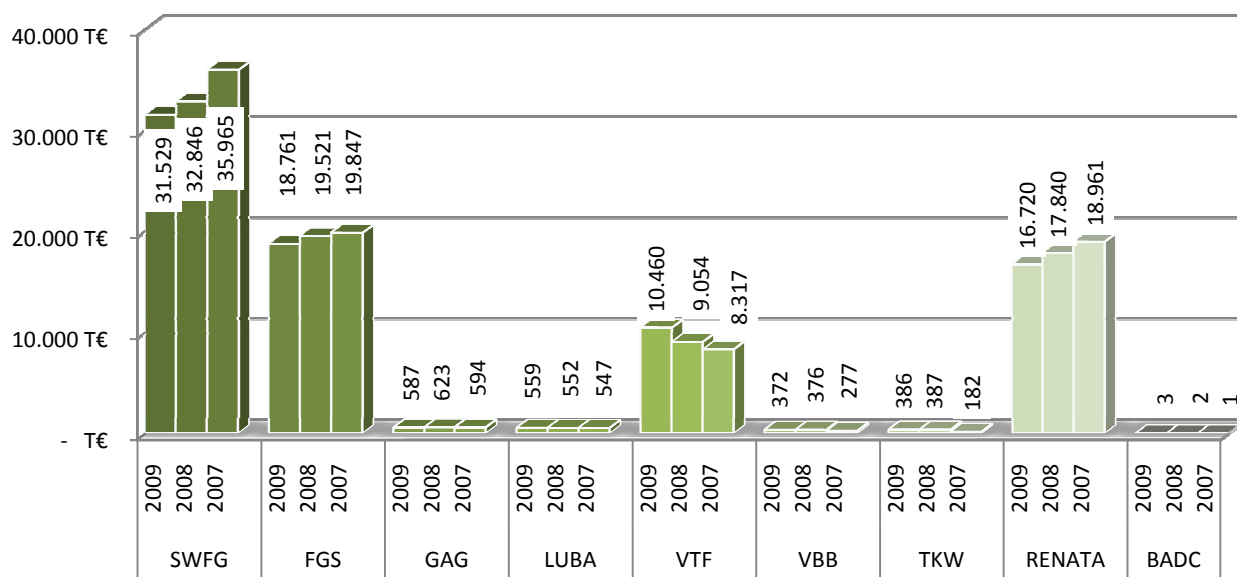


Ausgewählte Kennzahlen aller Beteiligungen II

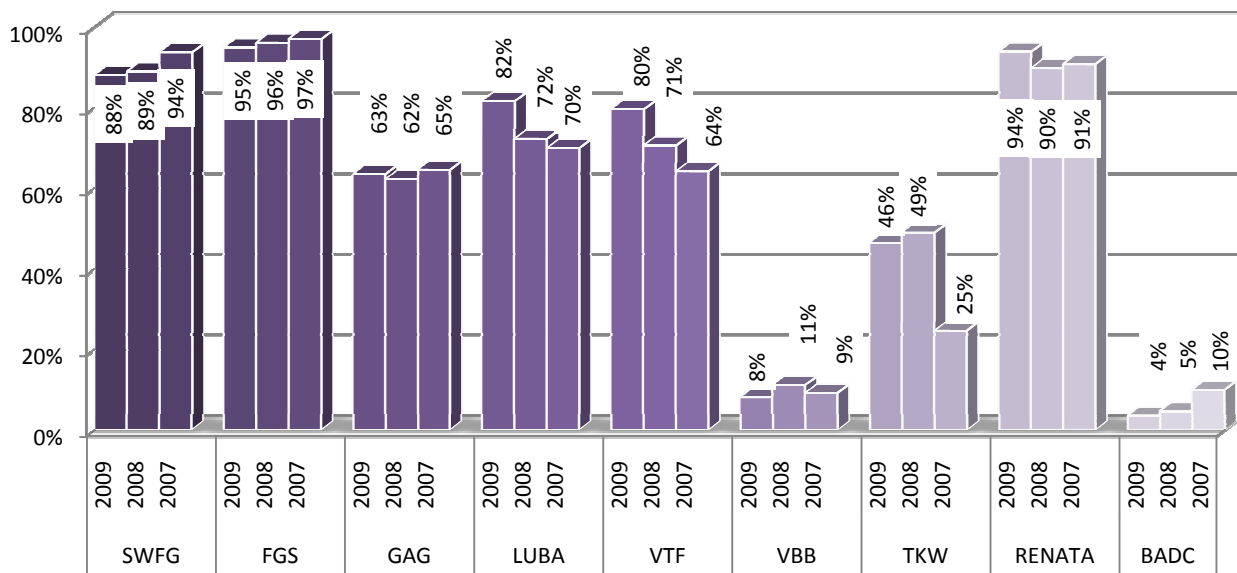


Bilanzsumme**Stammkapital**

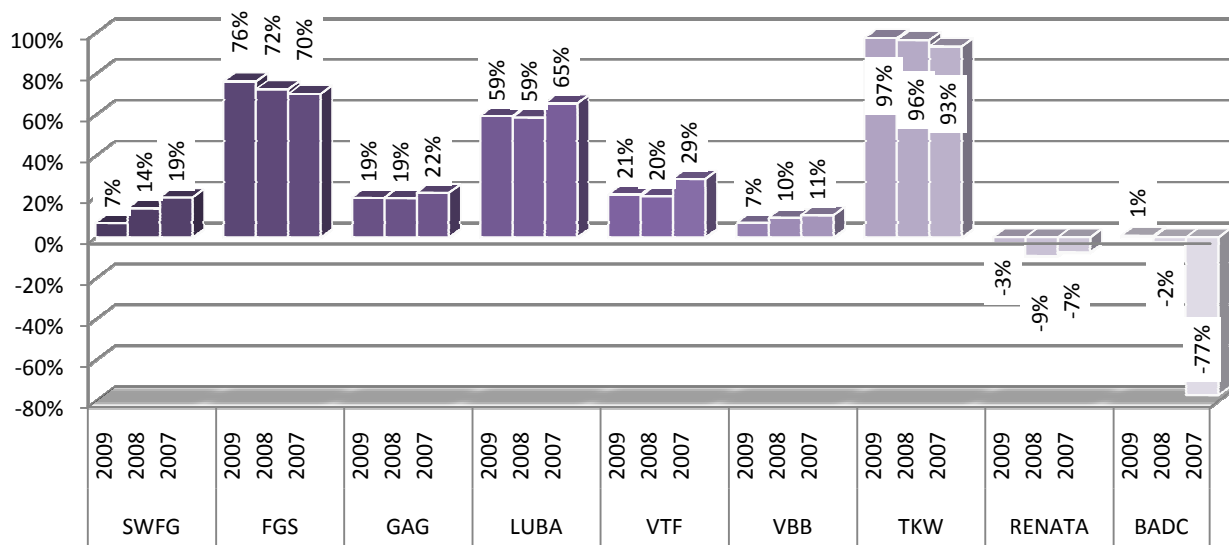
Anlagevermögen



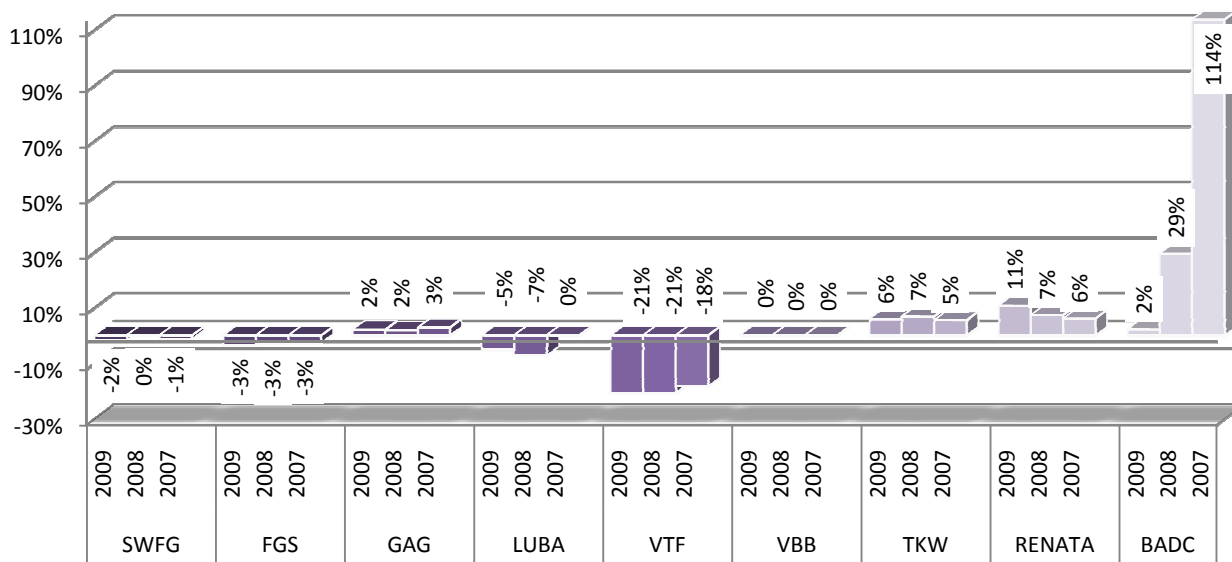
Anlagenintensität



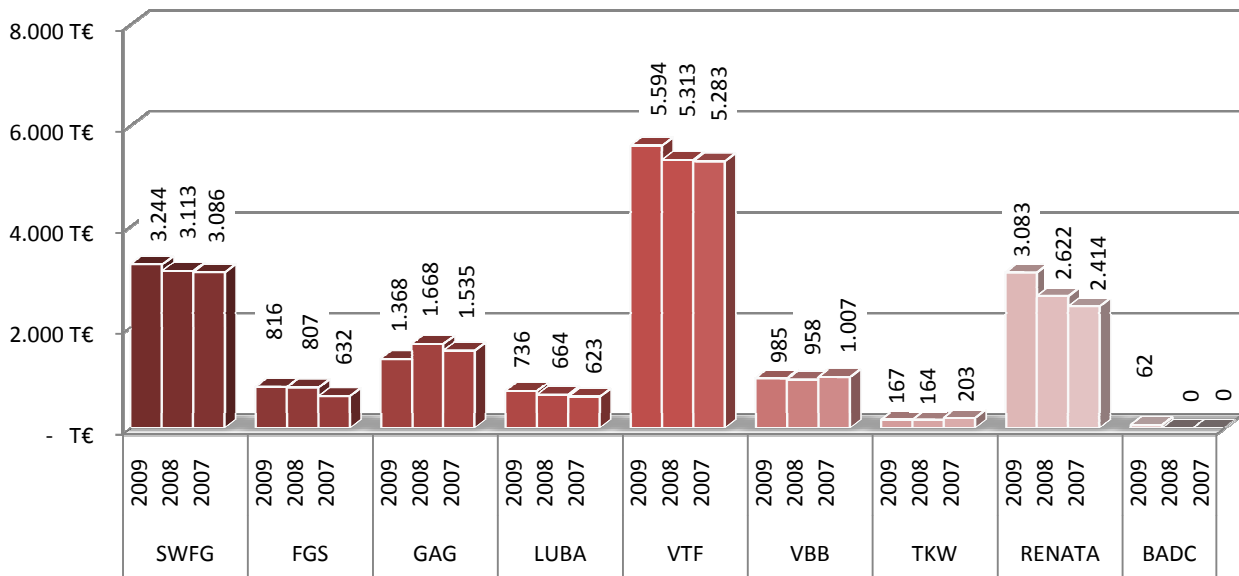
Eigenkapitalquote (mit Sonderposten)



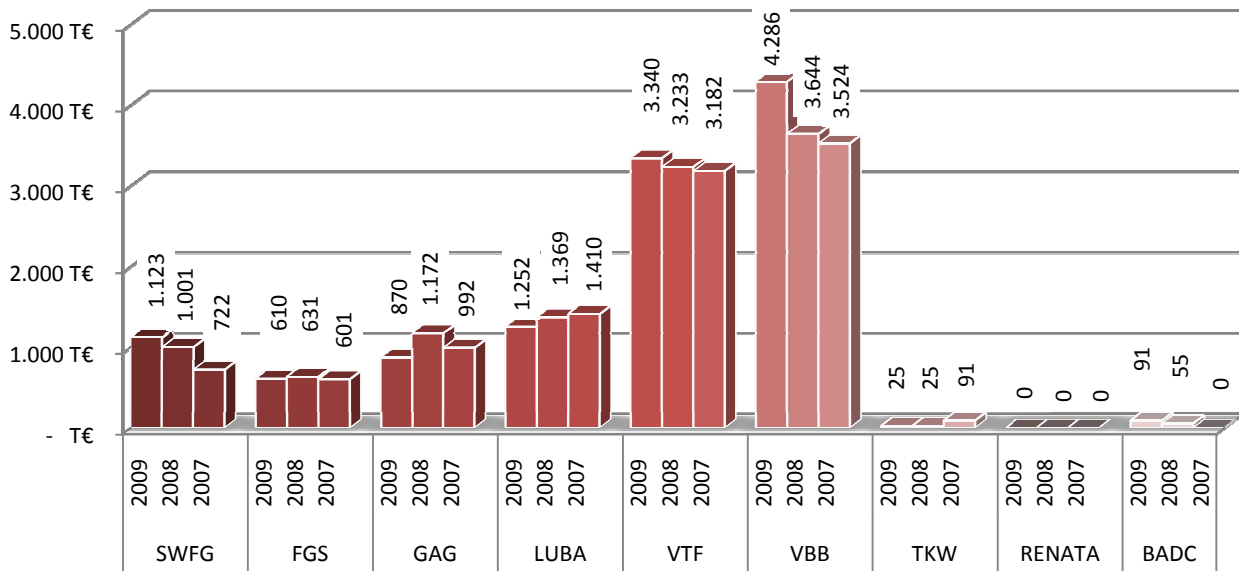
Gesamtkapitalrentabilität



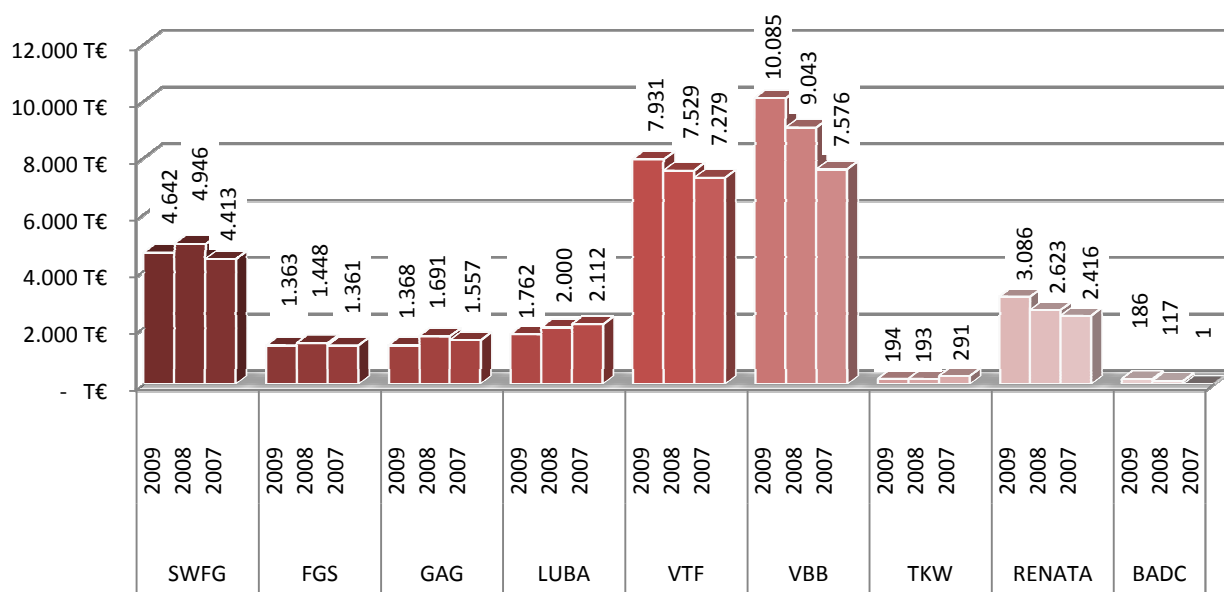
Umsatz



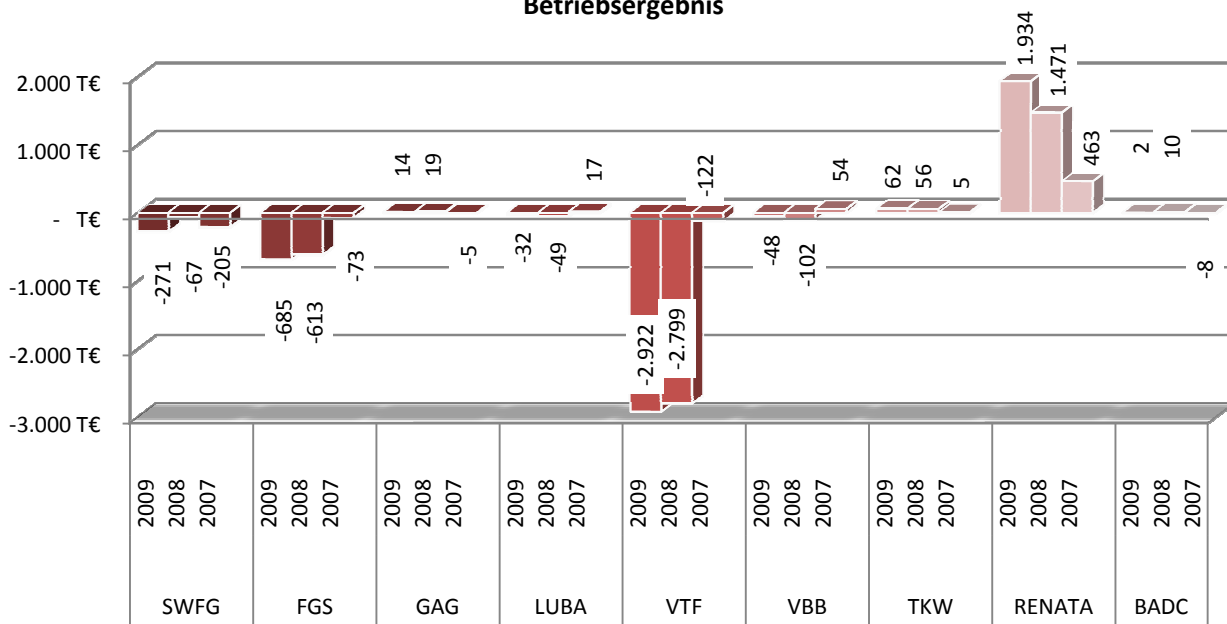
Personalaufwand



Betriebsleistung



Betriebsergebnis



Jahresergebnis

